

50. Sitzung

Freitag, den 12. Oktober 2001

Erfurt, Plenarsaal

Wahl eines weiteren Mitglieds des Ausschusses der Regionen (AdR) und dessen Stellvertreters

4145

dazu: Unterrichtungen durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksachen 3/1873/1879 -

Für den Ausschuss der Regionen werden in geheimer Wahl ohne Aussprache als Mitglied der Abgeordnete Fritz Schröter (CDU) und als dessen Stellvertreter der Abgeordnete Gustav Bergemann (CDU) jeweils mit Mehrheit gewählt.

Wahl des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses 3/3 und dessen Stellvertreters gemäß § 5 Abs. 1 und 2 des Untersuchungsausschußgesetzes

4146

dazu: Unterrichtungen durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksachen 3/1872/1874 -

Gemäß § 5 Abs. 1 und 2 des Untersuchungsausschußgesetzes werden in geheimer Wahl ohne Aussprache als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses 3/3 der Abgeordnete Willibald Böck (CDU) und als dessen Stellvertreter der Abgeordnete Otto Kretschmer (SPD) jeweils mit Mehrheit gewählt.

a) Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zu dem Thema "Auswirkungen der Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA auf die innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland und im Freistaat Thüringen"

4147

dazu: Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD
- Drucksache 3/1886 -

dazu: Entschließungsantrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/1887 -

b) Terroranschläge in den USA

4147

Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 3/1849 -

Nach der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten Dr. Vogel findet auf Antrag der Fraktion der CDU eine Aussprache über die Regierungserklärung mit einer Aussprache über den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD - Drucksache 3/1886 - und den Entschließungsantrag der Fraktion der PDS - Drucksache 3/1887 - statt.

Die Erfüllung des Berichtersuchens zu dem Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 3/1849 - wird gemäß § 106 Abs. 2 GO festgestellt.

Fragestunde	4179
a) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Carius (CDU)	4179
Konzept für den Schulnetzplan der Berufsschulen	
- Drucksache 3/1846 -	
<i>wird von Minister Dr. Krapp beantwortet.</i>	
b) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Gerstenberger (PDS)	4179
Projektbüro ESF Thüringen	
- Drucksache 3/1852 -	
<i>wird von Minister Schuster beantwortet.</i>	
c) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Lippmann (SPD)	4180
Eingreiftruppe im Thüringer Wirtschaftsministerium	
- Drucksache 3/1858 -	
<i>wird von Minister Schuster beantwortet. Zusatzfrage.</i>	
d) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Vopel (CDU)	4181
Umsetzung der Gemeinschaftsinitiative EQUAL in Deutschland	
- Drucksache 3/1859 -	
<i>wird von Minister Schuster beantwortet. Zusatzfragen.</i>	
e) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Bechthum (SPD)	4182
"Audit Beruf und Familie" in der Landesregierung	
- Drucksache 3/1866 -	
<i>wird von Minister Dr. Pietzsch beantwortet. Zusatzfragen.</i>	
f) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Thierbach (PDS)	4183
Dritter Sozialbericht	
- Drucksache 3/1839 -	
<i>wird von Minister Dr. Pietzsch beantwortet. Zusatzfragen.</i>	
Die anstehenden europapolitischen Herausforderungen	4183
Beratung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung - Drucksachen 3/1675/1825 - auf Antrag der Fraktion der CDU	
dazu: Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags	
- Drucksache 3/1838 -	
dazu: Thüringen - eine bürgernahe Region im Zentrum einer erweiterten Europäischen Union	
Antrag der Fraktion der CDU	
- Drucksache 3/1878 -	
<i>Nach Beratung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU wird der Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 3/1878 - an den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten überwiesen.</i>	

Der neue Tagesordnungspunkt 13 d, Zeitplan - Abbau Beförderungstau bei der Thüringer Polizei, Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 3/1865 - wird von der Tagesordnung abgesetzt, da die Fraktion der SPD den Antrag zwischenzeitlich zurückgezogen hat.

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Dr. Vogel, die Minister Gnauck, Köckert, Dr. Krapp, Dr. Pietzsch, Prof. Dr. Schipanski, Schuster, Dr. Sklenar, Trautvetter

Rednerliste:

Präsidentin Lieberknecht	4145, 4146, 4147, 4152, 4154, 4193, 4197, 4199, 4201, 4202, 4203, 4205, 4206, 4207, 4208
Vizepräsidentin Ellenberger	4162, 4163, 4165, 4173, 4175, 4177, 4178, 4179, 4180, 4181, 4182, 4183, 4189, 4191
Vizepräsidentin Dr. Klaubert	4158, 4159, 4166, 4170, 4172
Althaus (CDU)	4159, 4178
Bechthum (SPD)	4182, 4201, 4202, 4203
Bergemann (CDU)	4191
Dr. Botz (SPD)	4175, 4193
Buse (PDS)	4152
Carius (CDU)	4164, 4179
Fiedler (CDU)	4166
Gentzel (SPD)	4154, 4158, 4159
Gerstenberger (PDS)	4179, 4181, 4182, 4197
Kallenbach (CDU)	4199
Dr. Klaubert (PDS)	4162, 4163, 4164
Dr. Koch (PDS)	4189
von der Krone (CDU)	4177
Lippmann (SPD)	4180
Nitzpon (PDS)	4203, 4208
Pelke (SPD)	4165
Pohl (SPD)	4170
Ramelow (PDS)	4173
Scheringer (PDS)	4203
Schwäblein (CDU)	4158, 4172
Thierbach (PDS)	4183
Vopel (CDU)	4181
Wackernagel (CDU)	4145, 4146, 4147
Dr. Wildauer (PDS)	4145, 4146, 4147
Wunderlich (CDU)	4205
Gnauck, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei	4184, 4206, 4207, 4208
Dr. Krapp, Kultusminister	4179
Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit	4182, 4183
Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur	4180, 4181, 4182
Dr. Vogel, Ministerpräsident	4147

Die Sitzung wird um 9.05 Uhr von der Präsidentin des Landtags eröffnet.

Präsidentin Lieberknecht:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie begrüßen zu unserer 50. Plenarsitzung am heutigen 12. Oktober 2001. Ich begrüße die Vertreter auf der Regierungsbank, auch die Gäste auf der Besuchertribüne.

Neben mir haben Platz genommen als Schriftführer Frau Abgeordnete Dr. Wildauer und Frau Abgeordnete Wackernagel. Die Rednerliste wird Frau Abgeordnete Wackernagel führen. Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt Minister Dr. Birkmann, Abgeordnete Dr. Fischer, Abgeordnete Groß, Abgeordnete Dr. Klaus, Herr Abgeordneter Dr. Schuchardt und Herr Abgeordneter Stauch.

Wir treten dann ein in die bereits gestern für heute beschlossene Tagesordnung und ich wollte das Haus fragen, weil es bei dem TOP 15 noch eine kleine Irritation im Blick auf die Wahlzettel gibt, dass wir mit der Wahl zu TOP 16 beginnen - Ausschuss der Regionen. Ist das konsensfähig?

Dann würden wir beginnen mit **Tagesordnungspunkt 16**

Wahl eines weiteren Mitglieds des Ausschusses der Regionen (AdR) und dessen Stellvertreter

dazu: Unterrichtungen durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksachen 3/1873/1879 -

Ich möchte dabei noch einen Hinweis geben: Vom Freistaat Thüringen wurde bisher ein Mitglied nebst Stellvertreter durch die Landesregierung in den Ausschuss der Regionen entsandt. Thüringen steht nunmehr nach dem Abkommen der Länder über die Entsendung der Mitglieder und Stellvertreter in den AdR vom 27. Mai 1993 in der nächsten Legislaturperiode des AdR ein weiterer Sitz nebst Stellvertreter zu. Der Ministerpräsident hat mit Schreiben vom 19. September 2001 dem Landtag angeboten, ein Mitglied für den AdR nebst Stellvertreter zu benennen. Diese Benennung sollte rechtzeitig vor der Jahres-MPK vom 24. bis 26. Oktober 2001 erfolgen. Das Wahlverfahren ist nicht ausdrücklich geregelt, so dass die allgemeine Verfahrensvorschrift des § 9 Abs. 2 der Geschäftsordnung Anwendung findet, es findet danach eine Verhältniswahl statt.

Die entsprechenden Wahlvorschläge, ich hatte es Ihnen bereits genannt, liegen in den Unterrichtungen in Drucksache 3/1873 und 3/1879 vor.

Ich gehe davon aus, dass geheime Wahl gewünscht wird. Das ist so. Dann darf ich Ihnen kurz den Wahlzettel erläutern: Für das Mitglied gibt es den Wahlvorschlag der

Fraktion der CDU, und zwar den Abgeordneten Fritz Schröter, und einen Wahlvorschlag der Fraktion der SPD, es ist der Landrat Frank Roßner. Darunter gibt es dann die Wahl des Stellvertreters. Hier gibt es einen Wahlvorschlag der CDU, Abgeordneter Gustav Bergemann. Man möge hier alternativ den Kandidaten, den man befürwortet, unten mit Ja, Nein oder Enthaltung ankreuzen. Ich kann jetzt bitten, dass die Namen aufgerufen werden. Bitte schön.

Die Wahlhelfer müssten sich natürlich bereithalten. Sie sind eingeteilt, Frau Bechthum und Herr Huster. Und warum sind wir mit den Äußerlichkeiten noch nicht so weit? Ach so, weil wir umgestellt haben.

Es ist alles soweit vorbereitet, dann bitte ich jetzt mit dem Aufruf zu beginnen, Frau Abgeordnete Dr. Wildauer.

Abgeordnete Dr. Wildauer, PDS:

Ich rufe auf Herrn Althaus, Dieter; Frau Arenhövel, Johanna; Frau Bechthum, Rosemarie; Frau Becker, Dagmar; Herrn Bergemann, Gustav; Herrn Böck, Willibald; Herrn Bonitz, Peter; Herrn Dr. Botz, Gerhard; Herrn Braasch, Detlev; Herrn Buse, Werner, Herrn Carius, Christian; Herrn Dittes, Steffen; Frau Doht, Sabine; Herrn Döring, Hans-Jürgen; Frau Ellenberger, Irene; Herrn Emde, Volker; Herrn Fiedler, Wolfgang; Herrn Gentzel, Heiko; Herrn Gerstenberger, Michael; Herrn Prof. Dr. Goebel, Jens; Herrn Manfred Grob, Herrn Grüner, Günter; Herrn Dr. Hahnemann, Roland; Frau Petra Heß, Herrn Michael Heym, Herrn Uwe Höhn, Herrn Mike Huster, Herrn Konrad Illing, Herrn Siegfried Jaschke, Herrn Jörg Kallenbach, Frau Dr. Kaschuba, Frau Dr. Klaubert, Herrn Dr. Koch, Herrn Christian Köckert, Herrn Eckehard Kölbel, Frau Dr. Kraushaar, Herrn Horst Krauß, Herrn Otto Kretschmer, Herrn Thomas Kretschmer, Herrn von der Krone, Herrn Tilo Kummer und Frau Elisabeth Wackernagel.

Abgeordnete Wackernagel, CDU:

Lehmann, Anette; Lieberknecht, Christine; Lippmann, Frieder; Mohring, Mike; Dr. Müller, Alfred; Nitzpon, Cornelia; Nothnagel, Maik; Panse, Michael; Pelke, Birgit; Dr. Pidde, Werner; Dr. Pietzsch, Frank-Michael; Pohl, Günter; Pöhler, Volker; Primas, Egon; Ramelow, Bodo; Schemmel, Volker; Scheringer, Konrad; Schröter, Fritz; Dr. Schuchardt, Gerd; Schugens, Gottfried; Schuster, Franz; Schwäblein, Jörg; Sedlacik, Heidrun; Seela, Reyk; Dr. Sklenar, Volker; Sojka, Michael; Sonntag, Andreas; Dr. Stangner, Isolde; Tasch, Christina; Thierbach, Tamara; Trautvetter, Andreas; Dr. Vogel, Bernhard; Vopel, Bärbel; Wehner, Wolfgang; Thierbach, Tamara; Wetzel, Siegfried; Dr. Wildauer, Heide; Wolf, Bernd; Wolf, Katja; Wunderlich, Gert; Dr. Zeh, Klaus; Zimmer, Gabriele; Zitzmann, Christine.

Präsidentin Lieberknecht:

Wie ich sehe, haben alle Abgeordneten ihre Stimmkarten abgegeben. Dann schließe ich den Wahlgang und bitte die Wahlhelfer, mit dem Auszählen zu beginnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Ergebnis liegt vor. Ich wollte nur einmal darauf aufmerksam machen, wenn acht Leute für 81 Zettel 13 Minuten brauchen, dann stimmt an dem Auszählsystem etwas nicht. Vielleicht sollten wir uns auch darüber einmal Gedanken machen.

(Beifall bei der CDU)

Es sind 81 Stimmen abgegeben worden. Es war ein Stimmzettel ungültig, wir haben 80 gültige Stimmzettel. Als Mitglied für den AdR, also unseren Vorschlag, den wir als Landtag unterbreiten, fielen auf den Abgeordneten Fritz Schröter 46 Stimmen. Auf den Wahlvorschlag der SPD mit Frank Roßner 34 Stimmen, das heißt, Fritz Schröter ist von uns für den AdR gewählt.

(Beifall bei der CDU)

Was den Stellvertreter betrifft, wurden ebenfalls 81 Stimmen abgegeben, sechs waren hier ungültig. Damit haben wir 75 gültige Stimmen. Davon fielen auf den Abgeordneten Bergemann 48 Stimmen, 17 stimmten mit Nein und 10 Enthaltungen. Damit ist auch die erforderliche Mehrheit erreicht. Ich gratuliere beiden Gewählten zu dieser Wahl.

(Beifall bei der CDU)

Dann kommen wir jetzt zur Wahl unter **Tagesordnungspunkt 15**

Wahl des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses 3/3 und dessen Stellvertreters gemäß § 5 Abs. 1 und 2 des Untersuchungsausschußgesetzes

dazu: Unterrichtungen durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksachen 3/1872/1874 -

Wie wir wissen, hat der Thüringer Landtag in seiner Plenarsitzung am 6. September 2001 den Untersuchungsausschuss 3/3 beschlossen und nun sind Vorsitzender und Stellvertreter durch den Landtag zu wählen. Im Ältestenrat wurde bereits in der 2. Sitzung am 19. Oktober 1999 dazu das Verfahren festgelegt. Danach entfällt das Vorschlagsrecht für den Vorsitzenden auf die Fraktion der CDU und das Recht des Vorschlags für den stellvertretenden Vorsitzenden auf die Fraktion der SPD. Da bereits im Vorfeld Widerspruch zu einem gemeinsamen Wahlgang angekündigt wurde, führen wir die Wahl in getrennten Wahlgängen durch. Das betrifft zunächst den Wahlvorschlag für den Vorsitzenden. Vorgeschlagen ist Willibald Böck. Man möge auf dem Stimmzettel, wo Ja,

Nein und Enthaltung angegeben ist, sein entsprechendes Votum anbringen. Ich möchte auch hier die Wahlhelfer bitten, wieder in Aktion zu treten und Frau Abgeordnete Dr. Wildauer mit der Namensliste zu beginnen.

Abgeordnete Dr. Wildauer, PDS:

Dieter Althaus, Johanna Arenhövel, Rosemarie Bechthum, Dagmar Becker, Gustav Bergemann, Willibald Böck, Peter Bonitz, Dr. Gerhard Botz, Detlev Braasch, Werner Buse, Christian Carius, Steffen Dittes, Sabine Doht, Hans-Jürgen Döring, Irene Ellenberger, Volker Emde, Wolfgang Fiedler, Heiko Gentzel, Michael Gerstenberger, Prof. Dr. Jens Goebel, Manfred Grob, Günter Grüner, Dr. Roland Hahnemann, Petra Heß, Michael Heym, Uwe Höhn, Mike Huster, Konrad Illing, Siegfried Jaschke, Jörg Kallenbach, Dr. Karin Kaschuba, Dr. Birgit Klaubert, Dr. Joachim Koch, Christian Köckert, Eckehard Kölbel, Dr. Ingrid Kraushaar, Horst Krauß, Otto Kretschmer, Thomas Kretschmer, Klaus von der Krone, Tilo Kummer, Elisabeth Wackernagel.

Abgeordnete Wackernagel, CDU:

Lehmann, Annette; Lieberknecht Christine; Lippmann, Frieder; Mohring, Mike; Dr. Müller, Alfred; Nitzpon, Cornelia; Nothnagel, Maik; Panse, Michael; Pelke, Birgit; Dr. Pidde, Werner; Dr. Pietzsch, Frank-Michael; Pohl, Günter; Pöhler, Volker; Primas, Egon; Ramelow, Bodo; Schemmel, Volker; Scheringer, Konrad; Schröter, Fritz; Dr. Schuchardt, Gerd; Schugens, Gottfried; Schuster, Franz; Schwäblein, Jörg; Sedlacik, Heidrun; Seela, Reyk; Dr. Sklenar, Volker; Sojka, Michael; Sonntag, Andreas; Dr. Stangner, Isolde; Tasch, Christina; Thierbach, Tamara; Trautvetter, Andreas; Dr. Vogel, Bernhard; Vopel, Bärbel; Wehner, Wolfgang; Wetzel, Siegfried; Dr. Wildauer, Heide; Wolf, Bernd; Wolf, Katja; Wunderlich, Gerd; Dr. Zeh, Klaus; Zimmer, Gabriele; Zitzmann, Christine.

Präsidentin Lieberknecht:

So, ich sehe, es sind alle Stimmkarten abgegeben. Ich schließe den Wahlgang und bitte, mit der Auszählung zu beginnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegt ein Ergebnis vor. Es wurden 81 Stimmen abgegeben. Auf den Wahlvorschlag der CDU, Willibald Böck, entfielen Jastimmen 48, Neinstimmen 28 und 5 Enthaltungen. Damit ist die erforderliche Mehrheit erreicht und Willibald Böck als Vorsitzender gewählt.

(Beifall bei der CDU)

Damit kommen wir jetzt zur Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden. Der Wahlvorschlag der SPD, Abgeordneter Otto Kretschmer, liegt Ihnen vor. Auch hier die Wahlzettel nach dem gleichen Muster mit Ja, Nein und Enthaltung. Ich bitte die Wahlhelfer, in Aktion zu treten und

mit dem Namensaufruf zu beginnen.

Abgeordnete Dr. Wildauer, PDS:

Ich rufe auf Herrn Dieter Althaus, Frau Johanna Arenhövel, Frau Rosemarie Bechthum, Frau Dagmar Becker, Herrn Gustav Bergemann, Herrn Willibald Böck, Herrn Peter Bonitz, Herrn Dr. Gerhard Botz, Herrn Detlev Braasch, Herrn Werner Buse, Herrn Christian Carius, Herrn Steffen Dittes, Frau Sabine Doht, Herrn Hans-Jürgen Döring, Frau Irene Ellenberger, Herrn Volker Emde, Herrn Wolfgang Fiedler, Herrn Heiko Gentzel, Herrn Michael Gerstenberger, Herrn Prof. Dr. Jens Goebel, Herrn Manfred Grob, Herrn Günter Grüner, Herrn Dr. Roland Hahnemann, Frau Petra Heß, Herrn Michael Heym, Herrn Uwe Höhn, Herrn Mike Huster, Herrn Konrad Illing, Herrn Siegfried Jaschke, Herrn Jörg Kallenbach, Frau Dr. Karin Kaschuba, Frau Dr. Birgit Klaubert, Herrn Dr. Joachim Koch, Herrn Christian Köckert, Frau Elisabeth Wackernagel, Herrn Eckehard Kölbel, Frau Dr. Ingrid Kraushaar, Herrn Horst Krauß, Herrn Otto Kretschmer, Herrn Thomas Kretschmer, Herrn Klaus von der Krone, Herrn Tilo Kummer,

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Würdet ihr bitte weiter machen, wir lösen Sie gleich ab.)

Abgeordnete Wackernagel, CDU:

Lehmann, Annette; Lieberknecht, Christine; Lippmann, Frieder; Mohring, Mike; Dr. Müller, Alfred; Nitzpon, Cornelia; Nothnagel, Maik; Panse, Michael; Pelke, Birgit; Dr. Pidde, Werner; Dr. Pietzsch, Frank-Michael; Pohl, Günter; Pöhler, Volker; Primas, Egon; Ramelow, Bodo; Schemmel, Volker; Scheringer Konrad; Schröter, Fritz; Schugens, Gottfried; Schuster, Franz; Schwäblein, Jörg; Sedlacik, Heidrun; Seela, Reyk; Dr. Sklenar, Volker; Sojka, Michael; Sonntag, Andreas; Dr. Stangner, Isolde; Tasch, Christina; Thierbach, Tamara; Trautvetter, Andreas; Dr. Vogel, Bernhard; Vopel, Bärbel; Wehner, Wolfgang; Wetzel, Siegfried; Dr. Wildauer, Heide; Wolf, Bernd; Wolf, Katja; Wunderlich, Gert; Dr. Zeh, Klaus; Zitzmann, Christine.

Präsidentin Lieberknecht:

Die Stimmzettel sind alle abgegeben. Ich schließe den Wahlgang und bitte, auch diesen Wahlgang auszuzählen - Entschuldigung, Herr Zeh, Sie waren in meinem blinden Winkel. Bitte, jetzt reinstecken. Gut, damit sind alle Stimmzettel jetzt abgegeben und ich schließe den Wahlgang. Ich bitte, mit dem Auszählen zu beginnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das Ergebnis der Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden für den Untersuchungsausschuss liegt vor. Es waren 79 abgegebene Stimmzettel, davon entfielen auf den Wahlvorschlag der

SPD, Otto Kretschmer, 49 Jastimmen, 16 stimmten mit Nein, es gab 13 Enthaltungen, eine ungültige Stimme. Damit ist die erforderliche Wahl erreicht und wir haben auch den stellvertretenden Vorsitzenden bestimmt. Ich darf damit die Wahlen schließen und ich bitte, etwas zügig in den Saal hineinzuströmen, denn wir haben schon viel Zeitverzug.

Wir kommen damit zum Aufruf der Regierungserklärung gemeinsam mit dem **Tagesordnungspunkt 13** unserer Tagesordnung, und zwar in den Teilen

a) Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zu dem Thema "Auswirkungen der Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA auf die innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland und im Freistaat Thüringen"

dazu: Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD

- Drucksache 3/1886 -

dazu: Entschließungsantrag der Fraktion der PDS

- Drucksache 3/1887 -

b) Terroranschläge in den USA

Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 3/1849 -

Es müsste inzwischen der Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD in der Drucksache 3/1886 verteilt sein.

Bevor ich den Herrn Ministerpräsidenten bitte, uns die Regierungserklärung zu halten, darf ich noch einen angenehmen Gast begrüßen, und zwar Herrn General Briller des neuen WBK 3, von Thüringen aus immerhin zuständig für Sachsen, Sachsen-Anhalt, Berlin und Brandenburg, ich denke, das ist eine gute Sache. Herzlich willkommen, dass Sie dieser Debatte hier Folge leisten.

(Beifall im Hause)

So, Herr Ministerpräsident, ich darf Sie jetzt bitten.

Dr. Vogel, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, am vergangenen Sonntagabend haben amerikanische und britische Streitkräfte mit gezielten Schlägen gegen den Drahtzieher Bin Laden und gegen das Taliban-Regime in Afghanistan begonnen. Mit dieser militärischen Maßnahme war zu rechnen. Das offensichtlich umsichtig und gründlich vorbereitete Vorgehen der amerikanischen Regierung findet die volle Unterstützung Deutschlands; der Bundeskanzler und die Vorsitzenden aller im Bundestag vertretenen Parteien, außer der PDS, haben dies mehrfach unterstrichen. Die Thüringer Landesregierung steht in dieser Frage voll und ganz auf der Seite

der Vereinigten Staaten und auf der Seite der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Was am vergangenen Sonntag in Afghanistan begonnen hat, ist ein notwendiger erster Schritt zur Bekämpfung der Wurzeln des internationalen Terrorismus. Man kann nur hoffen, dass das Ziel erreicht und die Urheber der Terrorakte vom 11. September getroffen werden. Aber die militärischen Maßnahmen sind nur ein Teil der Maßnahmen, die jetzt ergriffen werden müssen. Genauso wichtig ist es beispielsweise, die Finanzströme der Terroristen zu kontrollieren, auch, wenn man dazu das Bankgeheimnis beschränken muss. Und wichtig ist es, den Nahen Osten zu befrieden. Er ist nicht die Ursache des Terrorismus, aber er kann die Massen in der arabischen Welt in Bewegung setzen. Auch wenn wir uns ein baldiges Ende der ungewöhnlichen Herausforderung wünschen, wir tun gut daran, uns auf einen langen Weg zum Ziel einzustellen. Die Terroranschläge von New York und Washington haben etwas Wirklichkeit werden lassen, womit niemand von uns jemals gerechnet hat. Es waren die grausamsten Terroranschläge, die die Menschheit erlebt hat und sie können nicht folgenlos bleiben. Diese Terrorakte galten nicht nur den Vereinigten Staaten von Amerika, sie galten der ganzen freien Welt und damit galten sie auch uns. Wir trauern um die Toten, wir trauern um Opfer aus über 80 Nationen, darunter auch zahlreiche Deutsche. Hier in Thüringen wie überall in Deutschland haben viele Tausende ihre Trauer, ihre Anteilnahme mit den Opfern und ihre Solidarität mit dem amerikanischen Volk ausgedrückt. Unzählige sind dem Aufruf von Arbeitgebern und Gewerkschaften zu einer 5-minütigen Arbeitspause gefolgt, Tausende nahmen an Gedenkgottesdiensten teil, viele trugen sich in Kondolenzbücher ein. Diese Anteilnahme haben die Amerikaner mit großer Dankbarkeit empfangen, wie ich bei meinem Besuch in Washington vielfach bestätigt gefunden habe. Ich möchte den mir immer wieder ausgedrückten Dank an alle Thüringerinnen und Thüringer weitergeben.

Meine Damen und Herren, es macht uns betroffen, dass die Anschläge auch in Deutschland vorbereitet worden sind. Es erfüllt uns mit Sorge, dass Terroristen unter uns gelebt haben, deren Auffälligkeit in ihrer Unauffälligkeit bestand und die ihr schreckliches Tun in unbemerkter Stille vorbereiten konnten, Terroristen, denen irgendjemand die makabere Bezeichnung "Schläfer" gegeben hat. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass auch Deutschland in ein internationales Terrornetzwerk integriert war und wir wissen nicht, ob dieses Netzwerk nicht noch immer existiert. Schon deshalb, meine Damen und Herren, müssen wir alles daran setzen, dass die internationale Allianz gegen den Terror Erfolg hat. Wenn wir den Terrorismus nicht bekämpfen, machen wir uns mitschuldig am nächsten Terroranschlag, der Chicago oder Los Angeles, aber auch Paris, London oder Rom treffen könnte. Die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft hat am Tag nach dem An-

schlag, am 12. September, ihren Beistand zugesichert und sie hat, nachdem die amerikanische Regierung Beweismaterial zu den Terroranschlägen vorgelegt hat, am 2. Oktober den Bündnisfall festgestellt, das heißt, sie hat den Angriff gegen Amerika als Angriff gegen alle NATO-Partner gewertet. Die Bundesregierung hat ihre Bereitschaft bekundet, sich, falls erforderlich, an militärischen Maßnahmen zu beteiligen. Ich zitiere den Bundeskanzler: "Es liegt jetzt an der amerikanischen Regierung, uns zu sagen, wo wir wirklich helfen können, und wenn wir dazu in der Lage sind, werden wir an ihrer Seite stehen." Awacs-Maschinen mit zum Teil deutscher Besatzung überwachen den amerikanischen Luftraum und Schiffe der Bundesmarine sind in das östliche Mittelmeer verlegt worden. Was die Solidarität mit den USA angeht, aber auch was die angemessene Reaktion auf die Terroranschläge angeht, herrscht Einigkeit auch zwischen Bund und Ländern. Das haben die Gespräche zwischen dem Bundeskanzler, dem Außenminister, dem Bundesinnenminister und den Ministerpräsidenten bestätigt. Erst gestern Nachmittag haben wir uns erneut im Bundeskanzleramt getroffen, einen Bericht des Bundeskanzlers über seine Amerikareise entgegengenommen und über notwendige Maßnahmen, insbesondere zur inneren Sicherheit, beraten. Seit dem 11. September bestehen lückenlose Kontakte zwischen dem Bundesinnenminister und den Innenministern der Länder.

Viele hatten hierzulande nach dem 11. September die Sorge, die amerikanische Regierung würde im Zorn handeln. Diese Sorge hat sich nicht bestätigt. Die amerikanische Regierung hat überlegt und wohl abgewogen gehandelt, sie hat, und auch davon konnte ich mich während meines Aufenthalts in Washington überzeugen, sehr genau erkannt, wie sehr es jetzt auf internationale Solidarität ankommt - es war eine völlig veränderte Gesprächsatmosphäre -, wie wichtig es ist, eine internationale Allianz gegen den Terror zu schmieden, wie bedeutsam die Rolle der Vereinten Nationen ist.

Zum ersten Mal seit dem Ende des Kalten Krieges findet die amerikanische Politik Unterstützung von Staaten, die früher ihre Gegner waren. Dass sowohl Russland wie China die Antiterror-Allianz unterstützen und das amerikanische Vorgehen in Afghanistan akzeptieren, dass es im Weltsicherheitsrat zu einstimmigen Beschlüssen kam, ist beachtlich. Es ist der amerikanischen Administration wichtig, möglichst viele islamische Staaten in die Allianz einzubeziehen, denn, meine Damen und Herren, hier findet kein Kampf des Westens gegen die islamische Welt statt. Der Terror wird bekämpft und nicht eine der großen monotheistischen Weltreligionen. Samuel Huntington hat vor einigen Jahren das düstere Bild von einem Krieg der Kulturen gezeichnet. Genau dazu darf es nicht kommen.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Die Einsätze der USA und Großbritanniens richten sich nicht gegen das afghanische Volk, sie richten sich gegen Bin Laden und das Taliban-Regime, gegen ein Regime, das die eigene Bevölkerung unterdrückt und Terroristen schützt. Wir begrüßen es, dass die USA zeitgleich mit den gezielten Schlägen mit umfangreichen humanitären Hilfsmaßnahmen für die Not leidende afghanische Bevölkerung begonnen hat. Und auch an dieser Hilfe sollte Deutschland sich intensiv beteiligen.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Für die Thüringer Landesregierung steht die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger an erster Stelle. Wir tun alles, was in unserer Macht steht, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten. Seit dem 11. September wissen wir, dass auch wir gefährdet sein können. Seit Beginn der Militäraktion in Afghanistan müssen wir von einer erhöhten Gefährdungslage ausgehen. Auch wenn die Lage gegenwärtig normal ist und es keinerlei Anhaltspunkte für bevorstehende Anschläge gibt, Aufmerksamkeit ist geboten, aber Anlass zur Ängstlichkeit und Unsicherheit besteht nicht, schon gar nicht hier in Thüringen, einem der sichersten Länder in Deutschland.

Die Landesregierung hat nach dem 11. September für besondere Notfalllagen einen interministeriellen Arbeitsstab unter Vorsitz des Staatssekretärs im Innenministerium gebildet. Er koordiniert notwendige Maßnahmen der Ministerien und bereitet, wenn notwendig, Entscheidungen für die Landesregierung vor. Wir haben die Sicherheitsmaßnahmen seit vergangenen Sonntagabend verschärft und unsere Alarmbereitschaft erhöht. Die Zusammenarbeit der verantwortlichen Stellen ist gesichert und sie funktioniert reibungslos. Niemand von uns, meine Damen und Herren, rechnet mit größeren Schadensereignissen, aber auch wenn sie wider Erwarten eintreten sollten, ist der Freistaat gerüstet. 300.000 Mio. DM für die Ausrüstung des Brand- und Katastrophenschutzes, für den das Land zuständig ist, sind gut investiert, über 49.000 haupt- und ehrenamtliche Feuerwehrleute stehen bereit und darüber hinaus ca. 7.000 Helfer in den Hilfsdiensten wie dem THW, dem Roten Kreuz, der Johanniter-Unfallhilfe, dem ASB und anderen. Das Innenministerium hat die Kommunen sicherheitshalber aufgefordert, noch einmal sämtliche Einsatzpläne zu überprüfen. Die Lehrkonzepte der Thüringer Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule sind stärker als bisher auf die Gefahrenabwehr bei biologischen und chemischen Zwischenfällen abgestellt worden. Was die Abwehr atomarer, biologischer und chemischer Gefahren angeht, sind wir der Meinung, dass nicht jedes Land für sich, sondern Bund und Länder gemeinsam tätig werden sollten. Wir begrüßen es, dass die Bundesregierung eine Biowaffen-Informationsstelle beim Robert-Koch-Institut in Berlin einrichtet. Die noch ausstehenden Lieferungen von ABC-Erkundungskraftwagen und Dekontamination-LKWs hat der Bundesinnenminister für die allernächste Zeit zugesichert.

Meine Damen und Herren, es ist wahr, seit dem Ende des Kalten Krieges haben aufgrund der veränderten Weltlage alle Beteiligten geglaubt, es werde niemals mehr eine ernsthafte Bedrohung unserer Sicherheit von außen geben. Wir sind stolz darauf, nur Freunde als Nachbarn zu haben, aber mit Bin Laden und den afghanischen Taliban hat niemand gerechnet. Die Einsatzstärke der Bundeswehr wurde reduziert, die Leistungsfähigkeit des Bundesgrenzschutzes erheblich zurückgenommen, auch der Zivilschutz, Zuständigkeit des Bundes, ist zurückgefahren worden. Nur ein Beispiel: Es gibt zwar ein Zivilschutz-Neuordnungsgesetz, aber die dazugehörigen Ausführungsbestimmungen gibt es nicht. Nicht nur beim Bund, auch in allen Ländern sind die Haushaltsansätze teilweise dramatisch abgesenkt worden und hier muss umgedacht werden

(Beifall bei der CDU, SPD)

und es wird umgedacht. Es wird umgedacht, teilweise mit atemberaubender Geschwindigkeit. Mitte September hat der Bundesinnenminister ein erstes Maßnahmenpaket zur Terrorismusbekämpfung vorgelegt. Der Bundesrat hat den Gesetzentwürfen am 27. September zugestimmt. Das Religionsprivileg im Vereinsrecht wird aufgehoben. Es darf nicht sein, dass sich Gruppierungen, die unsere Verfassungsordnung bekämpfen, hinter dem Etikett "Religionsgemeinschaft" verstecken. In das Strafbuch wird ein § 129 b neu eingefügt, Mitglieder ausländischer Terrorbanden können künftig auch in Deutschland belangt werden, wenn sie Straftaten im Ausland begehen. Und die Zuverlässigkeitsüberprüfung von Flughafenpersonal wird verstärkt. Mit unserer Zustimmung bereitet der Bundesinnenminister ein zweites Antiterrorpaket vor. Es sieht unter anderem eine Auskunftspflicht der Banken gegenüber dem Verfassungsschutz vor. Bundeskriminalamt, Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz sollen systematisch untereinander Daten austauschen können. Im Reisepass soll neben dem Foto auch der Fingerabdruck festgehalten werden und Visa-Antragsteller, die Einladungen aus Deutschland vorlegen, müssen damit rechnen, dass diese Einladungen überprüft werden.

Die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag hat ihrerseits die Initiative ergriffen und Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung vorgeschlagen, die sich mit Schilys Überlegungen weitgehend decken und teilweise nur wieder aufgreifen, was früher schon vorgeschlagen, aber leider abgelehnt wurde. Im Bundesrat sind Anträge immer wieder gescheitert, jetzt werden sie Erfolg haben. Beispielsweise fordert die Unionsfraktion, die optische Wohnraumüberwachung zu ermöglichen und die akustische Wohnraumüberwachung zu verbessern, eine verlässliche Rechtsgrundlage für den Einsatz verdeckter Ermittler zu schaffen und Asylbewerber vor der Asylgewährung nicht nur wie bisher in Baden-Württemberg, Bayern und Thüringen, sondern überall in Deutschland einer Regelanfrage beim Verfassungsschutz zu unterziehen. Die Kronzeugen-

regelung, die 1999 ausgelaufen ist, soll in etwas veränderter Form wieder eingeführt werden. Die Rasterfahndung, zu der sich alle Länder in der Bundesrepublik entschlossen haben, bietet in der gegenwärtigen Situation die Chance, Gefahren für unsere Freiheit und unsere Sicherheit abzuwehren. Deshalb halte ich es für geboten sie anzuwenden. Die Thüringer Landesregierung steht den Initiativen, die ich genannt habe, grundsätzlich positiv gegenüber, aber sie wird selbstverständlich jeden einzelnen Vorschlag genau prüfen, bevor sie ihr Abstimmungsverhalten festlegt. Die Bundeswehr muss in der Lage sein, Polizei und Bundesgrenzschutz in besonderen Gefahrensituationen zu entlasten, beispielsweise beim Schutz von Kernkraftwerken, Chemieanlagen oder Talsperren. Es muss überprüft werden, ob die Rechtsgrundlage für den Einsatz der Bundeswehr im Inland eindeutig ist. Wir brauchen, meine Damen und Herren, eine Neujustierung von individuellen Freiheitsrechten auf der einen und dem allgemeinen Wohl auf der anderen Seite. Es darf nicht heißen: Sicherheit statt Freiheit. Es muss heißen: Freiheit in Sicherheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Der amerikanische Präsident hat Recht, die freiheitlichen Demokratien dürfen angesichts der terroristischen Bedrohung nicht ihren Charakter verlieren. Sie dürfen nicht illiberal werden, sonst hätten die Terroristen ihr Ziel erreicht.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Natürlich brauchen wir zur Bekämpfung des Terrorismus die Nachrichtendienste, auch wenn kein Nachrichtendienst der Welt die Ereignisse des 11. September angekündigt hat. Wir brauchen den Verfassungsschutz in Deutschland, das heißt auch das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz. Gut, dass wir es weder abgeschafft noch aufgelöst haben.

(Beifall bei der CDU)

Zur Extremismusbekämpfung wird der Verfassungsschutz gestärkt. Die Landesregierung wird vor allem den Bereich "Ausländerextremismus" sowie die Beobachtung länderübergreifender Aktivitäten von Extremisten besser ausstatten. Die Landesregierung bereitet ein Programm für mehr Sicherheit in Thüringen vor. Wir wollen dafür im laufenden Doppelhaushalt etwa 25 Mio. DM aufwenden. Da wir unter anderem in diesem Programm auch Stellenmehrungen vornehmen wollen, werden wir dafür einen Nachtragshaushalt für 2002 vorzulegen haben.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen, meine Damen und Herren, diesen Kraftakt, dieses Programm für mehr Sicherheit ohne Erhöhung der Nettoneuverschuldung finanzieren.

(Beifall bei der CDU)

Das heißt, entsprechende Einsparungen an anderer Stelle sind unumgänglich. Die Polizei ist seit dem 11. September besonders gefordert. Ich danke der Thüringer Polizei für viele zusätzliche Dienststunden und für ihre wachsame Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Ich habe Verständnis, dass jetzt mehr Polizei verlangt wird. Allerdings muss bedacht werden, Thüringen hat bereits eine sehr hohe Polizeidichte. Mit einem Polizisten auf 349 Einwohner liegen wir deutschlandweit auf dem 7. Platz. Und es muss bedacht werden, dass es für Polizisten keinen freien Markt gibt, sondern, dass sie in einer mehrjährigen Ausbildungszeit ausgebildet werden müssen, bevor man sie einstellen kann. Gleichwohl werden wir im Rahmen des von mir gerade angekündigten Programms für mehr Sicherheit auch die Polizei personell verstärken. Wir werden in den Bereichen "Staatsschutz", "Verbrechensbekämpfung" und "Mobile Ermittlung" zusätzliches Personal einstellen. Auch im Bereich "Finanzermittlung" werden wir neue Stellen einrichten. Wir haben vor, 2002 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten im Bereich der Polizei zu schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden die Arbeitsbedingungen der Polizei verbessern, wir werden den IT-Bereich in erforderlichem Maß ausweiten und Sondermittel für Spezialfahrzeuge und Fingerprintsysteme zur erkennungsdienstlichen Behandlung bereitstellen. Unmittelbar nach den Anschlägen in den USA hat das Thüringer Landeskriminalamt eine Koordinierungsstelle "Terrorismusbekämpfung" eingerichtet, in der unter anderem Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft, des Landesamts für Verfassungsschutz und des Landesverwaltungsamts mitarbeiten. Auch die Justiz soll im Rahmen des angekündigten Programms personelle Verstärkung erhalten. Wir werden die Wirtschaftsprüfungsgruppe der Staatsanwaltschaften vergrößern und weitere IT-Fachkräfte einstellen. Die Computerausstattung der Staatsanwaltschaften wird verbessert.

Gestatten Sie mir ein Wort zur Bereitschaftspolizei. Die Innenminister haben die Bundesregierung aufgefordert, sich wieder stärker an der Ausstattung der Bereitschaftspolizei zu beteiligen. Bis 1999 hat der Bund die Bereitschaftspolizei der Länder jährlich mit 39 Mio. DM unterstützt. Die Mittel hat er mehr und mehr gekürzt und in der Mittelfristigen Finanzplanung auf null gestellt. Ich halte es angesichts der jüngsten Entwicklung für unbedingt notwendig, zumindest zur ursprünglichen Förderung zurückzukehren.

(Beifall bei der CDU)

Alle unsere Maßnahmen sollen dazu beitragen, uns der veränderten Situation anzupassen und jetzt die richtigen Prioritäten zu setzen. Dazu gehört auch die Absicht der Landesregierung, dem Landtag bald zwei Gesetzentwürfe vorzulegen. Ein Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes und ein Gesetz zur Änderung des Polizei- und Sicherheitsrechts sind in Vorbereitung. Wir möchten das Polizeiorganisationsrecht ändern, damit mehr Polizisten Dienst vor Ort leisten können und weniger Polizisten Dienst in der Verwaltung leisten müssen. Wir werden das Polizei- und Sicherheitsrecht ändern, um zum Beispiel die Videoüberwachung öffentlicher Plätze und Straßen möglich zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zur Stärkung der inneren Sicherheit gehört, niemanden zu verunsichern und sich doch auf mögliche Notfälle vorzubereiten. Deswegen wollen wir zusätzlich Stellen im Bereich Katastrophenschutz einrichten, ein landesweites Datennetz für den Brand- und Katastrophenschutz aufbauen und das Leit- und Informationszentrum im Landesverwaltungsamt erweitern. Die Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule erhält eine technische Ausstattung, mit der sich die Bewältigung von Gefahrensituationen im Falle terroristischer Angriffe üben lässt. Für das Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz sehen wir zusätzliches Personal vor, um beim Auftreten von Verdachtsmomenten biologischer Stoffe analysieren zu können.

Meine Damen und Herren, natürlich hat der 11. September für Amerika wie für Europa und folglich auch für uns auch wirtschaftspolitische Folgen. Die Gefahr, dass sich die Konjunktorentwicklung nicht nur in den USA, sondern auch in Europa weiter verlangsamt, ist noch nicht gebannt. Es wird, so sagt mir der Präsident des Weltwährungsfonds, Herr Dr. Köhler, in Washington viel davon abhängen, welches Kaufverhalten die Amerikaner in nächster Zeit an den Tag legen -, ob der ungewöhnliche Patriotismus sie veranlasst, gegen die Stimmung zu kaufen oder ob die zusätzliche Arbeitslosigkeit, die durch den Anschlag entstanden ist, sie davon abhält. Die Konjunktur in Amerika muss wieder anspringen, sie muss aber vor allem in Europa und hier vor allem und ganz besonders in Deutschland wieder anspringen. Nur dann kommt es nicht zur Gefahr einer weltweiten Rezession.

Meine Damen und Herren, die wirtschaftliche Entwicklung hängt auch davon ab, wie sehr wir uns von den Ereignissen des 11. September und von den jüngsten Drohungen der Terroristen ängstigen lassen. Wer uns Angst einjagen will, der betreibt das Geschäft der Terroristen und ihrer Helfershelfer. Wir müssen wachsam sein, wir müssen überlegt handeln, um Freiheit und Sicherheit zu schützen, aber niemand sollte in Panik und Hysterie verfallen. Niemand sollte denen auf den Leim gehen, die ein perfides Spiel mit der Angst spielen.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Rechts- wie linksradikale Kräfte versuchen in seltener Gemeinsamkeit antiamerikanische Ressentiments zu verbreiten und Friedensdemonstrationen umzufunktionieren. Die Texte der Aufrufe gleichen sich in verdächtigem Ausmaß.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, in Deutschland leben 3,2 Millionen Muslime, in Thüringen, so viel wir wissen, rund 3.000. Wir wissen, dass es 200 muslimische Schüler in unseren Schulen gibt. Diese Muslime sind in ihrer über großen Mehrheit friedliebende und rechtstreu Menschen, die Gewalt und Terror verachten. Alle großen Weltreligionen, meine Damen und Herren, predigen den Frieden und die Versöhnung. Es gibt keine Weltreligion, die den Terror predigt und Terror ist keine Religion.

(Beifall im Hause)

Ein hoher Repräsentant des Irans, der gestern Frau Schipanskis Gast war, der Kultusminister und stellvertretender Präsident gewesen ist, hat in Weimar gesagt: "Der Islam steht für Freundschaft und Gespräch mit allen Menschen." Und obwohl das so ist, haben jetzt viele Muslime Angst, sie haben Angst, unter einen Generalverdacht gestellt zu werden, und das dürfen wir nicht zulassen. Deswegen bitte ich Sie, die Bürger des Landes, begegnen Sie diesen Mitbürgerinnen und Mitbürgern nicht mit Misstrauen. Lassen Sie uns die Chance zum Dialog mit dem Islam nutzen. Ich bitte ausdrücklich die Kirchen und ihre Bildungswerke, die Akademien, die politischen Stiftungen, die Landeszentrale für politische Bildung die Plattform für Information und Dialog mit dem Islam zu bieten. Die Schulen bitte ich und die Lehrer möchte ich ermuntern, sich des Themas anzunehmen. Den Medien fällt in dieser Situation eine große Verantwortung zu. Viele Journalisten nehmen sie mit großer Kraftanstrengung wahr. Informieren Sie, kommentieren Sie, kritisieren Sie, aber machen Sie bitte aus dem Kampf gegen den Terror keine Kriegsberichterstattung!

(Beifall im Hause)

Wer demonstrieren will, kann das in einem freien Land tun, aber unmündige Kinder sollte man dabei nicht instrumentalisieren.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Wo Terror herrscht, gibt es keinen Frieden. Wer Frieden will, muss den Terror bekämpfen. Wir wollen den Terror bekämpfen, wir wollen unsere Sicherheit schützen und wir wollen unsere Freiheit verteidigen. Wir sind überzeugt, es lohnt sich. Danke, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Damit kommen wir jetzt zur gemeinsamen Aussprache, die bereits gestern bei Feststellung der Tagesordnung beantragt wurde. Ich darf als Ersten aufrufen den Abgeordneten Buse, PDS-Fraktion.

Abgeordneter Buse, PDS:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, verehrte Gäste der heutigen Plenarsitzung! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, es mag ungewöhnlich sein, aber ich möchte Ihnen insbesondere für den Schlussteil Ihrer Rede meine Anerkennung aussprechen. Es mag mir auch gestattet sein, die Rede der Parlamentspräsidentin in der gestrigen Plenarsitzung in diese Anerkennung einzubeziehen.

(Beifall im Hause)

"Jetzt erst hat das 21. Jahrhundert begonnen", so schrieb der New Yorker Schriftsteller Paul Auster am Tag des Terroraktes gegen das World Trade Center und das Pentagon. Diese menschenverachtenden Terroranschläge des 11. September - und ich stimme Herrn Ministerpräsidenten zu, dass es die grausamsten Terroranschläge, die die Menschheit je erlebt hat, waren - sind meiner Meinung nach eine Kriegserklärung an die Weltzivilisation. Sie können, wie der Herr Ministerpräsident ausführte, nicht folgenlos bleiben und ich meine, sie dürfen nicht folgenlos bleiben. Alles, was Menschlichkeit in Gestalt unterschiedlicher Zivilisation bedeutet, ist meines Erachtens getroffen und herausgefordert. Schlagartig erhellte sich an diesem 11. September, der Terrorismus bricht mit allem, was Menschen sich an Zivilisiertheit, an Respekt vor dem Leben und an Würde erkämpft haben. Gerade deshalb sind die Schreckensbilder von New York und Washington tief in unser Innerstes gedrungen. Gerade deshalb erfasste Millionen Menschen neben Trauer auch Ohnmacht und Wut. Unter diesem Aspekt hat die Fraktion der PDS unmittelbar nach dem Terroranschlag auf das World Trade Center die damals laufende Fraktionsklausur unterbrochen. Ich wollte hier heute den Versuch unternehmen, die Empfindungen der Mitglieder der Fraktion nachzuzeichnen. Es wurde aber hier gestern ein Bild von der Fraktion und den Abgeordneten der PDS gezeichnet, das es mir heute schwer macht, das lebende Entsetzen, die tiefe Betroffenheit, die politischen Empfindungen der Klausurteilnehmer nachvollziehbar darzustellen. Sie mögen hier gestern ein Bild von uns gezeichnet haben, was Ihren politischen Wünschen und Interessen entspricht. Menschlich sprach es andere Sprachen. Noch Stunden später nach dem furchtbaren Terrorakt beherrschten auf alle Fälle mich wie auch die anderen Mitglieder unserer Fraktion die Gefühle von Trauer, Ohnmacht und Wut, und ich brachte sie in meiner Eintragung in das Kondolenzbuch in der Staatskanzlei zum Ausdruck. Wir haben mit Millionen Menschen um die Opfer des Terrorakts am 11. September getrauert. Menschen verschiedener Nationalitäten, un-

terschiedlichen Glaubens und verschiedener Kulturen waren bekanntlich unter diesen Opfern. Unser Mitgefühl galt und gilt ihren Angehörigen in den verschiedenen Ländern, vor allem aber auch in den USA. Dieses Mitgefühl und unsere Solidarität mit den Bürgerinnen und Bürgern der Vereinigten Staaten von Amerika habe ich namens unserer Fraktion unmittelbar nach dem Anschlag dem Generalkonsul Savage übermittelt.

Verehrte Damen und Herren, folgt man der Logik des amerikanischen Schriftstellers Auster wenn jetzt erst das 21. Jahrhundert begonnen hat, wie er schrieb, dann will er auf die neuen Herausforderungen aufmerksam machen. Wenn internationaler Terror und militärische Gewalt das Menetekel des 21. Jahrhunderts sein sollten, dann wird dieses Jahrhundert das vergangene an Grausamkeit und Opfern noch übertreffen. Wenn dem so wäre, dann würde altes Denken unheilvoll im 21. Jahrhundert fortwirken. Nicht erst seit dem 7. Oktober, dem Beginn der militärischen Gegenschläge gegen die Taliban, beschäftigen sich Millionen Bürgerinnen und Bürger in der Welt mit der Frage nach den Konsequenzen, die diesem Terroranschlag folgen sollen und folgen müssen. Einigkeit bestand und besteht weltweit darüber: Aktives Handeln gegen den globalisierten Terrorismus ist notwendig. Ich weiß um die Last, die verantwortliche Politikerinnen und Politiker in diesen Tagen zu tragen hatten und weiterhin zu tragen haben. Die von vielen Seiten vorgetragene Mahnung zur Besonnenheit spiegelte sich im besonderen Maße diesmal wider. Seit dem 11. September waren die Stimmen, die sich warnend gegen eine militärische Eskalation erhoben, hörbar zu vernehmen. Die Welt war sich einig, dass der 11. September einen tiefen Einschnitt in der Geschichte darstellt, dass damit eine neue globale Herausforderung zu verzeichnen ist und dass die Ermittlung, die Ergreifung und Inverantwortungnahme der Schuldigen für diesen Terroranschlag von vorrangiger Bedeutung sind. Wir wissen natürlich, dass die Ergreifung der Schuldigen nicht ohne repressive Maßnahmen vonstatten gehen kann. Offensichtlich ist, dass Appelle an die Vernunft der Schuldigen zwecklos sind. Doch ohne Vernunft wird die Logik von Terror und Krieg nicht gebrochen.

(Beifall bei der PDS)

Die am Sonntag begonnenen militärischen Aktionen halten wir deshalb für den falschen Weg. Der Kampf gegen den Terrorismus, auch ein langwieriger Kampf ist gewinnbar, ein Krieg, so meinen wir, nicht. Bekanntlich beginnen auch lange Wege mit einem ersten Schritt. Entschieden wichtig ist deshalb, in welche Richtung dieser erste Schritt gegangen wird.

Der Ministerpräsident sprach in seiner Regierungserklärung von einem ersten notwendigen Schritt zur Bekämpfung der Wurzeln des internationalen Terrorismus. Diese Feststellung verbanden Sie, Herr Ministerpräsident, mit der Hoffnung, dass das Ziel erreicht und die Urheber der

Terrorakte vom 11.09.2001 getroffen werden. Die Hoffnung will ich gern mit Ihnen teilen, unsere Zweifel aber bleiben. Bomben auf Afghanistan, die bekanntlich nicht nur terroristische Strukturen getroffen haben und auch treffen werden, sind erste Schritte in eine falsche Richtung. Es zeichnet sich doch bereits ab, dass wieder neue Rufe nach Rache und Vergeltung hervorgebracht werden, wie sie wenige Stunden nach Beginn der militärischen Gegenschläge Bin Laden in einem Bekennervideo in zynischster Art und Weise der Welt mitteilte. Es ist richtig, wir haben als PDS auch keine Patentrezepte für die Lösung der komplizierten Probleme parat. Das ist, wenn man die neue Situation bedenkt, die von vielen angemahnt wird, nicht verwunderlich. Natürlich ist eine kritische Minderheit im Parlament hier in schwieriger Lage, weil ihr unterstellt wird, sie wollen gar nichts tun, während die hinter der Regierung Stehenden öffentlich durchaus für sich in Anspruch nehmen können: Wir tun wenigstens etwas. Nur, meine Damen und Herren, wird das Tun dem angestrebten Ziel gerecht? Das ist doch auch zu fragen erlaubt.

Auf dem Bundesparteitag der vergangenen Woche hat die PDS begonnen, den Diskussionsprozess zu führen, um Antworten auf die neuen globalen Herausforderungen, die mit dem Terroranschlag vom 11. September verbunden sind, zu erarbeiten. Damit wollen wir uns in den nationalen und auch internationalen Dialog um das Finden neuer Lösungen einbringen. Ist es aber deshalb verboten, uns zu den stattfindenden Handlungen überhaupt zu äußern? Es muss, so meine ich, vielleicht gerade der Opposition zugestanden sein, dass sie mahnend darauf hinweist, dass Regierungshandeln im 21. Jahrhundert vor neuen Herausforderungen steht. Sicherheit in diesem Jahrhundert wird unseres Erachtens nicht mit alten Mitteln zu erreichen sein. Uns geht es dabei um eine zweifache Strategie: langfristig die Ursachen von Gewalt zu bekämpfen und kurzfristig auf der Basis des Völkerrechts und in Abwägung notwendiger, auch repressiver Mittel die Schuldigen zu ergreifen und zu verurteilen. Die PDS geht in dieser Auseinandersetzung nicht den einfachen Weg. Auch bei uns werden Kontroversen über die Wahl der Mittel deutlich, aber dass Raketen und Bomben den Terrorismus in seinem Lebensnerv treffen, darf doch zumindest bezweifelt werden. Ich weiß, dies auszusprechen findet gegenwärtig nicht die ungeteilte Zustimmung. Nur, es muss doch auch in Deutschland legitim sein, vor einer Spirale der Gewalt zu warnen, ohne die Solidarität mit dem amerikanischen Volk preiszugeben.

(Beifall bei der PDS)

Es sei mir gestattet, auch im Hinblick auf diese gemeinsame Solidarität mit dem amerikanischen Volk, dass ich bedaure, dass ein Entschließungsantrag von zwei Fraktionen dem Plenum hier vorliegt. Wir sind in die Erarbeitung und die Beratung nicht mit einbezogen worden. Wir wollen versuchen, einen alternativen Vorschlag noch in die Debatte einzubringen. Einig fühlen wir uns in unserer Skepsis mit Vertretern der Kirche, der Gewerkschaften

und auch der Friedensorganisation. Stellvertretend dafür möchte ich die Worte von Landesbischof Christoph Kähler heranziehen, er schreibt heute in einem Artikel - ich darf zitieren, Frau Präsidentin: "Ich wiederhole die früheren Bitten an die verantwortlichen Politiker in Deutschland, Europa und in den Vereinigten Staaten wie an Israel und die arabischen Länder: Schöpfen Sie alle Möglichkeiten zum Gespräch aus! Räumen Sie diplomatischen und humanitären Maßnahmen Vorrang ein! Sorgen Sie für eine deutliche Begrenzung und ein klares Ende des militärischen Einsatzes! Stärken Sie die Vereinten Nationen als Forum der Verständigung und als Autorität in Sicherheitsfragen! Rechnen Sie mit der Besonnenheit und der Urteilsfähigkeit Ihrer Bürger! Helfen Sie langfristige Konfliktherde zu entschärfen!"

(Beifall bei der PDS)

Der Ruf nach Besonnenheit, den die PDS nie für sich vereinnahmen kann, geht auch von Persönlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland aus. Der Literaturnobelpreisträger Dr. Günter Grass brachte am Dienstag dieser Woche unter anderem zum Ausdruck, dass der terroristische Akt von New York überhaupt nicht zu entschuldigen ist, aber das Nachforschen nach den Gründen sei notwendiger als alle militärischen Überlegungen.

(Beifall bei der PDS)

Von Formulierungen wie der uneingeschränkten Solidarität mit den USA, wie sie auch unter anderem der Bundeskanzler Schröder gefordert hat, halte er gar nichts. Der Literat formulierte diesen Zusammenhang wie folgt, ich darf zitieren: "Wenn man ein freundliches Verhältnis hat, muss man auch die Kraft haben, als Freund dem Befreundeten gelegentlich in den Arm zu fallen, wenn er was Falsches macht." Auch wenn es sonst nicht meine Art ist, mich in Angelegenheiten anderer einzumischen, so sei mir hier doch eine Bemerkung gestattet. Ich vermisste solche und ähnliche nachdenkliche und auch warnende Stimmen bisher von den Linken innerhalb der SPD und leider auch von großen Teilen der Bündnisgrünen, auch in den Landesverbänden Thüringens. Ich erachte kritische Sichtweisen zu den gegenwärtigen militärischen Aktionen der amerikanischen und britischen Streitkräfte und dem, was daraus sich noch entwickeln kann, für unumgänglich. Terror darf keine Gewalt über uns gewinnen. Das ist die große Klammer der Ereignisse von New York und Washington und deren Schlussfolgerung. In diesem Sinne bedauere ich gerade die Sprachlosigkeit der Linken.

(Zwischenruf Abg. Dr. Botz, SPD: Nun ist es aber gut!)

Die Mitglieder unserer Fraktion bewegt schon die Frage, was passieren wird, wenn mit den jetzt praktizierten militärischen Einsätzen über einen längeren Zeitraum nicht das erreicht wird, was man gewollt, was man den Men-

schen im Land, vor allen in den USA und in Großbritannien, versprochen hat. Hier schließt sich für mich der Kreis. Mit dieser, unserer Sichtweise sind wir uns einig unter anderem mit der Arbeitsgemeinschaft für Frieden und Konfliktforschung. In deren Friedensgutachten heißt es, ich darf zitieren: "Notwendig ist, den Terrorismus zu bekämpfen, seine Organisatoren und Hintermänner zur Verantwortung zu ziehen und vor Gericht zu stellen. Nicht weniger dringend sind aber mittel- und langfristige Strategien, um ihm durch alternative Lebensentwürfe und Lebenschancen das Wasser abzugraben." Nachdenklich macht mich in diesem Zusammenhang auch die von der USA-Administration betriebene und auch in unserem Land eingesetzte Rhetorik des Krieges. So sprach der USA-Präsident bekanntlich unmittelbar nach dem feigen Terroranschlag von der Notwendigkeit eines Kreuzzuges gegen den Terrorismus. Vor dem USA-Kongress in Washington brachte er in seiner Rede zum Ausdruck, dass die USA jedes in ihrer Macht stehende Mittel, auch jede notwendige Waffe des Krieges, einsetzen werden, um das globale Netzwerk des Terrors zu zerstören und zu besiegen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Botz, SPD: Was denn sonst?)

Er sprach davon, dass die Antwort der USA mehr beinhaltet als einzelne Angriffe gegen die Schuldigen, vielmehr sollten sich die Amerikaner darauf einstellen, dass es nicht nur um eine einzige Schlacht, sondern einen langen Feldzug gehen wird. Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung darauf hingewiesen. Diese Rhetorik folgt, und wenn Sie mich auch noch mal dafür kritisieren, Herr Gentzel, einer untauglichen Kriegslogik, wie ich meine. Die Herausforderung des 11. September ist jedoch, eine zivile, eine Friedenslogik zu entwickeln. Dazu bedarf es der Besonnenheit aller Akteure, es braucht den Einfluss der unterschiedlichen politischen Partner und des vernünftigen Nachdenkens über globale Sicherheitsfragen.

(Beifall bei der PDS)

Das trifft auch auf Maßnahmen im Freistaat zur Erhöhung der Sicherheit zu. Was erwarten die Menschen? Sie erwarten in diesen Tagen unter anderem auch in Thüringen von der Politik berechtigt, dass sie vor terroristischer Bedrohung geschützt werden. Sie erwarten, dass die Täter vom 11. September bestraft und die von den terroristischen Strukturen ausgehenden Gefahren für die gesamte Weltkultur andauernd und wirksam überwunden werden. Sie erwarten auch, dass ihr Leben, auch hier in Thüringen, nicht durch Terror und Angst entwürdigt wird. Dazu zählt auch, in Thüringen eine höhere Sicherheit vor Kriminalität, Gewalt und Terror im berechtigten Interesse der Menschen zu erreichen. Dazu ergreift die Bundesregierung und ergreifen die Bundesländer, wie auch der Herr Ministerpräsident für Thüringen hier ausführte, unterschiedliche Maßnahmen. Wir werden uns mit diesen Maßnahmepaketen als PDS-Fraktion auseinander setzen. Wich-

tig für uns bei der Bewertung unseres Engagements wird die Tatsache bleiben, wie die Balance von staatlicher Sicherheitspolitik und individuellen Bürgerrechten gewährleistet wird. Ich komme gern auch in diesem Zusammenhang auf die letzten Ausführungen des Ministerpräsidenten zurück. Er sagte, wir brauchen eine Neujustierung von individuellen Freiheitsrechten und Gemeinwohl. Es darf nicht heißen, "Sicherheit statt Freiheit", sondern es muss heißen, "Freiheit in Sicherheit". Dem schließen wir uns an.

(Beifall bei der PDS)

Als PDS-Fraktion haben auch wir das erste Maßnahmenpaket der Bundesregierung zur Terrorismusbekämpfung zur Kenntnis genommen. Zu diesen einzelnen Maßnahmen hat innerhalb der Fraktion, auch in Abstimmung mit den Fraktionen der PDS in den anderen Landtagen und im Bundestag, ein intensiver Diskussionsprozess eingesetzt und findet nach wie vor statt,

(Zwischenruf Abg. Schwäblein, CDU:
Haben Sie den Landesvorsitzenden auch einbezogen?)

der sich von bisheriger Standpunktbildung unterscheidet. Unsere Zustimmung zu einzelnen Fragen soll dabei auch nicht unsere kritische Sicht auf andere verdecken. Die Hoffnungen der Thüringerinnen und Thüringer wie die aller Menschen auf ein Leben ohne Terror und Angst wollen wir nicht enttäuschen. Wir wollen uns deshalb mit diesen, unseren Positionen in die weiteren Diskussionen zu diesen Maßnahmen auch hier im Land und in den Ausschüssen einbringen. Ich unterstütze ausdrücklich die Feststellung des Ministerpräsidenten: "Wo Terror herrscht, gibt es keinen Frieden. Wer Frieden will, muss den Terror bekämpfen." Ich darf hinzufügen, das Einzige, was zählt, ist Vernunft. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Gentzel, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Gentzel, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, vor gut einem Monat erfolgten die furchtbaren Anschläge auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington, durchgeführt von der Terrororganisation des Osama Bin Laden. Diese Angriffe waren Attacken auf Symbole der Vereinigten Staaten, aber sie trafen uns alle. Ich betone sehr deutlich: Es war ein Angriff auf die gesamte Menschheit, nicht nur mit der verheerenden Folge, dass weit über 5.000 Menschen verschiedener Nationalitäten ihr Leben verloren - wir haben ihrer gedacht - nein, auch in seiner Symbolik - und das

war bewusst - war dieser Angriff verheerend, so sprachen die einstürzenden Türme des World Trade Centers eine eindeutige Sprache. Auf der einen Seite eine schlimme Demütigung der freien Welt, auf der anderen Seite - und auch das ist ein bedeutender Punkt - sie sprach unausgesprochen einen Triumph aus, einen Triumph für diejenigen Verbrecher, die sich das ausgedacht, vorbereitet und durchgeführt hatten.

Meine Damen und Herren, was passiert in dieser Welt, wenn auf einen solch katastrophalen Anschlag keine entsprechende Antwort gegeben wird? Ich frage Sie: Können wir das überhaupt verantworten? Können wir uns das wünschen, dass ein derart feiger Terroranschlag nicht beantwortet wird?

(Beifall bei der CDU, SPD)

Ich behaupte, dann wächst die Gefahr und wird nicht geringer, denn keine Antwort zu geben, stärkt die Versuchung der Wiederholung an anderen Zielen, in anderen Städten. Die Attentäter würden Zulauf bekommen. Deswegen war es aus politischen und sicherheitspolitischen Gründen notwendig, dass eine direkte Antwort erfolgte, die klar macht, dass diejenigen, die für diese Terrorattentate verantwortlich sind, gefasst und bestraft werden. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen stellt dazu eindeutig fest: Es ist eine Gefährdung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. An dieser Stelle, meine Damen und Herren, ist es gut, dass Einmütigkeit im Thüringer Landtag herrscht. Solche terroristischen Aktionen, egal in welchem Umfang, wie in Amerika geschehen, aber auch solche wie in Israel oder Spanien, sind keine Mittel der Politik, es sind Verbrechen, durchgeführt von Verbrechern. Ich behaupte, nicht wenige saßen an diesem 11. September 2001 vor dem Fernseher und sahen mit Erschütterung die aktuellen Bilder. Viele von uns waren sich sicher, dass spätestens innerhalb von 24 Stunden Amerika in einer uns doch ach so bekannten Reflexreaktion militärisch handeln würde. Das, was dann folgte, kann uns selbstverständlich nicht beruhigen, es kann uns auch nicht alle Ängste nehmen, aber es sollte uns Mut machen, eben keine Bomben, eben keine unüberlegten reflexartigen militärischen Vergeltungsaktionen irgendwo auf der Welt, nein, vielmehr der überzeugende Versuch der Amerikaner, die Welt in einer Antiterrorcoalition zu versammeln,

(Beifall bei der CDU, SPD)

und zwar auf einer politischen, ökonomischen und auf einer militärischen Ebene. Hier liegt eine neue, und ich sage, hoffentlich dauerhafte Qualität der amerikanischen Außenpolitik vor. Die Einsicht, dem weltweiten Terrorismus im Alleingang und mit bloßen militärischen Mitteln nicht beizukommen, hat sich in Washington gezeigt. Die Vereinten Nationen werden mehr denn je ihrer weltpolitischen Rolle gerecht, die Verbündeten werden wie Verbündete behandelt. Es wird miteinander diskutiert und es wird sich gegenseitig informiert. Dass einer der Verbün-

deten, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, in diesem Prozess eine wichtige Vermittlerrolle spielte und spielt, ist unumstritten und richtig so. Gespräche mit Präsidenten und Außenministern vieler Nationen dieser Welt waren der deutsche Anteil daran, dass dieser wichtige Prozess mitgestaltet und unterstützt wurde. Gut in Erinnerung bleibt uns sicherlich der Besuch des russischen Staatsoberhauptes Putin in Deutschland. All das ergänzte die Initiativen der amerikanischen Regierung genauso, wie es die Ziele der Vereinten Nationen unterstützte. Sicherlich stand im Mittelpunkt der Gespräche immer die uneingeschränkte Solidarität mit Amerika. Die Feststellung des Bündnisfalles und damit auch das notwendige deutsche Engagement bei notwendigen Militärschlägen, aber eben nicht nur das. Im Mittelpunkt stand auch die Frage nach möglichen politischen Mitteln, um den Terrorismus in der Welt einzudämmen, genauso wie die Frage, wie man in der jetzigen Situation die unbedingte humanitäre Hilfe, insbesondere für die afghanische Bevölkerung, schaffen kann.

Meine Damen und Herren, beim Besuch von Bundeskanzler Gerhard Schröder am 9. Oktober dieses Jahres in Amerika, den er zu Gesprächen mit George Bush und Kofi Annan nutzte, stellte er unmissverständlich klar: Wir, die Deutschen, stehen fest an der Seite unserer amerikanischen Verbündeten und das uneingeschränkt. Das, meine Damen und Herren, ist die wirklich einzige Alternative, um den internationalen Terrorismus auf Dauer und konsequent zu bekämpfen.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Meine Damen und Herren, wer den Terrorismus wirklich bekämpfen will, muss sich unangenehm, ja teilweise auch quälenden Fragen stellen und vor allen Dingen, meine Damen und Herren von der PDS, er muss sie irgendwann beantworten. Das gilt insbesondere für die Frage des Einsatzes von militärischen Mitteln und hier enden leider - ich betone ausdrücklich leider - die Gemeinsamkeiten der drei Fraktionen im Thüringer Landtag. Ich behaupte, wenn wir dem weltweiten Terror die Luft zum Atmen nehmen wollen, dann kann es nicht nur das Recht geben, diese Verbrecher zu fangen und zu bestrafen, sondern es gibt die Pflicht, angemessen und entschlossen, auch militärisch, gegen den Terror vorzugehen.

(Beifall bei der CDU, SPD)

An dieser, unserer Entschlossenheit darf es keinen Zweifel geben oder wie es der Bundespräsident Johannes Rau diese Woche formulierte - ich zitiere: "Dem Wunsch zu morden muss Einhalt geboten werden." Dazu hat im Inneren nur der Staat oder international die Völkergemeinschaft das Recht. Und so bestätigt nach unserer Auffassung Kofi Annan richtigerweise auch die Rechtmäßigkeit des Angriffs der Amerikaner auf das Taliban-Regime in Afghanistan. Ich spreche bewusst nicht von einem Angriff der Amerikaner und mit ihnen verbundenen Bri-

ten auf Afghanistan. Das, was in Afghanistan passiert, ist eine militärische Aktion gegen das Taliban-Regime. Das afghanische Volk ist denen aufgrund der erbärmlichen Lebenssituation, die sie ihnen bieten, und aufgrund der ständigen Menschenrechtsverletzungen, denen es ausgeliefert ist, längst weggelaufen.

Meine Damen und Herren, diese klare Haltung der SPD-Landtagsfraktion, nämlich Gerechtigkeit und Frieden notfalls auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen, ist für uns eine Konsequenz, die sich für uns nicht immer leicht formulieren lässt. Sie wissen, nicht wenige von uns haben ihre Wurzeln in der Bürgerbewegung und die Nähe zur Friedensbewegung muss ich an dieser Stelle nicht erklären. So müssen wir ständig den Widerspruch aushalten zwischen dem sehnlichen Wunsch nach Weltfrieden, aber auf der anderen Seite der Einsicht, dass man denen, die den Frieden mit Gewalt bedrohen und die uns den Dialog dazu verweigern, in bestimmten Fällen nur Gewalt entgegensetzen kann.

Deshalb, meine Damen und Herren, habe ich das einleitend so formuliert. Man muss sich in den Situationen nicht nur quälenden Fragen stellen, man muss sie auch beantworten.

Meine Damen und Herren, der Griff aber auch zu militärischer Gewalt kann nicht die einzige Antwort der Staatengemeinschaft bleiben. Wir Sozialdemokraten sind der festen Ansicht, dass mit militärischen Aktivitäten allein der Konflikt nicht gelöst werden kann.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Wir wissen alle, dass die weltweite Globalisierung vielen Menschen auf diesem Planeten hilft, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Wir wissen aber auch, dass sie nicht wenige benachteiligt. So haben wir uns der Frage zu stellen, ob diese Art von weltweiter Wirtschaftspolitik nicht Menschen ausgrenzt und so den Terroristen in die Hände treibt. Wir müssen uns fragen, hat nicht unsere viel zu zaghafte Politik zu den drängenden Fragen der Dritten Welt dazu geführt, dass sich Menschen auf Lebenszeit ausgegrenzt fühlen und somit auch Zuflucht bei den Fundamentalisten suchten? Hat nicht unsere Trägheit bei der Bekämpfung des Hungers in der Welt dazu geführt, dass aufgrund von fehlenden Perspektiven sich selbst schon Kinder radikal den Führern anschlossen? Jetzt wieder die Frage, was sind unsere Lehren daraus? Die Antwort kann nur lauten, nach und neben dem militärischen Engagement können wir nicht wieder zur Tagesordnung übergehen. Wir müssen unsere Sicht erweitern und dies können wir nur mit einer überzeugenden Friedenspolitik, insbesondere im Nahen Osten, in Zentralasien und in großen Teilen Afrikas. Dort müssen wir die Räume für den Terrorismus eng machen und hier, meine Damen und Herren, wartet eine gewaltige Aufgabe auf uns und auch auf die Europäische Union. Wir brauchen eine neue gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, wir brauchen

aber auch eine neue und gemeinsame Entwicklungspolitik. Unsere Außenpolitik gegenüber solchen Ländern wie z.B. Iran, Irak, Israel, einigen Ländern der ehemaligen GUS-Staaten gehört auf den Prüfstand.

Meine Damen und Herren, Demokratie und Menschenrechte müssen weltweit uneingeschränkte Gültigkeit haben, und zwar nicht als Teil von Ideologien, sondern prinzipiell. Wie leicht ist das doch formuliert. Wir stehen nicht nur vor der gewaltigen Aufgabe, Europa endgültig zu einen, nein, das vereinigte Europa muss als Erstes dafür sorgen, dass diese Grundsätze auch weltweit gelten. Das gilt insbesondere auch bei der Toleranz gegenüber anderen Kulturen, Traditionen und anderen Religionen, das gilt gerade für den Islam und lassen Sie mich an dieser Stelle zum wiederholten Male Johannes Rau zitieren: "Wenn wir diese große Tradition und Kraft des Islams respektieren, dann dürfen wir von den islamischen Gläubigen und Geistlichen auch erwarten, dass sie sich mehr als bisher einsetzen für die Unterscheidung von Religion und Politik."

Meine Damen und Herren, die internationale Staatengemeinschaft handelt entschlossen. Wir werden dem Terrorismus keine Möglichkeiten zur weiteren Entfaltung geben. Nur aus dieser gemeinsamen Haltung so vieler Länder der Welt erwächst noch lange keine neue Ordnung. Wenn wir dies aber wollen, müssen wir bereit sein, ganz anders als bisher Verschiedenheit zu respektieren. Nur so kann der Ansporn entstehen, eine neue Ordnung zu begründen, und zwar über den Tag hinaus. Gelingt uns dies im ehrlichen Gespräch miteinander, können wir in der Zusammenarbeit den Terrorismus besiegen aus einer friedlichen Stärke heraus, die allen Religions- und Kulturtraditionen ihre Freiheit lässt.

Meine Damen und Herren, Herr Buse, Sie haben es förmlich provoziert; lassen Sie mich an dieser Stelle ein paar Worte an diejenigen richten, die stolz für sich in Anspruch nehmen, die einzige Antikriegspartei zu sein. Ich sage es Ihnen ganz deutlich: Was Sie da machen, ist für mich längst keine linke Politik mehr. In dieser Frage sind Sie geradezu unpolitisch und unehrlich.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Es ist eine der hervorragenden Eigenschaften von linker Politik, in schwierigen, ja auch in Notsituationen den Menschen die Wahrheit zu sagen, den Menschen auf schwierige Fragen immer ehrliche Antworten zu geben, auch wenn die mitunter nicht populär sind. Ich werfe Ihnen nicht nur vor, den linken Gedanken in der Bundesrepublik Deutschland zu verraten, ich werfe Ihnen vor, die Menschen mit falschen Antworten zu betrügen um des politischen Gewinnens willen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe diese Woche ein Plakat in Erfurt mit der Aufschrift gelesen: "Terror ächten, Frieden bewahren". Da

möchte man mit einem Topf roter Farbe hingehen und darüber schreiben: "Wie denn?"

Und auch Sie, Herr Buse, haben in Ihrer heutigen Rede nicht in Ansätzen realpolitische Vorschläge in dieser Richtung gemacht.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Ich frage Sie: Müssen nicht auch Sie zur Kenntnis nehmen, dass es Menschen auf dieser Erdkugel gibt, die einerseits nicht bereit sind zum Dialog, aber andererseits festen Willens, aufgrund ihrer fanatischen religiösen Einstellung zu töten und zu mordeten? Wer kann in diesem Zusammenhang die Bilder von jubelnden Menschen vergessen nach dem Einsturz des World Trade Centers? Im Übrigen - und das sage ich ganz deutlich für die Thüringer SPD -, wir haben keine Probleme mit der Wiederauferstehung der Friedensbewegung in Deutschland. Wenn auch wir es ehrlich meinen mit unserer Aussage, entschlossen, aber angemessen auf die Situation zu reagieren, haben wir die Angemessenheit ständig auf den Prüfstand zu stellen. Hier kann die Friedensbewegung in Deutschland mit einer fairen und ehrlichen Diskussion helfen, dass wir überzogene Reaktionen im Endeffekt ausklammern und somit verhindern können. Ich wiederhole gern den Bundeskanzler Gerhard Schröder aus seiner gestrigen Regierungserklärung, weil ich glaube, besser kann man es nicht in Worte fassen, auch aufgrund unserer deutschen Geschichte: "Die Mahner sind uns doch viel näher als die Hurratrioten."

Meine Damen und Herren, viele Menschen in unserem Land fragen nach möglichen Auswirkungen der terroristischen Verbrechen in Deutschland und in Thüringen. Wir nehmen diese Frage sehr ernst, sagen aber auch, es gibt gegenwärtig keinen Anlass zur Furcht oder zur Panik. Die Bundesregierung, die Ministerpräsidenten der Länder und die Sicherheitsbehörden in Deutschland haben entschlossen und angemessen reagiert. Das erste Sicherheitspaket der Bundesregierung ist mit Hilfe der Zustimmung der Länder umgesetzt worden. Um den Terroristen die finanziellen Mittel zu entziehen, ist ein Geldwäschegesetz auf den Weg gebracht, ein zweites Sicherheitspaket befindet sich derzeit in der Diskussion. Wir bemerken in der Bundesrepublik insgesamt ein engeres Zusammenrücken von Regierung und großen Teilen der Opposition. Einige sprechen von der Koalition der Demokraten. Ich tue dies bewusst nicht, weil es automatisch andere als undemokratisch ausgrenzt. Aber das demokratische System in Deutschland hat sich in dieser Situation bewährt. Wir haben einen deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder, der klar und deutlich handelt und regiert, der gemeinsam mit den Verbündeten eine klare Sprache spricht, was den Standpunkt der Bundesrepublik und der Verbündeten betrifft. Wir haben einen Innenminister Otto Schily, der mit klarer Hand, ohne Hektik, ohne übertriebene Panik aufgrund der neuen Situation die Fragen der inneren Sicherheit neu aufwirft und vor allen Dingen Antworten gibt und sie klar und deutlich definiert. Wir haben einen konsequent handeln-

den Finanzminister Hans Eichel, der z.B. in der Problematik Geldwäsche eine bundespolitische Linie vorgibt, die europäische Gesamtlinie werden muss und wird. Respekt gilt vor allem auch dem bundesdeutschen Außenminister Joschka Fischer. Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, dass er schon vor den Attentaten auf das World Trade Center z.B. in Israel vieles unternommen hat, um den Terrorismus einzugrenzen. Respekt gebührt aber auch großen Teilen der Opposition im Bundestag. Den fast kompletten Verzicht auf diesen Kleinkleinstreit in der Politik, das klare Einschwenken auf den sicherheitspolitischen Kurs der Bundesregierung möchte ich da nur beispielhaft nennen.

Aber bei allem verteilten Lob und allem verteilten Respekt: Alles, was an Vorschlägen und Gegenvorschlägen vom Bund und von den Ländern kommt, ist zu diskutieren. Deshalb werden wir uns in der SPD-Landtagsfraktion noch ausgiebig mit dem zweiten Sicherheitspaket der Bundesregierung beschäftigen. Auch hier gilt: Entschlossen, aber angemessen handeln, genauso, wie wir sehr kritisch Fragen zu einem möglichen erweiterten zivilen Einsatz der Bundeswehr zu polizeilichen Zwecken stellen. Wir werden an dieser Stelle keiner Grundgesetzänderung beipflichten. Die Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr sind umfangreich und nach unserer Auffassung klar definiert. Ich glaube, die letzte Klarstellung hat gestern Abend noch mal der Bundeskanzler vorgenommen. Sie kann nicht die Aufgaben übernehmen, die fehlende Polizeibeamte vor Ort nicht leisten können.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun einige Bemerkungen zur sicherheitspolitischen Situation in Thüringen machen. Auch hier gilt, auch wenn niemand in der Lage ist, eine absolute Sicherheit für Thüringen zu definieren: Es gibt keinen Anlass zur Sorge oder gar zur Panik. Nach der Einschätzung des bundesdeutschen Verfassungsschutzes ist Thüringen augenblicklich nicht das hervorragende Ziel von Terroristen aus aller Welt. Trotzdem heißt es, wachsam sein und sich auch in Thüringen insbesondere der innenpolitischen Situation neu stellen. Vorab ein Dank an die Landtagspräsidentin, die nach dem Attentat auf das World Trade Center die Fraktionen regelmäßig und sehr umfangreich über den Sicherheitsstand in Thüringen informierte.

(Beifall bei der SPD)

In dem gleichen Willen sehe ich das Treffen der drei Fraktionsvorsitzenden vom Mittwoch beim Thüringer Ministerpräsidenten. Ich bekenne hier für die Thüringer Sozialdemokratie, dass es nach unserer Auffassung eine gemeinsame Verantwortung für die Sicherheit in Thüringen gibt. Es kann in dieser Stunde nicht Aufgabe der Opposition sein, in dieser angespannten Situation unberechtigte Ängste zu schüren, um daraus politischen Gewinn zu erzielen.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Darüber, meine Damen und Herren, sind wir uns in unserer Landtagsfraktion ohne Wenn und Aber sehr einig.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Aber ich muss an dieser Stelle die Kritik äußern, die ich am Mittwoch auch in der Staatskanzlei geäußert habe.

Erstens - und da ändert der gestrige Bericht des Innenministers leider nicht viel daran -: Wir sind schlecht informiert über den Zustand des Thüringer Verfassungsschutzes. Meine Damen und Herren von der Regierung, Sie haben sich mit Ihren Vorschlägen durchgesetzt, nämlich denen, zu reorganisieren. Aber - das ist leider auch nach dem gestrigen Bericht noch so -, wir kennen nicht den Stand der Reorganisation, wir kennen nicht die einzelnen Etappen der Reorganisation und wir wissen noch nicht, wann diese abgeschlossen ist. An dieser Stelle herrscht Sprachlosigkeit zwischen der Regierung und der SPD-Landtagsfraktion. Wir werden die Worte von Seiten der Landesregierung in Richtung einer Zusammenarbeit in diesem Bereich auch daran messen, wie unsere aktuelle Gesetzesvorlage zum PKK-Gesetz in diesem Haus behandelt wird. Und da frage ich Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Landtagsfraktion: Können Sie sich jetzt vorstellen, dass die Fraktionsvorsitzenden aller Fraktionen anders, umfassender als bisher ihre Informationen vom Verfassungsschutz bekommen? Diese Frage müssen Sie klären.

Zweitens: Wir sind schlecht informiert über den Zustand der Thüringer Polizei. Seit Monaten wird über einen Strukturumbau in der Thüringer Polizei gesprochen. Wir erhalten die unterschiedlichsten Informationen aus den unterschiedlichsten Regionen, zum Beispiel über die Schließung bzw. über die Umwandlung von Polizeiinspektionen. Mit keinem Wort hat der Innenminister bisher die von ihm angestrebte Polizeistärke zu welchem Zeitpunkt in Thüringen erwähnt. Und so bleibt die Frage offen: Wie geht es dort weiter, Herr Innenminister? Wir fordern Sie auf, Ihre grundsätzliche Haltung zum Zustand und zur Zukunft der Thüringer Polizei wesentlich deutlicher zu formulieren als bisher.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, und auch der Ministerpräsident hat es angesprochen, ein Paket zur inneren Sicherheit darf aber nicht nur die Fragen der Thüringer Polizei behandeln. Wie geht es weiter in den Bereichen Katastrophen-, Zivil- und Brandschutz? Sind wir wirklich auf die neue Situation schon eingerichtet? Meine Damen und Herren, wir werden großen Wert darauf legen, dass auch diese Diskussion geführt wird, genau wie die Diskussion über die Frage, welche Standards im Rahmen der medizinischen Hilfe wir in Katastrophenfällen in Thüringen vorhalten wollen. Zu den Diskussionen sind wir be-

reit.

Zu Ihren ersten abstrakten Vorschlägen, Herr Ministerpräsident, zwei Bemerkungen: Wir unterstützen Ihren Vorschlag zu einem Nachtragshaushalt, ohne jetzt eine Kleinkleindiskussion dazu anzufangen, wer das zuerst gefordert hat. Zweitens sagen wir Ihnen eine fachspezifische Prüfung aller Ihrer Vorschläge zu. Auch hier gilt für uns: entschlossen, aber mit Augenmaß. Was wir dann gemeinsam tragen können, sollten wir auch gemeinsam beschließen. Wir haben auch eigene Vorschläge, die wir in die Debatte einbringen wollen; die Voraussetzung aber bleibt eine zukünftige bessere Informationspolitik gegenüber der Opposition. Nur so wächst Vertrauen, dass es wirklich ausschließlich um die Fragen der inneren Sicherheit geht und nicht darum, auch noch nebenbei politisches Kapital zu schlagen. Den Thüringern will ich an dieser Stelle versichern, die Thüringer SPD steht fest an der Seite der Bundesregierung als unbestrittener Bündnispartner der Amerikaner.

Meine Damen und Herren, zu Beginn dieses neuen Jahrhunderts stehen wir auf der richtigen Seite, auf der Seite der Menschenrechte und auf der Seite der europäischen Aufklärung. Die Sozialdemokratie in Deutschland steht für Menschenwürde, Toleranz und freiheitliche Demokratie. Das sind unsere großen Stärken im Kampf gegen den Terrorismus. Diese Werte sind auch unsere Identität. Wir werden sie gemeinsam mit der internationalen Völker- und Staatengemeinschaft mit Nachdruck verteidigen, mit Augenmaß und mit Entschlossenheit. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Gentzel, gestatten Sie eine Anfrage?

Abgeordneter Gentzel, SPD:

Ja.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Schwäblein.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Herr Kollege Gentzel, angesichts Ihrer Forderungen, die drei Fraktionsvorsitzenden intensiver in die Arbeit des Verfassungsschutzes einzubeziehen und zu informieren, frage ich Sie, haben Sie zur Kenntnis genommen, dass die Berliner SPD, die Bundes-SPD die PDS in Sicherheitsfragen für ein Risiko hält und der Bundeskanzler die Informationen der Bundes-PDS eingestellt hat.

Abgeordneter Gentzel, SPD:

Ich teile nicht nur in dieser Frage die Meinung des Ministerpräsidenten, dass es jetzt viel zu früh ist, solche Fragen auch wirklich en detail zu beantworten, was nicht verboten sein darf, und da ist es mir auch ziemlich egal, von welcher Seite Beiträge dazu kommen. Es ist die Frage, wie wir mit dieser neuen, mit dieser anderen Situation umgehen. Da halten wir u.a. das, was wir mit unserer Vorlage zum PKK-Gesetz gemacht haben, für einen ordentlichen Ansatz, das geht noch in die Ausschüsse, darüber wird noch geredet werden. Aber Fakt ist, ich als Fraktionsvorsitzender dieser Landtagsfraktion möchte regelmäßig informiert werden, was die Lage zur inneren Sicherheit bedeutet und glauben Sie mir, mehr will ich dazu nicht sagen. Aus meiner fünfjährigen Mitgliedschaft in der PKK weiß ich, dass zu einer umfassenden Information auch andere Dinge gehören und wo ist das Problem, darüber miteinander zu reden und darüber nachzudenken. Mehr will ich an dieser Stelle einfach nicht tun.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Der Abgeordnete Gentzel gestattet keine weitere Anfrage. Ich rufe als Nächsten den Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Abgeordneten Althaus, auf.

Abgeordneter Althaus, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, seit dem 11. September ist die Welt nicht mehr die gleiche wie zuvor. Fanatismus und Terror gegen unschuldige Menschen haben sich in einem Ausmaß gezeigt, das unvorstellbar erschien. Freiheit und Demokratie sind damit auf eine Art und Weise bedroht, die für uns alle unvorhersehbar war. Wir alle haben die Bilder vor Augen von den Passagiermaschinen, die von Terroristen auf das World Trade Center umgelenkt wurden, dort eindringen und die Türme zum Kollabieren brachten. Ein drittes Flugzeug traf das Pentagon, ein viertes Flugzeug erreichte sein Ziel nicht, mutige Passagiere hatten die Terroristen wahrscheinlich daran gehindert. Auch diese Maschine stürzte ab, alle kamen zu Tode. Mehr als 5.000 Menschen verloren ihr Leben, darunter auch Deutsche. Mütter, Väter, Söhne, Töchter - es gibt kaum jemanden in New York, der nicht ein Familienmitglied, einen Freund oder eine Freundin zu beklagen hatte. Wir trauern um die Toten und unsere Anteilnahme gilt den Angehörigen der zahlreichen Opfer. Diese Bilder des Grauens sind noch grausamer als er sich das vorgestellt hat, sagte der Bundeskanzler bei seinem Besuch in Manhattan vor einigen Tagen. Davon bin ich persönlich überzeugt. Neben diesen Bildern, dem Leid, der Tragik, der Verarbeitung des Unerwarteten, des Unfassbaren haben sich mir aber auch die Bilder von feiernden Menschen, auch Kindern, eingeprägt, die diese Anschläge mit großer Schadenfreude betrachteten. Gelebte Feindbilder, von Rachegefühlen genährter Hass brachen sich an diesem Tag Bahn und das muss uns herausfordern. Freiheit und Frieden bedürfen gerade in ei-

ner sich globalisierenden Welt dem Willen zum Miteinander, zur Achtung des Anderen, der anderen Lebensart, des anderen Glaubens.

(Beifall bei der CDU)

Das heißt, mit dem 11. September fokussiert sich unsere, ja die entscheidende Herausforderung des beginnenden Jahrhunderts auf die Frage: Schaffen wir es, die Globalisierung menschlich zu gestalten und als Chance zu begreifen? Wie können wir also weltweit wirtschaftliche, soziale, kulturelle und vor allen Dingen menschliche Beziehungen entwickeln, die Frieden und Freiheit dauerhaft für alle sichern?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, nach den Terroranschlägen auf die USA am 11. September sind wir nun Zeuge amerikanisch geführter Militärationen gegen terroristische Ziele in Afghanistan. Viele hatten erwartet, dass die USA bereits unmittelbar nach den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon massiv militärisch vorgehen würden. Dies aber haben die USA nicht getan. Sie haben zunächst Osama Bin Laden als mutmaßlichen Drahtzieher der Anschläge ermittelt, danach haben sie von dem Taliban-Regime in Afghanistan seine Auslieferung gefordert. Damit haben die USA, allen voran George Bush, bewiesen, dass sie entschlossen sind, dem Terror das Handwerk zu legen, aber auch besonnen zu reagieren.

(Beifall bei der CDU)

Das Taliban-Regime hat die Auslieferung verweigert und verweigert sie, wie wir heute hören konnten, auch heute noch. Das heißt, es unterdrückt nicht nur das eigene, das afghanische Volk, bietet dem islamistischen Terrorismus Schutz, sondern stellt sich gleichzeitig als Operationsbasis für weltweite Ambitionen des Terrorismus zur Verfügung. Die amerikanischen Luftangriffe gegen terroristische Ziele in Afghanistan sind deshalb legitim und notwendig und es wäre unverantwortlich, Bin Laden und seine terroristischen Helfershelfer unbehelligt in Afghanistan zu lassen und ihm damit die Möglichkeit zu geben, weitere terroristische Anschläge zu planen.

(Beifall bei der CDU; Abg. Gentzel, SPD)

Wie gefährlich die Situation ist, haben Bin Laden und andere islamistische Fundamentalisten ein weiteres Mal gezeigt, als sie zum "Heiligen Krieg" aufgerufen haben, den auch gemäßigte Regierungen im Nahen und Mittleren Osten als Bedrohung auffassen müssen und aufgefasst haben. Wer den "talibanischen" Botschafter in Pakistan am 9. Oktober gehört hat, der von 2 Millionen Märtyrern sprach, die man zu opfern bereit sei, der begreift, dass hier ein verbrecherisches Regime einen verbrecherischen Terrorismus beheimatet und unterstützt.

(Beifall bei der CDU)

Und deshalb musste und muss der Trauer, dem Mitgefühl, dem Entsetzen, der Angst eine klare, eine deutliche militärische Antwort folgen.

(Beifall bei der CDU; Abg. Gentzel, SPD)

Warum Militärschläge? - fragen viele in Deutschland und weltweit. Ich frage zurück: Wo liegt die Alternative? Den verbrecherischen Terroristen, die die Menschen, den Islam missbrauchen und instrumentalisieren, muss doch im Angesicht des neuen Jahrhunderts rechtzeitig das Handwerk gelegt werden. Wir müssen doch für Klarheit sorgen, dass Menschenrechte und Freiheit die Oberhand haben und nicht der Terrorismus.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Jene Militäraktionen sind eben nicht gegen das afghanische Volk gerichtet, sondern sie sind gegen die Terroristen gerichtet, die das afghanische Volk und viele andere instrumentalisieren. Und das kommt dankenswerterweise auch zum Ausdruck, weil gleichzeitig die USA und internationale Hilfsorganisationen unmittelbar mit humanitärer Hilfe begonnen haben. Und diese Luftangriffe sind auch nicht gegen den Islam gerichtet, ansonsten würden sich zahlreiche muslimische Staaten nicht an dem internationalen Bündnis zur Bekämpfung des Terrorismus beteiligen. Ich hoffe sehr, dass diese Botschaft nicht nur von dem afghanischen Volk, sondern von möglichst vielen, hoffentlich allen Muslimen in der Welt auch als solche Botschaft verstanden wird. Den USA und uns allen geht es nicht um einen Kampf gegen ein Volk oder einen Glauben, sondern eindeutig und ausschließlich um den Kampf um die Zerschlagung der Strukturen eines unbarmherzigen Terrornetzes.

(Beifall bei der CDU; Abg. Gentzel, SPD)

Und dies muss unser Ziel sein und wir dürfen hier auch nicht nachgeben, weil Freiheit und Menschenrechte bedroht sind und weil letztlich die Würde und die Existenz der Menschen bedroht sind.

(Beifall bei der CDU; Abg. Gentzel, SPD)

Und die Botschaft muss auch deshalb am Anfang dieses Jahrhunderts so deutlich sein, weil wir uns in einer globalisierten Welt, Gott sei Dank, befinden, die existenziell darauf angewiesen ist, dass Konsens herrscht über die entscheidenden Werte, die uns tragen, über die Toleranz, die das andere Lebensprinzip achtet, aber auch die Grenzen, die wir untereinander beachten müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich hat sich mit Beginn dieser Luftangriffe auch die Sicherheitslage in Deutschland verändert, ja, verschärft. Die Sorgen der Menschen sind verständlich und wir müssen sie ernst nehmen. Erhöhte Aufmerksamkeit ist angesagt und Deutschland gehört zu den engen Verbündeten der USA und zahl-

reiche militärische Anlagen der USA und andere Einrichtungen befinden sich auf deutschem Boden. Und nicht zuletzt verdanken wir, auch wir hier in Thüringen, den USA infolge des Zweiten Weltkriegs unsere Freiheit.

(Beifall bei der CDU; Abg. Dr. Botz, SPD)

Genau deshalb ist es bei aller Sorge, bei aller Not, die wir spüren, erstens nicht angesagt, dass wir uns in Angst zurücknehmen, sondern dass wir natürlich mit erhöhter Aufmerksamkeit, aber auch mit aller Entschlossenheit diesen Kampf gegen den Terrorismus an der Seite der USA aufnehmen und ihn auch erfolgreich beenden.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich erfüllt es uns alle mit großer Sorge, dass islamistische Fundamentalisten auch in Deutschland Angriffe wie die in den USA geplant, maßgeblich mitgeplant haben. Deshalb ist es auch möglich, dass Reaktionen in Deutschland erfolgen werden und deshalb ist es wichtig, dass wir unsere Sicherheitsmaßnahmen verstärken und neu ausrichten. Ich begrüße im Namen meiner Fraktion sehr, dass der Herr Ministerpräsident heute deshalb ein Konzept zur Stärkung der inneren Sicherheit in Thüringen vorgestellt hat, mit dem die Landesregierung unmittelbar auf die neue Sicherheitslage reagiert.

(Beifall bei der CDU; Abg. Pohl, SPD)

Wir dürfen die Prioritäten nicht verschieben, es geht nicht um die Frage der inneren Sicherheit generell, sie ist gewährleistet und in Thüringen allemal, sondern es geht darum, die neuen Herausforderungen in den Blick zu nehmen, die natürlich neue Fragen stellen und neue Antworten erwarten. Der Umfang dieses Konzepts in Höhe von 25 Mio. DM macht einen Nachtragshaushalt für 2002 erforderlich. Auch das findet unsere volle Unterstützung, da natürlich die Ausgabeprioritäten anders gesetzt werden müssen, wenn wir gleichzeitig die Nettoneuverschuldung durch diese Maßnahmen nicht erhöhen wollen. Deswegen, hat die Landesregierung umgehend verstärkte Sicherheitsmaßnahmen für Thüringen eingeleitet und steht dabei in einem sehr engen Kontakt mit den anderen Länderregierungen, mit der Bundesregierung, um diese Maßnahmen auch entsprechend abzustimmen. Auch ich glaube, dass Thüringen von Vergeltungsmaßnahmen weniger bedroht ist als andere Regionen in Deutschland, aber gerade die Anschläge auf die USA haben gezeigt, dass es eben keine letzte Sicherheit gibt. Deshalb steht die Landesregierung zurzeit ständig im engen Kontakt mit den anderen Landesregierungen, mit der Bundesregierung, um auch die Frage der Bedrohung im Blick auf möglichst umfassende Sicherheit zu diskutieren und zu gewährleisten.

Für die Sicherheitskräfte in Deutschland ist dies eine nicht leichte Zeit und ich möchte deshalb die Gelegenheit nutzen, der Polizei, dem Bundesgrenzschutz, dem Verfassungsschutz und der Bundeswehr für ihre intensive an-

gestrengte Arbeit gerade in dieser Zeit herzlich zu danken.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Viele von ihnen sind von der erhöhten Einsatzbereitschaft auch im Inland sehr direkt betroffen und ich beziehe in den Dank auch sehr bewusst die Familien, die Angehörigen der Betroffenen ein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach den Anschlägen ist Entsetzen und Fassungslosigkeit festzustellen, auch bei uns in Thüringen. Wir werden diese Anschläge nicht so schnell vergessen, der Schock sitzt tief. Wir dürfen sie aber auch nicht so schnell vergessen, denn sie sind eine Herausforderung für jeden von uns, weil diese unvorhersehbaren Anschläge letztlich Anschläge gegen die Grundwerte der Freiheit und Demokratie, das heißt auch gegen unsere Ordnung gerichtet sind, und wer hätte daran vor 12 Jahren gedacht. Wir alle hatten nach dem Ende des Kalten Krieges gefühlt, dass Sicherheit und Freiheit zusammengehören. Und wie alle anderen westlichen Industrienationen hatten wir uns eingerichtet auf mehr Wohlstand, darauf, dass wir uns wappnen gegen äußere Feinde in Europa und im Rahmen der NATO und dass wir in Deutschland, im Gott sei Dank wiedervereinigten Deutschland, nur noch von friedlich und freundlich gesinnten Staaten umgeben sind. Dies gilt auch heute noch. Im Zuge dieser Entwicklung wurden Sicherheitsstandards in Deutschland und Europa deutlich gesenkt, dazu bestand ein breiter Konsens. Ich erinnere noch einmal an die Diskussion um das amerikanische Raketenabwehrschild und um die Bedrohung durch die so genannten Schurkenstaaten. Wenige haben diese Debatte verfolgt, die meisten haben sie als abstrakt angesehen. Erschreckt waren wir über die Ereignisse auf dem Balkan, weil sie in unmittelbarer Nachbarschaft geschahen, aber die persönliche Betroffenheit war nicht so groß. Die Terroranschläge in den USA aber haben dieses Sicherheitsempfinden nun erheblich ins Wanken gebracht und es ist die Aufgabe von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, hierauf Antworten zu finden. Dabei müssen wir den Dialog darüber führen, wie wir zu Lösungen kommen. Es mag sein, dass wir manche Tabus durchbrechen müssen, dass wir auch ganz neue Wege beschreiten müssen, aber diese Wege mit Besonnenheit und Klugheit auch gehen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aus all diesen Gründen, insbesondere auch aus Gründen der Solidarität, hat sich Ministerpräsident Dr. Vogel entschlossen, Anfang Oktober für zwei Tage in die USA zu reisen. Diese Reise wurde von einigen kritisiert und das, ich will das hier auch klar sagen, finde ich einen Skandal.

(Beifall bei der CDU)

Man kann doch nicht nur in die USA reisen, wenn man um Investoren werben will. Man muss doch gerade in schwierigen Zeiten zusammenstehen.

(Beifall bei der CDU)

Wie wollen Sie denn außerdem das Amt des Ministerpräsidenten und die Funktion als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung trennen, und wenn Sie es denn könnten, wäre es denn sinnvoll in einer solchen Situation? Ich bin Ihnen, Herr Ministerpräsident, sehr dankbar, dass Sie für Thüringen in den USA waren, dass Sie Kondolenzbücher übergeben haben, dass Sie deutlich gemacht haben, dass wir den USA dankbar sind für die Hilfe in den letzten Jahren, auch Jahrzehnten, für die Bündnistreue und für die Chance, dass die Wirtschaft in Thüringen auch unter Mithilfe von US-amerikanischen Investoren vorangekommen ist und dass Sie gerade in dieser Situation aus diesem Empfinden heraus unsere Solidarität deutlich gemacht haben. Diese Reise war sehr wichtig und wir danken Ihnen dafür.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die PDS plakatiert seit einiger Zeit den Spruch "War ist not the answer". Ich habe mich unmittelbar gefragt, warum die PDS den Spruch eigentlich nicht in der Sprache der Täter schreibt. Sie hätten sogar Deutsch verwenden können, denn einige derjenigen, die die Flugzeuge auf das World Trade Center und das Pentagon umgelenkt haben, hatten ja zuvor jahrelang in Deutschland gelebt. Was beabsichtigen Sie eigentlich mit diesen Sprüchen? Ihr zur Schau gestellter Pazifismus fußt letztlich, das sage ich heute noch einmal, auf einem durchsichtigen Antiamerikanismus und Antikapitalismus.

(Beifall bei der CDU)

Sie stellen sich damit an die Seite der Globalisierungsgegner und bleiben sich Ihrem sozialistischen Mief auch nach der Wende erschreckend - ich würde heute sagen gefährlich - treu.

(Beifall bei der CDU)

Pazifistisch, das will ich aber auch deutlich sagen, pazifistisch sind Sie nicht - im Gegenteil. Die Grünen hatten die Kraft, am letzten Wochenende auf ihrem Parteitag die Taliban als "terroristische Unterdrücker" mit "verbrecherischer Ideologie" zu bezeichnen. Wo bleibt Ihr klares Wort zu den Terroristen?

(Beifall bei der CDU)

Statt Ihrem klaren Wort zu den Terroristen hat Ihre Bundesvorsitzende auf dem Bundesparteitag eine, ich finde, gefährliche Parallele zwischen dem Terrorismus und dem angeblichen "Terror der Ökonomie" gezogen. Ich glaube, Sie haben sich immer noch nicht aus dem Klassenkampf verabschiedet und die Globalisierungsdebatte, die Sie führen, macht das sehr deutlich. In der Rede Ihrer Bundesvorsitzenden am Wochenende wird das umfänglich aus-

geführt.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die "Süddeutsche Zeitung" hat am 9. Oktober die anwachsende Debatte in Deutschland über die Militäraktionen auf den Punkt gebracht. Sie schrieb: "Betroffenheitsbekundungen über den Einsatz des Militärs mögen das Gewissen erleichtern, die terroristische Gefahr werden sie nicht bannen." Genau deshalb haben sich so viele Staaten zu einem internationalen Bündnis gegen den Terrorismus zusammengefunden und genau deshalb hat der UNO-Sicherheitsrat, in dem auch Russland und China vertreten sind, die Militäraktionen gegen Ziele in Afghanistan einstimmig gebilligt und sich solidarisch hinter die USA gestellt. Genau deshalb ist es auch richtig, dass die Bundesregierung den USA die deutsche Unterstützung zugesagt hat und gemeinsam mit den NATO-Partnern an der Seite der USA steht. Es ist deshalb gut, dass der Bundeskanzler in die USA gereist ist und dort auch vor Ort deutlich gemacht hat, dass diese uneingeschränkte Solidarität nicht nur eine verbale Solidaritätsbekundung ist, sondern auch eine, die sich an den Taten messen lassen kann. Im Kampf gegen den Terrorismus muss die internationale Staatengemeinschaft zusammenstehen und alle Wege nutzen, seine Handlungsfähigkeit soll nämlich untergraben werden. Er muss international verurteilt, geächtet und aktiv bekämpft werden und deshalb sind militärische Aktionen wichtig. Aber so richtig es ist, dass militärische Maßnahmen erforderlich sind, so richtig ist es auch, dass durch militärische Maßnahmen allein sich der internationale Terrorismus nicht bezwingen lässt. Die Ursachen für den gewaltbereiten Fundamentalismus, insbesondere seine Akzeptanz, sind vielfältig. Dazu zählt Armut, dazu zählen problematische Herrschaftsstrukturen in der Region, dazu zählt die kulturelle Ungleichzeitigkeit verschiedener Gesellschaften und damit verbunden die ungelöste Frage der Vereinbarkeit von Islam und Moderne sowie der ungelöste Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern und anderes. Diesen Fragen werden wir uns noch intensiver widmen müssen. Diese Fragen werden auch in den nächsten Wochen und Monaten neben den Militärschlägen zu beantworten sein. Sie werden uns fordern zu einem kulturellen Dialog und sie setzen voraus, dass alle die Kraft haben, sich dem jeweils Fremden zu öffnen. Bischof Wanke hat kürzlich darauf hingewiesen, dass derjenige, der sich in den notwendigen Diskurs mit Menschen und Weltbildern anderer Kulturen einlässt, Verständnis für die eigenen religiösen Weltbilder brauche. Ja, wir brauchen auch eine kulturelle Selbstvergewisserung. Nicht, um uns abzuschotten, sondern um uns zu befähigen, diesen kulturellen Dialog konstruktiv zu führen, denn einen Dialog kann man nur führen, wenn man etwas zu sagen hat. Das heißt, international wird man sich auf jeden Fall auf ein umfassendes Konzept politisch-diplomatischer, humanitärer, aber auch wirtschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen verständigen müssen. Wir werden bei dem Dialog der Kulturen und Religio-

nen nicht abseits stehen, sondern mit der notwendigen Bereitschaft zur gegenseitigen Toleranz diesen Dialog führen. Der amerikanische Präsident hat gestern das Taliban-Regime erneut aufgefordert, Bin Laden auszuliefern und eine Einstellung der Militäraktionen dann in Aussicht gestellt. Sie alle haben es verfolgt, diese Forderung ist heute Morgen von dem Taliban-Regime abgewiesen worden. Das heißt, auch jetzt zu dieser Stunde gilt, wir stehen an der Seite der Allianz gegen den Terrorismus, das heißt, für die militärischen Aktionen das Ja zu sagen und gleichzeitig die politischen und kulturellen Aufgaben, die vor uns stehen, in den Blick zu nehmen.

Wir gehen diesen Weg gemeinsam. Wir müssen diesen Weg gemeinsam gehen, weil es auch um unsere Freiheit, um unsere Sicherheit und um Gerechtigkeit geht. Deshalb bitte ich auch um Unterstützung unseres Entschließungsantrags von CDU- und SPD-Fraktion und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Frau Abgeordnete Dr. Klaubert, Sie haben als Nächste das Wort.

Abgeordnete Dr. Klaubert, PDS:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, ich habe um das Wort gebeten, nicht weil ich hier eine geschliffene Rede halten möchte. Ich habe um das Wort gebeten, um einige Anmerkungen zu machen, die mich seit längerer Zeit und übrigens insbesondere seit gestern und heute herumtreiben. Meine erste Bemerkung bezieht sich auf den Entschließungsantrag. Er war angekündigt in der Drucksache 3/1886 von CDU und von SPD. Weil man sich zu bestimmten Dingen nicht einigen konnte, hat man die PDS nicht einbezogen in diese Vorbereitung und wir stehen in der Not, dass wir hier etwas erklärt haben durch unseren Fraktionsvorsitzenden, uns auch bekennen möchten. In dieser Situation blieb uns nichts anderes, als einen weiteren Antrag zu formulieren,

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU:
Vollkommen falsch.)

der wesentliche Punkte Ihres Antrags aufgreift, aber es uns gestattet, dort, wo wir Schmerzen haben, auch nicht zustimmen zu müssen. Ich werde das an einigen Beispielen noch erläutern, aber Sie haben uns keine Chance gelassen. Sie haben uns in die Vorbereitung dieses Antrags nicht einbezogen. Wir haben demzufolge einen Entschließungsantrag in der Drucksache 3/1887 vorgelegt, der unsere Positionen zur Regierungserklärung "Auswirkungen der Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA auf die innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland und im Freistaat Thüringen" zum Ausdruck bringt.

Ich weiß jetzt nicht, ob der Ministerpräsident gegangen ist. Ich wollte ihm gerade sagen, dass ich froh darüber war, dass er besonnen agiert hat, auch wenn wir nicht alle seine Auffassungen teilen, auch wenn - wie es unser Fraktionsvorsitzender zum Ausdruck gebracht hat - wir eigene Positionen zu verschiedenen Fragen uns gestatten.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf einige Dinge eingehen und Sie gestatten mir, dass ich es in Form von Bemerkungen mache. Sie, Herr Gentzel, haben als Erster gesprochen, deswegen eine erste Bemerkung an Sie.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Als Zweiter.)

Sie haben nach dem Fraktionsvorsitzenden der PDS-Fraktion als Erster gesprochen. Sie haben gesagt: Die wirklich einzige Alternative ist die uneingeschränkte Solidarität. Ich sage Ihnen: die Solidarität, ja, aber uneingeschränkt heißt auch, kritiklos anzunehmen, was getan wird.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Sie vergessen, dass wir Verbündete sind und nicht Gegner, deshalb kann man von einer uneingeschränkten Solidarität sprechen.)

Dann befinde ich mich - und das hat auch Werner Buse hier zum Ausdruck gebracht - in guter Gemeinschaft mit Günter Grass und mit anderen aus der Friedensbewegung.

(Beifall bei der PDS)

Sie haben davon gesprochen, dass es Pflicht ist, auch militärisch gegen den Terror vorzugehen und dass Sie es bedauern, dass in dieser unterschiedlichen Auffassung zu diesem Pflichtgefühl keine Gemeinsamkeit entstehen kann. Ich muss Ihnen sagen, alle Friedensbewegungen entstanden immer aus dem Gefühl heraus, dass sich gegen kriegerische Logik etwas anderes entwickeln muss. Meinen Sie denn, dass Berta von Suttner mit ihrem Buch "Die Waffen nieder" auf uneingeschränkte Solidarität zu ihrer Zeit gestoßen wäre? Meinen Sie denn, dass Pazifismus so einfach zu vertreten ist in einer Welt, in der solch Ungeheuerlichkeiten geschehen, wie dieser terroristische Angriff auf das World Trade Center und auf weitere Ziele? Meinen Sie denn, wir machen es uns damit einfach, Herr Gentzel?

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Ja doch! Nehmen wir doch Gregor Gysi mit seiner Polizei- und Armeekaktion. Da machen Sie es sich leicht.)

Kann ich jetzt weitersprechen?

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Sie haben doch gefragt.)

Ich denke, dass Sie es aushalten müssen, dass die PDS auch aus ihrer Geschichte heraus in der Frage des Friedens eine konsequente antimilitaristische Haltung einnimmt und dass sie sich in öffentlicher Auseinandersetzung mit diesen Fragen beschäftigt. Sie müssen es einfach aushalten, dass auch an der SPD/Grünen Bundesregierung Kritik geübt wird, wie wir es genau so tun würden, wenn eine andere Partei diese Regierung anführen würde.

(Beifall bei der PDS)

Sie sagen, wir hätten keine realpolitischen Vorschläge. Aber hören Sie denn nicht hin, wenn wir sagen, es müsste eine Anklage öffentlich genannt werden? Es müsste ein internationales Gericht entscheiden, so dass man mit zivilen Fragen gegen den Terrorismus vorgehen kann. Unsere Auseinandersetzung, mit welchem Mittel Bin Laden und seine Helfershelfer gefangen werden müssen, die haben wir öffentlich vorgetragen, da verbergen wir uns nicht hinter irgendwelchen Türen und wir quälen uns damit. Ich bitte Sie einfach, dass Sie diesen Prozess in unserem Nachdenken akzeptieren, ohne uns zu diffamieren.

(Beifall bei der PDS)

Herr Gentzel, Sie haben auch gesagt - das halte ich übrigens für sehr bedenklich -, dass Sie mit dem Wiederaufstehen der Friedensbewegung keine Probleme haben. Ich erwarte, dass die Friedensbewegung wieder aufersteht und ich erwarte, dass die Linken in der Bundesrepublik einschließlich derer, die insbesondere aus Ihrer Partei in der alten Bundesrepublik kamen, die diese Friedensbewegung grundlegend mitgezeichnet haben, heute wieder Worte finden. Vor zwei, drei Tagen lief im Fernsehen eine Dokumentation aus der Friedensbewegung vor 20 Jahren. Das war im Wesentlichen die Friedensbewegung, die wir Ostdeutschen nur aus dem Fernsehen kennen. Dort ist ein Lied gesungen worden, das kennen Sie sehr gut: "Denn weiches Wasser bricht den Stein." Ich kann Sie nur anmahnen, auch bei sich nicht nur keine Probleme mit der Friedensbewegung zuzulassen, sondern auch die Linke in Ihrer Partei zu ermutigen, dass sie sich einmischen kann und darf.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Frau Abgeordnete Dr. Klaubert, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Abgeordnete Dr. Klaubert, PDS:

Ja.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Bitte, Herr Abgeordneter Carius.

Abgeordneter Carius, CDU:

Vielen Dank, zwei, wenn Sie erlauben, einmal: Sind Sie der Meinung, dass das Dritte Reich untergegangen wäre, wenn man Ihrer Friedenslogik gefolgt wäre? Meinen Sie, mit einer Friedenstaube können Sie irgendeinen dieser Terroristen wirklich umdrehen? Danke.

Abgeordnete Dr. Klaubert, PDS:

Nein. Mir geht es nicht darum, dass ich mit einer Friedenstaube Bin Laden töten möchte. Wenn das richtig ist, was Werner Buse zu Beginn seiner Rede zitiert hat, dass das 21. Jahrhundert am 11. September begonnen hat, wenn das stimmt, dann geht es nur mit einem ganz anderen Nachdenken über nationale und internationale Sicherheitskonzepte und zu diesen muss die Friedenstaube gehören.

(Beifall bei der PDS)

Ich möchte aber auf eine weitere Äußerung hier eingehen, die durch Herrn Fraktionsvorsitzenden Althaus kompakt vorgetragen worden ist. Sie werfen uns auch "zur Schau gestellten Pazifismus" vor, dann kommen solch markige Worte hinterher wie "Antiamerikanismus", "Antikapitalismus", "sozialistischer Mief", "klares Wort gegen Terrorismus fehlt" und so weiter und so fort.

(Zwischenruf Abg. Schwäblein, CDU:
Mit Sozialismus haben Sie selbst ...)

Am gestrigen Tag - heute auch nachzulesen in der Zeitung - haben Sie das in Ihre bewährten Worte gefasst, die PDS stehe sowieso nicht vollständig auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung oder des Grundgesetzes. Dieses Wort haben Sie so oft hier zum Ausdruck gebracht und immer mit den gleichen billigen Argumenten unterlegt.

(Zwischenruf Abg. Krauße, CDU: Was wahr ist, kann man nicht oft genug wiederholen.)

Es wird nicht wahrer, auch nicht, wenn Sie es wiederholen.

(Beifall bei der PDS)

Ich sage Ihnen auch, in der Rede von Werner Buse war vorhin von Kriegsrhetorik, die einer Kriegslogik folgt, die Rede. Ich gehe noch einmal auf diese rhetorischen Künste ein, die Sie zum Teil hier ablegen. Mit alledem, was Sie uns als Klassenkampf immer vorhalten, bedienen Sie die Elemente dieses Klassenkampfes. Sie lassen eigentlich keine Chance zu, Sie diffamieren damit und befinden sich in schlechter Gemeinschaft mit solchen wie Herrn Schwäblein, die gestern in einem Wortspiel, welches ich nicht wiederholen möchte, einen Vergleich gezogen haben - heute ist es in der Zeitung nachzulesen - Sie hätten gesagt, es wäre der Sohn des Vaters.

(Zwischenruf Abg. Schwäblein, CDU:
Sie können das Band abhören!)

Sie haben einen Vergleich gezogen zwischen Bin Laden und einem Abgeordneten dieses Hauses. Sie haben damit die Würde dieses Hauses beschädigt.

(Beifall bei der PDS)

Ich weiß nicht, ob man sich von Ihnen gefallen lassen muss, dass dieser üble Terrorist in Ihrer Wortwahl in einer Aktuellen Stunde mit einem Mitglied des Thüringer Landtags verglichen wird. Wissen Sie, das ist geistige Brandstiftung, was Sie damit getan haben.

(Beifall bei der PDS)

Ich muss auch eins sagen, es ist gestern von Herrn Köckert wieder gesagt worden, es gäbe tausend gute Gründe, die PDS vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

Nun haben Sie durch Ihren Beifall Ihre geistige Haltung zum Ausdruck gebracht. Als wir am 3. Oktober 2001 in Gera zur Festveranstaltung zum Tag der Deutschen Einheit waren und der Festrede von Lutz Rathenow zuhörten, hat er in seiner Rede diesen makaberen Zusammenhang von tausend zum Tausendjährigem Reich angemahnt. Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Ich möchte aber auch für meine Fraktion betonen, wir möchten in einer besonnenen Auseinandersetzung um die weitere innere und äußere Lage in diesem Land einbezogen werden. Wir haben ein Recht darauf. Ich weiß, wir machen es uns, und ich sage auch, wir machen es auch manchem unserer Partner nicht einfach. Noch einmal auf gestern abzuheben: Ja, ich und wir hätten uns eine deutlichere Distanzierung vom Demonstrationemotto gewünscht "Es gibt tausend gute Gründe, Deutschland zu hassen!"

(Zwischenruf aus der CDU-Fraktion:
Das hätten Sie gestern sagen sollen.)

Sie sagen mir, ich hätte es gestern sagen sollen. Ich muss Ihnen eins sagen, ich habe Ihnen angekündigt, ich werde keine geschliffene Rede halten, sondern einige Anmerkungen machen, die mich herumtreiben. Es ist richtig, ich hätte es gestern sagen sollen.

(Zwischenruf Abg. Lippmann, SPD: Müs-
sen!)

Müssen. Dann sage ich es heute. Denn ich nehme Sie so ernst, dass Sie mir vielleicht auch heute zuhören, wenn ich versuche, Ihnen Nachdenkensprozesse vorzutragen, damit Sie verstehen, was uns treibt. Jetzt sage ich es noch einmal: Eine deutliche Distanzierung von diesem Motto "Es gibt tausend gute Gründe, Deutschland zu hassen!" ist durch die PDS-Fraktion erfolgt. Wir haben diese Aus-

einandersetzung übrigens öffentlich geführt. Haben Sie schon einmal in Ihrer Fraktionssitzung die Kameras zugelassen, wenn Sie um solche Themen streiten?

(Zwischenruf Dr. Vogel, Ministerpräsident:
Solche Streitpunkte haben wir nicht!)

Nein, Herr Ministerpräsident, es ist auch für Sie nicht einfach, in mancher Auseinandersetzung mit Auffassungen und Handlungen von Mitgliedern Ihrer Partei oder Ihrer Fraktion es transparent zu machen. Ich sage auch, die "Ja-Aber-Rede" hat wahrscheinlich keinem genützt. Deshalb noch einmal mit aller Deutlichkeit: Was der Landesvorsitzende der PDS gesagt hat, dass sozialistische Ideen Menschen für sich gewinnen wollen und nicht abschrecken, möchte ich ohne Wenn und Aber für die PDS-Fraktion hier zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der PDS)

Wir distanzieren uns von Hass und Gewalt als Mittel in der politischen Auseinandersetzung.

(Beifall bei der PDS)

Das gilt für innen- und das gilt für außenpolitische Fragen.

Damit komme ich zu einem Resümee: Trotz aller Kritik an Ihren Auffassungen, Herr Althaus, an Ihren Auffassungen, Herr Gentzel, ich wünsche mir einfach, dass Sie es auch akzeptieren, was ich gesagt habe. Es bleibt dabei: Nach dem 11. September hat sich die Welt für alle verändert. Neue Sicherheitskonzepte, neue Sicherheitsstrategien sind gefragt. Wir haben ausdrücklich aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten unterstützt, dass er jedes Mittel abwägen möchte im Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit - ausdrücklich, Herr Ministerpräsident. Ich hoffe, es freut Sie. Ich möchte, dass die verschiedenen politischen Akteure im nationalen und internationalen Maßstab besonnen eingeschlossen werden. Kritik an eingeschlagenen in jedem Fall an langen Wegen sollte nicht nur erlaubt, sondern in einer demokratischen Gesellschaft herausgefordert sein. Wir haben alle eine Verantwortung gegen den Terror und für den Frieden. Dabei, sage ich Ihnen, macht Hass blind und nur Vernunft sehend. Ich danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Frau Abgeordnete Klaubert, Sie haben den Abgeordneten Schwäblein der geistigen Brandstiftung bezichtigt.

(Zuruf Abg. Dr. Klaubert, PDS: Ich entschuldige mich.)

Ja. Dann brauche ich Sie auch nicht mehr zu rügen, weil diese Aussage nicht angemessen war, auch wenn sie eine Reaktion auf eine Aussage gewesen ist, die gestern gemacht worden ist und die auch nicht angemessen war.

Als nächste Rednerin bitte ich Frau Abgeordnete Pelke an das Rednerpult.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Kollegin Dr. Klaubert, ich habe mich speziell nach Ihren Bemerkungen zu Wort gemeldet. Es gibt sicherlich genügend Möglichkeiten, um das, was Sie hier angesprochen haben, in angemessenem Rahmen zu diskutieren, aber letztendlich haben Sie genau das nicht gemacht, was die Vorredner hier angesprochen haben. Sie haben in all diesen Dingen keine konkrete Antwort gegeben. Es ist vorhin gesagt worden, auch in schwierigen Zeiten müssen Antworten gegeben werden. Was ich nicht so genau nachvollziehen kann, ist, wenn Sie heute die Friedensbewegung zitieren, dann muss man auch ehrlicherweise sagen, dass es in Ihrer Vorgängerpartei seinerzeit eine Feststellung gab, dass man Kriege befürworten kann, weil es eine Einteilung in gerechte und ungerechte Kriege gibt, Sie sich aber heute hierher stellen und behaupten, selbst auf Terroranschläge sei es nicht berechtigt, mit Gewalt zu antworten. Das, meine Damen und Herren, verstehe ich nicht.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Sie zitieren hier Günter Grass, der gesagt hat, dass der Anschlag auf die USA, auf die freiheitlichen Kräfte in dieser Welt verabscheuungswürdig ist, aber dass man nach den Gründen fragen müsse. Man kann auch an bestimmter Stelle Günter Grass widersprechen.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, nach welchen Gründen ich fragen muss, die berechtigen, auch nur einen Terrortoten zu haben. Für Terrorakte, ob ein Mensch stirbt, ob viele sterben, es gibt keine Gründe für solche Akte, für solche feigen Attentate, das muss in Deutlichkeit gesagt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall im Hause)

Sie reden hier kontinuierlich von kriegerischen Auseinandersetzungen. Ich darf in diesem Zusammenhang aus der Rede des Bundeskanzlers von gestern zitieren. "Wir befinden uns mitten in einer entscheidenden und wahrscheinlich langwierigen Auseinandersetzung mit dem internationalen Terrorismus."

Meine Damen und Herren, es geht hier nicht um Krieg, es geht um Bekämpfung von internationalem Terrorismus, wo wir uns alle, wenn wir denn in Freiheit unter demokratischen Aspekten leben wollen, zu wehren haben, nicht nur für uns, sondern auch für die Zukunft und

für unsere Kinder, mit denen wir auch diese Diskussion zu führen haben.

(Beifall bei der SPD; Abg. Böck, CDU)

Ich darf an diesem Punkt auch noch einmal aus der Rede des Kanzlers von gestern zitieren: "Die Menschen wissen sehr genau, was auf dem Spiel steht. Sie rufen nicht nach Rache und Vergeltung, aber sie sind bereit, unsere Gesellschaft und die Zukunftsfähigkeit unserer einen Welt zu verteidigen." Wissen Sie, wenn man dann mit jungen Menschen diskutiert, so, denke ich, muss dieses auch in aller Deutlichkeit gesagt werden, weil sich etwas in unserer Welt verändert hat. Sie haben die Friedensbewegung zitiert: "Weiches Wasser bricht den Stein". Oft genug habe ich dieses Lied mitgesungen, oft genug habe ich mich an derlei Veranstaltungen beteiligt, und ich stehe nach wie vor dazu. Es waren wichtige Veranstaltungen, es sind viele Menschen auf die Straße gegangen, die ein Ziel hatten, in Frieden zu leben, Gerechtigkeit auf dieser Welt haben zu wollen und dafür einzutreten. Ich gehöre zu denen, die auch in meiner Partei bis zum Schluss selbst den Einsatz von Blauhelmen abgelehnt hat, weil ich immer Ängste hatte, dass man sich dann aus Auseinandersetzungen nicht heraushalten kann, sondern gezwungen ist, Position zu ergreifen. Ich habe damals auch gesagt, was passiert, wenn der erste Blauhelmsoldat in einem Zinksarg zurückgebracht wird. Aber, meine Damen und Herren, es hat sich etwas verändert. Es hat sich seit Bosnien, seit dem Kosovo und auch in Mazedonien etwas verändert, weil man sich irgendwann auch als erklärter Friedenskämpfer entscheiden muss. Diese Entscheidung fällt schwer und es ist nicht nur mir, sondern sicher vielen in diesem Haus schwer gefallen, eine solche Entscheidung zu treffen. Wenn es um Verletzung von Menschenrechten geht, wenn es um Vergewaltigung geht, wenn es um Mord geht, wie seinerzeit in Bosnien, dann habe ich eine Entscheidung zu treffen. Dies hat in einer Veranstaltung Hans Koschnik, der nun wirklich ein kompetenter Beobachter und Helfer in dieser Situation war, sehr anschaulich geschildert. Er hat gesagt - übrigens ist auch Hans Koschnik einer der Mitbegründer der evangelischen Friedensbewegung - ich habe zwei Möglichkeiten: Ich kann mir die Situation weiterhin anschauen, ich kann mich auf eine Zuschauerposition zurückziehen, dann mache ich mich schuldig. Oder ich kann mich entscheiden einzugreifen, um etwas zu verändern, dann mache ich mich auch schuldig. In jeder Position mache ich mich in irgendeiner Form schuldig, aber ich muss mich entscheiden, was letztendlich die Variante ist, um Menschen zu helfen. Deswegen hat sich Koschnik - und wenn ich jetzt diesen Bogen zu mir spannen darf, auch ich - dafür entschieden, einzugreifen. Ich halte das für die richtige Entscheidung.

(Beifall bei der SPD)

Insofern gibt es auch jetzt hier eine Entscheidung zu treffen, weil sich Ideologen, die so geprägt sind wie die Attentäter, die das Attentat in den USA durchgeführt haben,

sich weder durch Worte noch durch Diskussionen, noch durch mangelnde Finanzunterstützung in Geldströmen und, und, und zurückhalten lassen, ihre Form von "Politik", ihre Form von Kampf gegen anders Denkende umzusetzen, die sind eben nicht in der für uns normalen Form einzuholen und da bricht eben das weiche Wasser nicht den Stein. An bestimmten Punkten muss ich mich positionieren. Deswegen, meine Kolleginnen und Kollegen von der PDS, machen Sie es sich nicht so einfach, Wegschauen und Allgemeinplätze nützen an diesem Punkt nichts. Dass Krieg nicht die Antwort auf Terrorattentate und auf die Bekämpfung des Terrors ist, hilft auch in dieser Situation nicht weiter. Sie werden sich irgendwann fragen lassen müssen, wie Sie sich hierzu positionieren. Terror ächten, Frieden bewahren und nicht sagen, wie es denn in Anbetracht der Sicherheit der Menschen allüberall funktionieren soll, das kann nicht die Antwort sein, meine Damen und Herren. Insofern würde ich mir wünschen, dass Sie sich konkreter positionieren. Die Friedensbewegung ist ein wichtiger Aspekt. Wir haben es hier nicht mit der Frage Krieg und Frieden zu tun, sondern wir haben Terror und Gewalt in der Welt zu bekämpfen. Ich möchte nicht, und das sage ich Ihnen auch ganz offen, dass diese Frage nur dann anders diskutiert wird, weil der Anschlag möglicherweise in der Bundesrepublik stattfindet. Es kann nicht sein, dass es immer nur dann zum Problem wird, wenn das Problem näher an uns heranrückt. Wir haben uns in der internationalen Auseinandersetzung zu positionieren, Frieden zu sichern. Das heißt in Deutlichkeit und so, wie es hier angesprochen worden ist, den Terror zu bekämpfen. Das tut manchmal weh, aber an diesem Punkt muss man sich deutlich bekennen. Danke schön.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Als nächster Redner hat sich Abgeordneter Fiedler zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir besprechen heute hier die Auswirkungen der Terroranschläge vom 11. September 2001 auf die innere Sicherheit in Thüringen und die gesamten Auswirkungen dazu. Wir haben jetzt schon einiges gehört. Die Debatte läuft ja schon eine gewisse Zeit. Ich möchte, bevor ich auf einige Aspekte noch einmal eingehe, trotzdem noch einmal zu den Entschließungsanträgen Stellung nehmen. Uns liegt der Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD vor. Ich empfehle hier insbesondere die Punkte 3 und 4. Ich möchte sie noch einmal ausdrücklich benennen: "Wir begrüßen die politischen Bemühungen der USA um ein internationales Bündnis gegen den Terrorismus, um enge Abstimmung mit den Vereinten Nationen und nicht zuletzt um eine enge Zusammenarbeit mit den Verbündeten."

Und in Punkt 4: "Wir teilen die Ansicht des UNO-Sicherheitsrats, dass es sich bei den Militäraktionen gegen terroristische Ziele in Afghanistan um rechtmäßige Verteidigung handelt. Die Militäraktionen sind legitim und notwendig, da die politische Forderung nach Ausweisung des mutmaßlichen Drahtziehers der Anschläge von dem afghanischen Taliban-Regime abgelehnt wird. Der UNO-Sicherheitsrat hat sich mit den USA solidarisch erklärt." Da nehme ich den PDS-Entschließungsantrag, dort können Sie in den Punkten 3 und 4 nachlesen, wie genau das Gegenteil behauptet wird. In Punkt 4: "Wir teilen die Einschätzung, dass sich der internationale Terrorismus nicht durch militärische Maßnahmen bezwingen lässt. Der Landtag lehnt Kriegshandlungen, militärische Rache- und Vergeltungsaktionen ab." Ich will das "Rache" ausdrücklich unterstreichen, zumal bei Ihnen stets unschuldige Menschen, unbeteiligte Dritte in Mitleidenschaft gezogen werden. Solche Aktionen führen zur Eskalation usw.

Meine Damen und Herren, das zeigt deutlich, dass man mit Ihnen gemeinsam keinen Entschließungsantrag beschließen kann und ich kann Ihnen nur sagen, Ihnen kann man nur zerreißen.

(Beifall Abg. Seela, CDU)

Meine Damen und Herren, uns

(Zwischenruf Abg. Huster, PDS: Das ist wieder eine politische Kultur.)

schon wieder "geistiger Brandstifter", das ist Ihr Vokabular, das einzige, was Sie immer drauf haben, wenn es Ihnen nicht passt, dass Ihnen die Wahrheit gesagt wird. In Berlin schicken Sie Gysi vor, der spricht so, weil Wahlen anstehen und der Parteitag beschließt genau was anderes, das ist Ihre Doppelzüngigkeit, die Sie an den Tag legen; Frau Pelke und andere haben es hier noch einmal deutlich gemacht, man muss auch in manchen Situationen Farbe bekennen und kann sich nicht hinter irgendwelche Dinge zurückziehen. Hier sind wir alle gefordert, denn das ist ein Angriff auf die gesamte zivilisierte Welt, der hier in Gang gesetzt wird. Wir müssen doch nun endlich mal erkennen, das ist eine Geisel der Menschheit, wie wir sie noch nie hatten, was hier jetzt passiert unter dem Namen von so genannten Gotteskriegerern. Ich bin der Gewerkschaft der Polizei sehr dankbar, die schon vor diesem Anschlag dieses thematisiert hat und hat gerade zu dem Herrn Osama Bin Laden die Dinge mal aufgezeigt. Ich empfehle jedem, dass er sich mit denen mal auseinandersetzt und diese Dinge noch mal nachliest, was dort alles dahinter steckt. Ich glaube, meine Damen und Herren, die Welt hat sich verändert seit dem 11. September. Wir trauern nicht nur um die Menschen, das ist mehrfach schon gesagt worden, die in den Flugzeugen und im World Trade Center und im Pentagon umgekommen sind, wir trauern auch um die Menschen, um die Polizisten, um die Feuerwehrleute, um die Rettungskräfte, die Hilfe leisten wollten und die, Gott sei Dank, da waren und die zu To-

de gekommen sind.

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU)

So ist es. Wir sollten auch in solchen schwierigen Lagen an diese Dinge denken. Ich glaube, auch die Opfer von 80 Nationen, von unterschiedlichen Religionen, die hier getroffen wurden, und ich sehe noch die Trauerfeier in Manhattan vor mir, wo die gesamten Religionen und alle, die dort vertreten waren und die sich dazu bekannt haben, dass man mit allen Mitteln diese so genannten Gotteskrieger bekämpfen muss. In der Religion des Islam sind diese Dinge nicht enthalten. Das war eindrucksvoll, wie dort das Volk der USA und in dieser Völkergemeinschaft, die sich da drin verbindet, wie dort dieses dargestellt wurde. Wir sollten hohen Respekt vor diesem amerikanischen Volk und auch vor diesem Präsidenten haben,

(Beifall Abg. Gentzel, SPD)

dem man vieles nicht zugetraut hat, aber der so besonnen darum wirbt, dass wir alle gemeinsam mithelfen. Oder wenn ich an den NATO-Beschluss denke, jetzt ist der NATO-Fall eingetreten, meine Damen und Herren, insbesondere aus der PDS, und wir sind Verbündeter, wir haben uns dazu bekannt, wenn es darum geht, dass ein Mitglied angegriffen wird. Wir fühlen uns ja angegriffen, dass wir hier auch den Bündnisfall mit unterstützen. Das gehört auch zur Bündnisverantwortung, dass man so etwas wahrnimmt.

Meine Damen und Herren, es ist schon einiges gesagt worden, ich möchte noch auf einige Aspekte der inneren Sicherheit insbesondere noch einmal eingehen. Ich bin der Landesregierung und insbesondere dem Ministerpräsidenten sehr dankbar, dass dieses Konzept auf den Weg gebracht wurde. Da geht es mir nicht nur um die 25 Millionen, sondern mir geht es darum, dass ein Weg, der bisher beschritten wurde, auch weiter fortgeführt wird und jetzt insbesondere auch unter den Bedingungen, die wir in der neuen veränderten Weltsituation vor uns haben. Ich glaube, das ist der richtige Weg, dass man mit dem Vorhandenen begonnen, dieses weiterhin aktiviert und weiter voranbringt. Ich bin dankbar, dass wir Anstrengungen im Landeshaushalt unternehmen und das Paket wird ja noch weiter vorgelegt und diskutiert, dass wir im Landeshaushalt auch mit dafür Sorge tragen, dass wir die Verschuldung nach Möglichkeit nicht erhöhen. In diesem Zusammenhang finde ich es etwas schade, wenn die Bundesregierung ja auch einige Pakete, die in vielen Teilen unsere volle Unterstützung finden, zu dem Mittel gegriffen hat, dass man z.B. Steuern erhöht. Dort hätte ich mir auch gewünscht, dass man mal geguckt hätte in dem großen Haushalt, den auch der Bund hat, hätte man dort sicher auch noch Möglichkeiten gehabt.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Wir rauen für den Frieden!)

Ich bin zwar Nichtraucher, ich fange auch deswegen nicht mit dem Rauchen an, Kollege Gentzel, damit wir das Geld reinkriegen, sondern ich hätte mir gewünscht, es wären noch andere Wege, wie Thüringen die Anstrengungen unternimmt, ich will deswegen nur darauf hinweisen. Wir sollten uns jetzt nicht auf die Raucher versteifen und das zu sehr in das Lächerliche ziehen, meine Damen und Herren. Mir geht es darum, innere Sicherheit ist nicht zum Nulltarif zu haben. Wir haben in den letzten Jahren in Thüringen kontinuierlich aufgebaut. Es ist nicht alles richtig, was dort gelaufen ist, aber wir haben kontinuierlich aufgebaut. Ich erinnere in dem Zusammenhang an den insbesondere guten Aufbau der Feuerwehren. Über 300 Mio. DM sind dort investiert worden. Wir haben den Brand- und Katastrophenschutz im Land und es ist oft belächelt worden und es sind einige von uns als Lobbyisten immer wieder fast beschimpft worden. Aber wir haben einen guten Stand im Land erreicht. Wir haben die 50.000 Feuerwehrleute, wir haben die Helfer und den Hilfsdienst, die zur Verfügung stehen und sie sind in der Regel gut ausgebildet.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin auch dankbar, dass jetzt noch zusätzliche Anstrengungen unternommen werden für die Brand- und Katastrophenschutzschule, dass insbesondere jetzt auf die neuen Situationen reagiert werden kann und man hier mit bestimmten Schulungen schon vorgreifen kann. Auch das Zusammenspiel mit den Kommunen, dass man die Ernstfälle hier noch mal durchprobt, finde ich ganz hervorragend. Ich hätte mir manchmal gewünscht, auch wenn das so ein bisschen anrühlich war, ZV, weil ja da in der ehemaligen DDR auch die politischen Verwicklungen hineinspielten, aber das Konzept der ZV war ein sehr gutes und wir hätten gut daran getan, das eine oder andere davon zumindest zu erhalten. Wir könnten heute davon einiges gebrauchen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Botz, SPD:
Hört, hört!)

Ja, hört, hört. Man muss doch nicht die Dinge, die hier im Positiven gelaufen sind, vollständig ablehnen, sondern dort waren viele Dinge und es ist auch trainiert worden, dass man solche Dinge überhaupt genutzt hat. Ich will damit nur noch einmal ausdrücken, dass wir auf dem Sektor Brand- und Katastrophenschutz ein gutes Stück vorangekommen sind und dass wir darauf jetzt weiterhin den Schwerpunkt mitlegen. Da danke ich insbesondere an dieser Stelle allen Feuerwehrleuten und allen Hilfsdiensten, die hier wirksam werden. In dem Zusammenhang möchte ich auch auf das THW noch mal mit eingehen. Es kann nicht sein, dass insbesondere in den letzten Jahren, ich sage nicht nur in den letzten zwei oder drei Jahren, dem THW jährlich 30 Mio. DM reduziert wurden. Auch hier ist es dringend notwendig, dass der Bund umdenkt und dass insbesondere bei dem Katastrophenschutz sofort ein Umdenken erfolgen muss. Dass auch das THW und an-

dere Dinge gestärkt werden, dass wir Unterstützung bekommen im Lande für weitere Dinge des Katastrophenschutzes, das möchte ich an der Stelle ausdrücklich anmahnen.

Meine Damen und Herren, auch in Richtung Polizei, in zur Sicherheit sind einige Dinge schon benannt worden. Ich will noch auf einige Punkte eingehen. Ich glaube, an erster Stelle gehört es sich vom Innenpolitiker der Fraktion, dass unseren Polizistinnen und Polizisten im Lande gedankt wird,

(Beifall bei der CDU)

die für uns alle immer in den Einsatz gehen, die für uns den Kopf hinhalten, ob es um Castor-Transporte geht, ob es um Linksextremismus, Rechtsextremismus oder die neue Form des Terrorismus geht. Unsere Polizistinnen und Polizisten müssen an die vorderste Front und müssen ihren Kopf hinhalten. Ich glaube, deswegen sind wir es ihnen schuldig, dass wir alle Möglichkeiten ausnutzen, um ihnen für diesen schweren Dienst nicht nur zu danken, sondern ihnen den Rücken zu stärken. Ich erinnere in dem Zusammenhang nochmals, es ist noch gar nicht so lange her, es war am 7. September, als wir hier im Landtag eine Initiative verabschiedet haben, die Versorgung von Polizisten, die besonders gefährdet sind, zu verbessern, wo es darum ging, wenn Polizistinnen und Polizisten Schaden nehmen sollten, dass hier auch die Versorgung gesichert ist.

(Zwischenruf Trautvetter, Finanzminister:
Das hat die SPD abgelehnt.)

Ja, die Kollegen der SPD wollten da noch weitergehen. Aber Herr Finanzminister, ich bitte auch in der jetzigen Situation, dass wir als Land uns dort im Bundesrat sehr stark dafür machen, dass diese Dinge auch kontinuierlich umgesetzt werden. Zu hochmotivierten Beamten gehört auch, meine Damen und Herren, dass wir ihnen nicht immer nur mit Sonntagsreden den Rücken stärken oder in solchen Reden, wenn gerade einmal wieder schlimme Dinge passiert sind, sondern da geht es auch darum, dass wir uns gemeinsam stark machen, wenn es z.B. darum geht, Beamtenversorgung zu kürzen. Da möchte ich in dem Zusammenhang auch noch einmal an den Bundesinnenminister oder vielleicht auch auf den einen oder anderen Landesminister darauf hinwirken, ich will mal aus der Zeitung der Gewerkschaft der Polizei zitieren: "Der eiserne Otto titelte das in Düsseldorf erscheinende Handelsblatt Mitte Juli. Porträtiert wurde aber nicht etwa Reichskanzler Herr von Bismarck, sondern Bundesminister Otto Schily. Der Eiserne hat die Aufgabe, die im März verabschiedete Rentenstrukturreform auf das Beamtenversorgungsrecht wirkungsgleich zu übertragen und Schilys Schmiede hat ganze Arbeit geleistet. Seine Botschaft an aktive Beamte und Versorgungsempfänger ist hart und kalt. Die Versorgung nimmt ab." Meine Damen und Herren, ich will damit ausdrücken, dass wir eine hochmotivierte Polizei

in dieser Zeit brauchen. Wir müssen dort alle gemeinsam alles daran setzen, Bund und Land und alle Verantwortlichen, dass wir diese hochmotivierte Polizei, die wir auch in Thüringen unbestritten haben, uns weiterhin erhalten. Wir haben die zweitbeste Aufklärungsquote in Deutschland und unsere Polizei kann sich sehen lassen. Unsere Polizei tut ihren Dienst unter schwierigen Bedingung. Ich denke, auch das Land darf hier nicht locker lassen in seinen Bemühungen, dass wir, nachdem wir die beste Polizei haben in der Aufklärungsquote, uns auch insgesamt in dem gesamten Paket und alles was auf dem Weg gebracht ist und vorher schon vorbereitet wurde, ich sage nur die Stichworte "Stellenkegel", was dort alles zu beachten ist, es müssen die entsprechenden Prozente, wie es auch von der Innenministerkonferenz gefordert ist, im mittleren, gehobeneren und höheren Dienst, endlich auf die Bahn gebracht werden. Dort müssen jetzt Versäumnisse der letzten fünf, sechs Jahre, die hier zu Buche schlagen, gelöst werden und es darf nicht zur weiteren, ich sage einmal, Abflachung kommen, sondern wir brauchen diese Polizei. Wir müssen unsere Polizei auch in der Besoldung weiter voranbringen, denn es kann nicht sein, wenn z.B. in der Bereitschaftspolizei von ca. 300 Beamten, die dort sind, gerade einmal 1 Prozent in der A 8 ist, der Rest ist in der A 7, meine Damen und Herren. Wer weiß, was A 7 und A 8 bedeutet, der weiß, was wir dort noch für Nachholbedarf haben. Hier fordere ich bei der Bereitschaftspolizei insbesondere die weitere Unterstützung des Bundes ein, dass der Bund hier seine Aufgaben nicht zurückfährt, sondern dass er seine Aufgabe darin sieht, hier weiterhin die Mittel bereitzustellen, die notwendig sind. Das Land muss sich natürlich beteiligen bei den entsprechenden Stellenbereitstellungen, die dazu notwendig sind. Ich begrüße es ausdrücklich, dass wir hier einiges weiter auf den Weg bringen und ich bin dem Innenminister auch sehr dankbar, der sich in den letzten Monaten sehr akribisch für diese Dinge mit eingesetzt hat, dass wir ein Stück vorankommen und auch der Finanzminister, der oft gescholten wird, hat sich hier mit eingebracht, dass wir hier ein Stück vorankommen.

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Der wurde eingebracht.)

Ja, es ist nie zu spät, dass alle mitmachen auf dem richtigen Weg.

(Zwischenruf Abg. Kölbel, CDU: Das Ergebnis ist wichtig.)

Meine Damen und Herren, gerade in der Bereitschaftspolizei - und ich will hier noch einmal ein kurzes Stück stehen bleiben - ist es dringend notwendig, dass die geschlossenen Einheiten weiterhin wirksam arbeiten können. Wir dürfen hier nicht verkennen, und ich will es noch einmal deutlich nennen, in der Bereitschaftspolizei schiebt jeder Vollzugsbeamte und auch die anderen aber insbesondere die, die in den geschlossenen Einheiten sind, ca. 200 Überstunden vor sich her. Jeden Monat schiebt er die vor

sich her. Er ist nicht dazu in der Lage, die abzubauen, weil nämlich z.B. 35 Prozent der geschlossenen Einsätze in der Regel an den Wochenenden stattfinden. In den Polizeiinspektionen gibt es da bestimmte Dienstpläne, wo der irgendwann einmal Freizeit bekommt. Für die Betroffenen gerade in der Bereitschaftspolizei ist das fast unmöglich. Das zeigt uns eigentlich deutlich, dass wir gemeinsame Anstrengungen weiter unternehmen müssen, dass wir vor allem die Polizei insgesamt frei machen müssen von vollzugsfremden Aufgaben. Man muss darüber nachdenken, und das darf kein Tabu sein, die so genannte Verschiebeeinheit, die da ist, also wenn es darum geht, Asylbewerber abzuschieben, das muss doch die Bereitschaftspolizei vornehmen, nach neuen Wegen zu suchen. Man muss nach neuen Wegen suchen insgesamt in der Polizei, ob man, wenn Gefahrstofftransporte oder Schwerlasttransporte unterwegs sind, kann man dort nicht Möglichkeiten finden, dass das Private übernehmen mit entsprechender Schulung, Ausbildung und Zertifizierung. Man muss darüber nachdenken, es ist angesprochen worden, dass wir auch insgesamt in der Polizei mehr - wir haben sie mittlerweile - Verwaltungsfachangestellte einsetzen, die die Schreibebeiten und die laufende Verwaltungsarbeit wahrnehmen können, und das ist ja mit angesagt worden, dass wir in dieser Richtung jetzt verstärkt wirksam werden müssen. Damit bekommen wir gut ausgebildete Fachleute in die PIs und in die Polizei und ich kann Ihnen Beispiele nennen. Ich war erst letztes auf der VPI Hermsdorfer Kreuz. Dort hatten sie solche hervorragenden ausgebildeten jungen Leute, leider wurden sie dann abgezogen nach Artern in die Bußgeldstelle, weil sie dort gebraucht wurden. Aber, ich denke, wir sind auf dem richtigen Weg, wir haben genug junge ausgebildete Leute, dass sie die jetzt in der Polizei verstärkt einsetzen und dafür bekommen wir grüne Polizei auf die Straße. Ich denke, das muss unser gemeinsames Ziel sein, dass wir nun endlich diese Abstimmung der Zahlen, die seit Jahren strittig sind, im Griff haben und ich denke, wir sind auf gutem Wege. Wir werden auch weitere Dinge in der Polizei uns verstärkt anschauen müssen, ob es um die ganzen Stellenkegel geht, will ich nicht noch einmal ausführen, das ist zu spezifisch. Wir müssen darauf achten, dass wir insbesondere auch die neuen Strukturen an die neue Lage anpassen. Das kann man nicht einfach ignorieren, sondern man muss dann durchgehende Stränge schaffen von den Polizeiabteilungen im Innenministerium über das LKA, wo ja schon der entsprechende Stab gebildet wurde, wo Generalstaatsanwaltschaft, Landesverwaltungsamt und

(Zwischenruf Abg. Kölbel, CDU: Der Stabschef.)

der Stabschef - der Innenstaatssekretär ist gerade gekommen -, der mit seiner Kommission ja auch ein wichtiges Amt hat, dass hier entsprechende Dinge auch gemeinsam wahrgenommen werden. Ich danke an dieser Stelle auch der Gewerkschaft der Polizei und auch den anderen Gewerkschaften, die dort vertreten sind, dass auch die Struk-

turanpassung im Bereich der Polizeiinspektionen in den Landkreisen und kreisfreien Städten unterstützt wird, meine Damen und Herren, weil wir auch damit Möglichkeiten haben, Polizei, die dort frei wird, dass man die wieder mit in den Polizeidirektionen einsetzen kann. Das muss in diese Richtung auch weitergehen, auch wenn es die eine oder andere Diskussion dazu gibt. Oder wenn man z.B. noch einmal die Optimierung des Datenabgleichs nimmt, dass man eben INPOL-Neu schnellstmöglich weiter einführt und es müssen die Datenabgleiche, Verfassungsschutz, der Sicherheitskräfte untereinander, ist ja schon auf gutem Wege, dass dieses im verstärkten Maße notwendig ist. Wir müssen auch weiterhin dafür Sorge tragen, dass insbesondere auch die Computerausstattung, das ist eben Hightech, was notwendig ist, weiter verbessert wird und auch entsprechende gegebenenfalls auch digitale Funktechnikmöglichkeiten müssen weiter vorangetrieben werden. Ich sage nicht, meine Damen und Herren, das muss jetzt alles auf einmal kommen, dazu sind wir nicht in der Lage, wir müssen aber das begonnene Paket kontinuierlich weiter fortführen und da müssen wir über solche Dinge nachdenken. Es muss auch gestattet sein, darüber nachzudenken. Wir haben 1992 schon einmal in diesem Landtag einen Beschluss gefasst, wo es darum ging, eine weitere Hundertschaft in der Bereitschaftspolizei zu schaffen. Ich sage auch hier nicht, damit das nicht falsch verstanden wird, Fiedler fordert jetzt eine neue Hundertschaft, ich sage, es muss legitim sein, darüber nachzudenken in den weiteren Haushaltsverhandlungen der nächsten Jahre, dass man auch über so etwas nachdenkt, denn wir brauchen weiterhin und werden wahrscheinlich geschlossene Einheiten benötigen, um den Herausforderungen begegnen zu können. Oder auch die weitere Ausstattung mit Fahrzeugen und Ähnlichem, wo ja der Weg beschritten wurde mit vor allen Dingen Spezialfahrzeugen, die hier dringendst notwendig sind. Ich denke vor allen Dingen auch, und das ist ja angekündigt worden, Polizeiaufgaben- und Polizeiorganisationsgesetz müssen weiter novelliert werden. Es ist angekündigt worden, dass es auf dem Weg ist, um auch Videoüberwachung und ähnliche Dinge notwendig zu machen. Rasterfahndung ist in Thüringen sowieso schon lange aktuell und wir sind dort auch mit der Regelanfrage Verfassungsschutz als Thüringer mit den Bayern und Baden-Württembergern auf einem guten Wege. Ich denke auch, dass wir insbesondere, und hier sind wir mit den Gewerkschaften - und ich möchte an der Stelle auch mit einfügen, ich leite mittlerweile seit 10/11 Jahren den Arbeitskreis der Polizei der CDU, wo alle Gewerkschaften mitarbeiten und hier haben wir auch in den letzten Wochen Vorschläge gemacht, die von der Landesregierung aufgegriffen wurden, damit auch weitere Dinge auf den Weg gebracht werden, um die Arbeit der Polizei zu erleichtern, meine Damen und Herren. Wir schenken der Polizei nichts oder geben ihnen irgendetwas Besonderes, sondern wir geben ihnen nur die Mittel an die Hand, die sie notwendig brauchen, um Kriminalität, Terrorismus und Links- und Rechts extremismus bekämpfen zu können. Das ist unser Ziel, was wir haben. Da haben wir eine Verantwortung. Ich denke auch, dass die Landesregierung - ich hoffe, dass zumindest

große Teile des Parlaments, ich kann jedenfalls für die CDU sprechen, dass wir die innere Sicherheit als erste Priorität hier im Freistaat Thüringen weiterhin sehen.

(Beifall Abg. Kölbel, CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in dem Zusammenhang auch darauf hinweisen, dass es dringendst notwendig ist, dass auch z. B., unsere Polizeipfarrer hier eine wichtige Aufgabe wahrzunehmen haben. Gott sei Dank haben wir das auch in Thüringen, dass hier Polizeiseelsorge da ist. Denn auch die Polizistinnen und Polizisten brauchen Zuspriechung oder, wenn sie in schwere Einsätze gehen, dass ihnen geholfen wird. Auch der polizeipsychologische Dienst, denke ich, ist im weiteren Ausbau und Umbau, dass auch hier das mit genutzt werden kann. Ich weiß, dass der Innenminister über viele Dinge nachdenkt, Sorgentelefone und alles, was es dort gibt. Aber das wird er selber sicher noch darstellen. Mir geht es darum, dass wir hier entsprechend alle Möglichkeiten nutzen, die wir im Freistaat haben, um unsere Polizei weiterhin auszustatten, damit sie für uns in den Einsatz gehen kann. Und dafür möchte ich herzlich danken.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Als nächster Redner hat sich der Abgeordnete Pohl zu Wort gemeldet. Ich weiß jetzt nicht, Herr Dr. Botz, haben Sie eine Anfrage signalisiert oder einen Redebeitrag?

(Zuruf Dr. Botz, SPD: Einen Redebeitrag.)

Dann nehmen wir das auf. Herr Abgeordneter Pohl.

Abgeordneter Pohl, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, nichts berührt die Menschen stärker als Verbrechen, die sie selbst in ihrem sozialen Umfeld erleben. Sie wollen auf jeden Fall in Freiheit und Ordnung leben und sie erwarten deshalb zu Recht vom Staat, dass er diesen Schutz bietet und Rechtsverbrechern gegenüber sein Gewaltmonopol durchsetzt. Wir müssen diese Sorgen der Menschen hier sehr ernst nehmen und ich möchte heute auch hier in meinem kurzen Redebeitrag zu diesem Thema der Regierungserklärung innere Sicherheit ganz kurz einige Anmerkungen machen.

Wir wissen alle hier in diesem Hause, dass gerade die Themen der inneren Sicherheit nicht geeignet sind zu politischer Effekthascherei und zu Parteiengezänk. Aber auf dem Feld der Verbrechensbekämpfung wissen wir auch, gibt es keine Patentrezepte. Aber wir müssen Bedingungen schaffen, dass auch hier eine optimale innere Sicherheit hergestellt wird. Ich begrüße deshalb ausdrücklich und selbstverständlich die Ankündigung der Landesregierung, dass 25 Mio. DM noch im Doppelhaushalt 2001/2002 eingesetzt

werden. Aber ich hätte natürlich auch erwartet, dass dies ähnlich wie im bayerischen Ländersicherheitspaket eben auch schon mit konkreten Fakten untersetzt gewesen wäre, z.B. wie viel Stellenhebungen, wie viel Beförderungen. Denn die notwendigen Zahlen, die gefordert werden, liegen ja eigentlich mehr oder weniger auf den Tischen. Wir haben ja heute Nachmittag dazu noch einmal einen Antrag zu beraten. Für mich stand auch, als ich das heute in der Regierungserklärung gehört habe, die Frage: Warum musste es erst einen 11. September geben, um die Landesregierung in dieser Frage zu einem Umdenken zu bringen? Wir wissen, die Stimmung bei der Polizei ist insgesamt nicht sehr gut. Niedrige Gehälter, viele Überstunden und unzureichende Beförderungspraxen machen das eben auch klar. Deshalb bin ich auch in diesem Falle dem Präsidenten des Landeskriminalamtes, Herrn Kunkel, sehr dankbar, dass er unlängst eine Mitarbeiterbefragung im LKA durchgeführt hat. Die hohe Beteiligung von fast 70 Prozent zeigte doch, dass gerade diese Befragung wichtig und notwendig war und auf bestimmte Schwachstellen hingewiesen hat. Fakt ist, wir brauchen in Thüringen eine gut ausgebildete und hoch motivierte Polizei. Ich denke, gut ausgebildete Polizisten haben wir. Ich konnte mich auch am letzten Montag in Meiningen davon noch einmal überzeugen, als das neue Bildungszentrum vorgestellt wurde. Ich kann auch sagen, dass das, was in Meiningen geleistet wird in der Ausbildung für den mittleren Dienst und gehobenen Dienst, gut ist. Fakt ist, wir brauchen natürlich auch - und da ist der Finanzminister wieder gefragt - für den Standort in Meiningen noch erhebliche Mittel, gerade in baulichen Maßnahmen.

(Beifall Abg. Fiedler, CDU)

Diese Frage muss diskutiert werden, muss also auch eingestellt werden. Aber, ich denke, da wird es eine Lösung geben. Der gute Ausbildungsstand, das manifestiert sich eben auch, mein Kollege Fiedler sagte das, in einer Aufklärungsquote von über 60,1 Prozent in Thüringen, und damit liegen wir an zweiter Stelle. Das ist doch etwas! Das ist eben auch die Frage. Die Wahrscheinlichkeit, Opfer eines Verbrechens zu werden, ist in Thüringen weitaus geringer als in den anderen Bundesländern.

(Beifall Abg. Fiedler, CDU)

Meine Damen und Herren, das Problem der Motivation: Ich möchte jetzt auch nicht in die Details gehen. Fakt ist doch eins: 127 Beförderungen im Jahr 2001 bei über 7.019 Beamten, das ist einfach zu wenig. Hier müssen wir die Stellenplanobergrenzen, die vorgegeben sind oder die da sind, schneller erreichen. Das heißt, nur einmal zur Erinnerung, wir haben im mittleren Dienst viel zu viel Beamte und im gehobenen Dienst zu wenig Beamte. Das heißt, das ist hier auch dann eine Geldfrage. Deshalb ist es eine Forderung, die wir auch aufmachen, wir müssen noch mindestens in diesem Jahr 400 Beamte zusätzlich befördern. Ich weiß, und hier ist natürlich auch der Bund gefragt, Kollege Fiedler sprach schon einmal davon, das Problem

der Versorgungslücke. Und diese Versorgungslücke macht uns ja eben auch den Kummer, dass die Thüringer Polizisten, wenn sie ein Stückchen diese Versorgungslücke überdecken wollen, ihre Dienstzeit um zwei Jahre verlängern müssen. Das bedeutet aber auch das Blockieren von Beförderungen. Das ist eben ein Problem. Hier kann uns nur der Bund setzen -

(Zwischenruf Abg. Kölbl, CDU: Helfen!)

helfen. Gerade aber auch das Problem Stellenhebung, hier denke ich, sind diese 25 Mio. auch gut angebracht. Herr Ministerpräsident sprach ja von einer Polizeidichte von gegenwärtig 1:349. Ich gehe davon aus, wir brauchen sie von 1:340. Das Erreichen dieses Zieles bedeutet, dass wir in Thüringen ca. 400 Polizisten mehr einsetzen müssen. Ich denke nur mal daran, ansatzweise, wir brauchen für die Autobahn 150 bis 180 Polizisten mehr durch das Mehr an Straßennetz und da beziehe ich etwa ein auf 1,5 km einen Beamten. Wir brauchen natürlich auch im übrigen Bereich der Landespolizei die entsprechenden Beamten. Wir brauchen gerade kriminalpolizeiliche Spezialisten. Wir brauchen, wenn wir die Schutz- und Fahndungsmaßnahmen erhöhen wollen, auch die entsprechenden Beamten dazu. Ich möchte auch den Innenminister darum bitten einfach noch einmal, wir haben das Programm der KOB-Bereiche jetzt irgendwo stagnieren lassen. Ich würde es gern sehen, wenn wir da auch noch ein Stückchen weiter kämen. Da müssen wir noch mal reinsehen. Das Problem, die Frage der Bereitschaftspolizei, wir hatten die Gelegenheit, über die am Mittwoch bei einer Fachberatung der Bereitschaftspolizei Probleme vor Ort mal informieren zu lassen und ich bin eigentlich - da brauchen wir das nicht noch mal weiter zu erwähnen, aber wenn Sie sagen, Herr Fiedler fordert nicht die vierte Hundertschaft, dann würde ich sagen, Pohl fordert die vierte Hundertschaft, allerdings mittelfristig. Das kann ja auch nicht von heute auf morgen passieren, das geht klar und ich meine auch, das Problem liegt ja bei den 200 Überstunden, von denen Sie gesprochen haben, das bedeutet ja, dass wir eben auch dort mehr Leute haben müssen. Ich bin aber mit dem Ministerpräsidenten auch einer Meinung, dass das nicht von heute auf morgen passieren kann, aber da muss ich natürlich auch klarstellen, dass die Frage der Neueinstellungen, die wir für das Jahr 2002 machen wollen, die müssen ganz schnell auf den Tisch, denn im Bereich der Bereitschaftspolizei gehen ja die Bewerbungen ein, sie müssen ausgesucht werden und ruck, zuck haben wir das neue Ausbildungsjahr und dann müssen wir auf diese Dinge gut vorbereitet werden.

Zum Problem des Einsatzes der Bundeswehr im Inneren und die Novellierung des Grundgesetzes hat mein Kollege Gentzel ja schon etwas gesagt. Ich sehe darin auch keinen Weg. Wir brauchen keine zweite Polizei, eine Ersatzpolizei, wir brauchen eine richtige, eine erste Polizei, die ebenso zahlenmäßig als auch hoch motiviert ihren Dienst versieht. Das Problem der Videoüberwachung wurde ja auch in dem Paket mit angesprochen. Ich habe

da eine geteilte Meinung. Punktuell ja, wenn es z.B. um das Überwachen bestimmter Objekte geht, ich denke z.B. an eine Synagoge usw., aber die Überwachung von öffentlichen Straßen und Plätzen würde kaum zu einem Rückgang der Kriminalität führen, denn Kriminelle suchen sich auch nicht durch Video überwachte Orte. Aber, da glaube ich, wenn die Gesetzesvorlagen kommen, werden wir im Innenausschuss über diese Dinge weiter beraten können.

Das Problem Zivilschutz, es ist ja ein Problem. Bereits 1997 wurde ja das Bundesamt für Zivilschutz aufgelöst und von der damaligen Bundesregierung dann mehr oder weniger in die Länder hineingetragen. Fakt ist, das ist richtig, gerade die Fragen des Zivilschutzes bedürfen neuer Ansätze und hier brauchen wir auch entsprechende Konzepte. Ich sehe das ganz genauso positiv, dass im Bereich des Katastrophenschutzes und der Feuerwehr, ich denke z.B. auch an die Datenvernetzung usw., hier einiges getan werden wird, und das halte ich für eine ganz wichtige Sache. Ich hätte noch einen Vorschlag im Zusammenhang mit der Problematik der Bekämpfung der Geldwäsche. Ich würde auch sagen, man sollte mal überlegen, ob man im Bereich der Steuerverwaltung zusätzliche Stellen aufmacht für den Aufbau einer Sonderprüfgruppe zur Bekämpfung der Geldwäsche analog Bayern. Denn hier muss ja auch eine enge Verzahnung stattfinden zwischen der Steuerverwaltung des Landes Thüringen und dem Landeskriminalamt.

Meine Damen und Herren, das waren einige Punkte, einige Ansätze. Wir wissen, innere Sicherheit und Freiheit sind untrennbar miteinander verbunden, und deshalb gilt es, auf jeden Fall zügig die angedachten 25 Millionen mit konkreten Vorschlägen zu untersetzen. Wir werden diese Dinge aus unserer Fraktion heraus kritisch begleiten und, ich denke, wir sind da auf einem guten Weg. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Als nächster Redner hat sich zu Wort gemeldet der Abgeordnete Schwäblein, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Rede der Abgeordneten Klaubert hat mich bewogen, noch einmal vor das Pult zu treten. Nicht nur um einiges klarzustellen, sondern auch zum heutigen Thema etwas zu ergänzen. Wir hatten gestern eine Debatte um einen unglaublichen Vorgang hier in Thüringen und ob dieses unglaublichen Vorgangs habe ich sehr kräftige Worte gewählt. Das ist wahr. Aber ich habe sie wohl bedacht und bin überzeugt, dass sie den zulässigen Rahmen nicht verlassen haben. Ich habe keine Personengleichsetzung betrieben, ich habe auf die Hasskomponente abge-

hoben und ich habe bewusst, und das wird am Band nachzuvollziehen sein, wenn man es denn will, bewusst das Wort "Ben" und nicht "Bin" verwendet, weil ich vorher richtigerweise darauf hingewiesen wurde, dass das etwas anderes bedeutet und so habe ich es auch verwandt. Und, Frau Abgeordnete Klaubert, wenn Sie sich mal den Schaum vom Mund wischen, werden Sie das vermutlich dann auch tatsächlich realisieren können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu dem heutigen Thema zurück: Mir ist nach wie vor nicht klar, warum die PDS nicht über die Konsequenzen, die jetzt nötig sind, wirklich bis zu Ende denkt. Ich bin der Kollegin Pelke sehr dankbar, die ihren schmerzhaften Erkenntnisprozess heute hier transparent gemacht hat. Mir ging es bereits Mitte der 90er-Jahre so. Im Herzen zutiefst von der Notwendigkeit des Friedens überzeugt, muss man sich Gedanken machen, wie man denn dahin kommt. Und das tut weh. Man muss sich vor allem in die Sicht der Betroffenen versetzen, da sind unsere Empfindungen nachrangig, meine Damen und Herren, muss sich in die Lage der Flüchtlinge versetzen, muss sich auch heute in die Lage der Frauen und Mädchen z.B. in Afghanistan versetzen, die seit Jahren keine Bildung erfahren dürfen, die seit Jahren nicht arbeiten dürfen und wo ohne richtige Gerichtsbarkeit heute die Todesstrafe an der Tagesordnung ist. Soweit muss man kommen in seinen Überlegungen, bevor man militärische Maßnahmen, nachdem man alles andere probiert hat, möglichst ausschließt. Ich werde das Gefühl nicht los, ich kann den letzten Beweis dafür nicht bringen, dass in der PDS der Pazifismus immer nur dann richtig rausgeholt wird, wenn es gegen die Amerikaner geht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wo waren denn die Proteste, als die Russen in Tschetschenien einmarschierten. Zweimal haben sie es gemacht, zweimal hat die Friedensbewegung an dieser Stelle versagt und die PDS erst recht, von der habe ich das ja gar nicht erwartet.

(Zwischenruf Abg. Jaschke, CDU:
1968 haben sie ja mitgemacht.)

1968 haben sie auch noch mitgemacht, das ist noch eine andere Geschichte. Aber da gibt es eine ganz, ganz einseitige Sicht. Und im Moment scheint es erfolgreich zu sein, wenn man die letzten Umfragen verfolgt, wenn man feststellt, dass die Grünen im Moment als Sammelbecken des pazifistisch ausgelegten Teils der Bevölkerung ausfallen, weil sie mit in Verantwortung sind, kann man dort ja Stimmen sammeln. Sie tun das. Sie sammeln ja auch Stimmen bei Hausbesitzern, denen sie früher das Eigentum weggenommen haben. Sie sammeln ja auch Stimmen bei Unternehmern, denen sie 1972 die Unternehmungen weggenommen haben. Ich habe nicht vergessen, dass ihre Genossen es waren, die 1990 zu meinem Vater kamen und ihm das Unternehmen wiedergeben wollten. 18 Jahre vorher waren es die gleichen Gesichter, identisch die gleichen Gesichter, die ihm den Laden weggenommen hatten. Also, an Unverfrorenheit hat es die

PDS in diesem Lande noch wenig fehlen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Insofern, gestatten Sie mir bitte, nehme ich Ihnen diesen Pazifismus, Ihnen gerade, nicht ab. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Ramelow, Sie haben als Nächster das Wort.

Abgeordneter Ramelow, PDS:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Birgit Pelke, ich glaube, wir zwei sind die Einzigen, die authentisch der Friedensbewegung angehört haben, von der hier geredet worden ist. Deswegen habe ich Ihren Worten sehr genau zugehört und will es auch klar sagen, alles, was die SED vertreten hat unter dem Diktum, es gebe einen gerechten Krieg, war blanker Unsinn, war gefährlich und es ist gut, dass die PDS, so empfinde ich es jedenfalls, sich davon losgesagt hat. Es gibt keinen gerechten Krieg, es kann gar keinen gerechten Krieg geben, es kann nur einen gerechten Frieden auf dieser Welt geben.

(Beifall bei der PDS; Abg. Pelke, SPD)

Du hast Fragen aufgeworfen, auf die ich antworten will. Welche Antworten gibt es oder hat die PDS keine? Ich will so antworten, dass ich 1982 auf der großen Friedensdemonstration im Hofgarten, wo 300.000 Menschen demonstriert haben, Probst Heino Falcke hier aus Erfurt kennen gelernt habe, den ich damals sehr mutig fand, dass er mit dem Transparent "Schwerter zu Pflugscharen" oben stand und für die ostdeutsche Friedensbewegung geredet hat. Es gab damals in linken Gewerkschaftskreisen einen heftigen Streit, ob dieses Transparent, das Probst Falcke hochgehalten hat, zulässig ist, oder ob es eigentlich gegen die DDR gerichtet ist. Ich habe mich damals eindeutig entschieden und habe gesagt, ich finde das Transparent genau richtig und meine Haltung war an dieser Stelle immer eindeutig. Wer gegen Pershing demonstriert, muss auch gegen SS 20 demonstrieren.

(Beifall bei der PDS; Abg. Pelke, SPD)

Unsere Antwort, Birgit, damals war, die Logik der Aufrüstung und die Logik der Militarisierung zu durchbrechen. Wir haben es uns nicht so leicht gemacht, dass man auf eine militärische Hochrüstung die nächste militärische Hochrüstung setzen darf. Insoweit hat es in der Zeit eine intensive Debatte gegeben über friedenspolitische Maßnahmen und ich bedaure es, dass es zurzeit nicht möglich ist, daran zu erinnern. Deswegen wiederhole ich, was Probst Heino Falcke nach dem 11. September im Friedensgebet hier in Erfurt gesagt hat. Das hat mich tief

beeindruckt, weil ich davon nach wie vor berührt bin. Er hat dort gesagt: "Warum ist es uns nicht gelungen insgesamt in West und Ost nach dem Fall der Mauer eindeutig zu formulieren: mehr UNO, weniger NATO und den Aufbau eines internationalen Strafgerichtshofs, der aber nicht eine Laberbude sein darf, der wirkungsvoll sein muss, bei dem tatsächlich auch die PDS sich bekennen muss", da kritisiere ich meine Partei, "die sich bekennen muss, wie es mit dem Gewaltmonopol in der Gesellschaft global gesehen zu halten ist." Wir haben eben von den Kollegen Innenpolitikern ausführliche Hinweise bekommen auf das Gewaltmonopol und wie es ausgestattet wird innerhalb des Landes. Da kann ich nur sagen, ja, wir brauchen eine motivierte Polizei. Und wenn ich den LKA-Bericht zurzeit lese über den emotionalen Zustand und die Empfindungen der LKA-Beschäftigten, dann spricht das eine deutlich andere Sprache, als das, was hier gerade vor skizziert worden ist.

(Zwischenruf Köckert, Innenminister:
Sie haben ihn nicht gelesen.)

Ich habe ihn schon gelesen, Herr Innenminister.

(Zwischenruf Köckert, Innenminister:
Dann würden Sie auch auf die positiven Dinge abheben.)

Dann können Sie mir den restlichen Teil ja noch geben. Ich habe den Teil gelesen, der dort auf der Personalversammlung vorgetragen wurde. Ich habe den Teil gelesen, der mir zugänglich ist, der auf der Personalversammlung vorgetragen worden ist, und der spricht eine eindeutige Sprache, über etwas, über das man nachdenken muss. Ich kritisiere Sie in diesem Moment überhaupt nicht.

(Zwischenruf Köckert, Innenminister:
Das sehe ich auch nicht so.)

Entschuldigung, dann nehme ich das zurück, ich würde gern darüber diskutieren, aber nicht an dieser Stelle und nicht heute und nicht zu diesem Thema. Ich wollte nur abheben auf das Gewaltmonopol des Staates und, ich glaube, wenn man "mehr UNO und weniger NATO" sagt, dann muss man auch sagen, wer auf dieser Welt das Gewaltmonopol dann ausübt und das können, glaube ich, nur die Blauhelme sein und das wird auch mit der Waffe in der Hand sein. Ich bin kein Pazifist, auch kein glühender, auch niemand, der glaubt, mit der Friedenstaube, die ich immer trage, irgendjemand auf der Welt davon zu überzeugen, dass er die Waffen wegtut. Er wird sie nicht wegtun, trotzdem symbolisiert für mich die Friedenstaube eine wehrhafte Weltgesellschaft, die aber nach verlässlichen Kriterien handeln muss, und da habe ich einige Anfragen an uns selber. Ich sage das als jemand, der mit seinen Söhnen am World Trade Center gewesen ist. Herr Althaus, Sie haben gefragt, was denn dieses Plakat von der PDS soll. Dieses Plakat ist ein Foto der amerikanischen Friedensbewegung und die Amerikaner sprechen Eng-

lich. Wir haben das Originalfoto als Plakat gedruckt als Zeichen der Nachdenklichkeit, dass auch in Amerika zurzeit Menschen nachdenken darüber, ob alle Antworten, die so schnell gegeben werden, die richtigen sind. Ja, es ist ein Verbrechen, was am 11. September passiert ist. Ich war sprachlos und fassungslos. Diese Vorstellung in einem Flugzeug zu sitzen, ich habe mir vorgestellt, ich sitze selber drin, und von - ja, nicht Hungerleidern, das waren keine Hungerleider, die vorn im Cockpit waren, das waren gut ausgebildete Leute, die in dieser Gesellschaft viel Geld hätten verdienen können. Es waren also keine Underdogs irgendwo, wie wir immer geglaubt haben, dass die aus irgendwelchen Not leidenden Ländern gekommen wären, hoch ausgebildete Menschen, gegen die wir wehrlos waren und das macht mir Angst, das macht mir in der Tat ganz persönlich Angst.

Mit meinen Söhnen habe ich am World Trade Center gestanden, zweimal, und mein Sohn rief sofort an, als er die Bilder im Fernsehen gesehen hat, er hat mich unterbrochen in der PDS-Klausur, weil er mit mir darüber reden wollte. Und er hat mir die Frage gestellt, was antwortet man darauf, weil, an dieser Stelle hätten wir genauso drinstehen können, wir hätten an dem Tag genauso drin sein können, deswegen fühle ich mich auch angegriffen. Ich habe ihm etwas geantwortet aus der Psychologie: "Eigentlich würde ich mir wünschen, die Welt hätte die Kraft einer paradoxen Intervention." Paradox heißt, etwas zu machen, was die, die das angezettelt haben, nicht erwarten. Die Logik militärischer Schläge, die haben sie erwartet und ein Hineingehen möglicherweise nach Afghanistan hat ein Bin Laden bewusst in Kauf genommen, weil ich glaube, er will es. Ich habe darüber nachgedacht, ob es möglich ist, dass die Weltgemeinschaft es schafft, dass Frieden im Nahen Osten zu Stande gebracht wird als Antwort auf das, was da geschehen ist, nicht, weil der Zustand im Nahen Osten Schuld daran ist an Bin Laden, das will ich ausdrücklich sagen, das ist er nicht, der benutzt es nur. Aber ich halte es auch für falsch, wenn Möllemann sich hinstellt und von Staatsterrorismus redet, wir aber gleichzeitig bei Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des Staates Israel nicht den Mut haben zu sagen, liebe Weltgemeinschaft schafft von allen Seiten her in Israel und in Palästina, in den palästinensischen Gebieten tausend gute Gründe, dass die Menschen ihr Leben nicht lassen, dass die Menschen etwas zu verteidigen haben, ihren eigenen Anspruch auf Leben. Das meinte ich mit paradoxer Intervention. Ich sage als jemand, der sehr gern sich in Amerika aufhält, ich stehe persönlich, und meine Fraktion hat es deutlich zum Ausdruck gebracht, uneingeschränkt auf der Seite des amerikanischen Volkes. Aber es muss doch erlaubt sein, Fragen an die US-Administration zu stellen, wenigstens ein paar Fragen zu stellen und ich habe eine. Wer hat Bin Laden trainiert? Wer hat die Taliban finanziert und ausgebildet? Solange es gegen die Sowjetunion ging, war das alles in Ordnung. Und sind die Staaten, mit denen jetzt im Moment nach der Logik, die Feinde unserer Feinde sind unsere Freunde, laufen wir da nicht Gefahr, in eine sehr gefährliche Spirale hinein-

zugeraten? Da frage ich dann schon, ob die Nordallianz jetzt zur Verteidigung der Menschenrechte geworden ist. Eben hat der Kollege Schwäblein ja darauf hingewiesen, wie mit Bildung, wie mit den Frauen in Afghanistan umgegangen wird. Geht die Nordallianz da besser mit den Menschen um? Sind die mehr an westlichen Normen orientiert? Ist es so, dass in Pakistan eine freiheitliche Demokratie herrscht? Ist Saudi-Arabien ein weltoffenes demokratisches, ja sogar an der westlichen Werteordnung orientiertes Land oder ist es die gemeinsame Allianz, die wir in der Tat brauchen, um gegen den Terror ein Netz zu knüpfen? Aber müssen wir da nicht akzeptieren, dass alle diese Länder, alle diese Staaten eine andere Werteordnung haben und andere Antworten geben, ob sie uns passen oder nicht in ihrer inneren Verfasstheit? Und von daher sage ich, ich glaube, wir kommen aus der Logik des Krieges nur raus und wir können es nur beantworten, wenn wir gleichzeitig, und ich habe mich bekannt eben zur UNO, zum Eingreifen auch mit Blauhelmen, aber ich sage, wenn gleichzeitig auf dieser Welt nicht nur der Terror bekämpft wird, sondern wenn auf dieser Welt auch der Hunger und die Not bekämpft wird, wenn wir uns gleichberechtigt und gleichengagiert Gedanken darüber machen, wie wir Antworten geben auf Zugang zu Wasser, zu Nahrung, zu Gesundheit, zu Bildung und zur Behausung. Ich glaube, es gibt viele Gründe, die wir den Menschen geben müssen, damit sie in ihrer Region sich nicht Sprengstoff unter die Jacke binden und andere in die Luft sprengen. Das Schlimme am Terror - und das ist uns am 11. September deutlich geworden - Terror trifft immer Unschuldige. Wer Häme hat und sagt, "das hat schon die Richtigen getroffen" oder "so was kommt von so was", mit solchen Menschen möchte ich nichts mehr zu tun haben und von denen grenze ich mich ganz scharf ab.

(Zwischenruf Abg. Panse, CDU: Das passt zu den Hass-Aufrufen von Dittes, reden Sie dazu!)

Ja, ich komme noch gleich dazu, ich drücke mich nicht davor, nein, ich drücke mich nicht davor.

Ich finde es anzumerken, dass wir einen Moment darüber nachdenken, wenn ein saudi-arabischer Prinz - so hat es heute Morgen die Nachrichtenagentur gemeldet - seine Anteilnahme an den Opfern in Washington und New York zum Ausdruck gebracht hat, wenn er dort hingefahren ist und seine Achtung vor den Toten darstellen will genau wie unser Ministerpräsident, genau wie der Bundeskanzler und andere, und wenn dieser Prinz 10 Mio. Dollar spenden will für die Opfer und wenn dann der Bürgermeister Giuliani sagt, diese Spende nehmen wir nicht an, weil er gleichzeitig - Herr Seela, Sie nicken - gesagt hat ...

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Das war's dann.)

Ich habe das gehört aus der Nachrichtenagentur, ich weiß nicht exakt, was er gesagt hat. Das, was in der Nachrichtenagentur gesagt wird, heißt, er sprach die USA-Regierung darauf an, ihre Haltung zu den Problemen in Nahost zu überdenken und das heißt auch, Druck zu machen, in Israel muss Frieden eintreten. Es muss ein Selbstbestimmungsrecht von Israel geben, aber es muss auch ein Existenzrecht der palästinensischen Menschen geben, die raus müssen aus den Gettos und den Lagern, sonst wird es immer weitergehen. Und ein Bin Laden nutzt das gnadenlos aus und rekrutiert daraus seine Menschen, die er dann in seinen Weltkampf schickt.

(Zwischenruf Köckert, Innenminister: Sie haben keine Ahnung, warum das in Israel so ist, wie es ist. Wer spricht wem das Existenzrecht ab?)

Ich habe ausdrücklich meine Position deutlich gemacht. Und ich fand es gut, dass der Ministerpräsident in Israel war und die Haltung deutlich zum Ausdruck gebracht hat. Ich bin selber Mitglied der Deutsch-israelischen Gesellschaft, aber ich wage auch darüber nachzudenken, ob die jetzigen Antworten, die aktuell, tagesaktuell gegeben werden, die richtigen sind. Ich glaube, sie sind nicht sehr auf Frieden ausgerichtet, auch das muss man doch sagen dürfen. Das ist doch keine Kritik an dem Staat Israel, sondern die Kritik, deswegen habe ich gesagt, dann verurteilen Sie doch in gleicher Schärfe Herrn Möllemann, der der israelischen Regierung Staatsterrorismus vorgeworfen hat. Das finde ich empörend, solch eine Formulierung, nur dann sagen Sie es doch auch mal.

Aber, letzte Bemerkung, zwei letzte Bemerkungen: Heiko Gentzel, heute ist 110. Jahrestag SPD-Parteitag. Die SPD als älteste demokratische Partei in Deutschland hat auf diesem Parteitag vor 110 Jahren auch den Spagat versucht zwischen marxistischer Vision und tagesaktueller Programmatik. Trotzdem ist die SPD in der Mehrzahl der Jahre ihrer Existenz ausgegrenzt worden, verdächtigt worden als vaterlandsloses Gesindel. Bitte, tut uns den Gefallen, dass wir uns nicht gegenseitig ausgrenzen und das absprechen, dass man sich Gedanken macht darüber und dass nicht jede Antwort die richtige Antwort oder die allein glücklichmachende ist.

Eine Bemerkung will ich noch machen. Herr Panse, Sie haben Recht, ich bleibe konsequent. Seit 15 Jahren trage ich diese gelbe Hand vom Kirchentag, das ist die gelbe Hand gegen Rassismus, ursprünglich von den Gewerkschaften, kommt aus Frankreich. Auf dieser steht "Gegen Hass und Gewalt". Die trage ich seit 15 Jahren, meine Kinder kennen mich nicht anders. Diese Hand ist es, die mich deutlich von Herrn Dittes trennt und warum ich Herrn Dittes aufgefordert habe, endlich deutliche Worte selber zu finden. Und ich muss es an dieser Stelle sagen, aber das klären wir in unserer Fraktion, so quälend wie das die Presse und Sie alle mitbekommen, aber wir sind dabei, es zu klären, weil auch meine Anwesenheit in die-

sem hohen Haus davon abhängt, ob ich mich in der Fraktion wohl fühle, aufgehoben fühle und glaube, dass ich in der richtigen Fraktion sitze. Bis jetzt war ich der Meinung und deswegen verlange ich eine Antwort von Steffen Dittes, aber nicht im Sinne von Osama Bin Laden, also, der Versuch gerade, der hier gemacht worden ist, das umzuinterpretieren, wie es gestern hier im Raum gestanden hat. Ich glaube, es ist auch falsch, wenn wir uns auf eine Logik einlassen nach dem Motto "Wer Hass sät, wird Schwäblein ernten".

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Dr. Botz, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Dr. Botz, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet in Absprache mit meiner Fraktion, um doch in aller Kürze, auch wenn mir das nach den letzten Redebeiträgen etwas schwer fällt, auf die hier vorliegenden Anträge einzugehen. Ich möchte das wirklich in aller Kürze bezüglich des Antrags tun, den wir gemeinsam mit der CDU hier vorgelegt haben. Alles, was dazu zu sagen ist, ist in unseren Redebeiträgen, vor allen Dingen von Herrn Gentzel und Frau Pelke, gesagt worden. Ich möchte nur von meiner Seite eine Ergänzung inhaltlich einbringen. Der Punkt 6 dieses Entschließungsantrags, den halten wir für einen sehr relevanten und dieser Punkt 6 hat einen Unterabsatz, der, ohne dass ich ihn jetzt hier sicher noch mal voll zitieren muss, unserer Auffassung nach aber ein sehr wichtiger Teil des Entschließungsantrags ist. Ich möchte hier nur im Namen meiner Fraktion zum Ausdruck bringen, dass wir hinsichtlich dieses umfassenden Konzepts für politisch-diplomatische, humanitäre, aber auch wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen Erwartungen an unseren Freund und Partner, die USA, zum Ausdruck bringen hinsichtlich einer langfristig, dauerhaften, nachhaltigen Politik in Zukunft in diese Richtung. Denn es ist kein Geheimnis und, ich glaube, dieser Erkenntnisprozess hat auch in den USA in den letzten vier Wochen gegriffen - ich glaube, das sagen zu können -, dass das eine oder andere, was die Vereinigten Staaten von Amerika in den letzten 50 Jahren des vergangenen Jahrhunderts global als Akteure getan haben - ich rede nicht von allem, was die USA getan haben, ich rede von einigem -, nicht dazu beigetragen hat, alle Probleme, vor denen wir heute stehen, die wir heute hier diskutieren, positiv voranzubringen. Deswegen, weil dieser Erkenntnisprozess in den USA greift, bringen wir hiermit auch unsere Hoffnung zum Ausdruck, dass dies in der Tat eine Wende auch in die Richtung ist, diese Dinge zu verstetigen und nicht nur jetzt zeitlich befristet so vorzunehmen. Aber damit ist schon alles an Ergänzendem gesagt. Wir stimmen natürlich diesem von uns mit eingebrachten Antrag zu.

Nun aber noch einige Worte, meine verehrten Kollegen von der PDS, und ich bitte Sie, ich weiß, dass Sie das tun werden, aber auch wirklich das auch sehr ernst zu nehmen, zu Ihrem Antrag. Es gibt Teile Ihres Antrags, denen man zustimmen kann, die Sie im Übrigen genauso auch in dem vorliegenden Antrag der CDU und SPD finden. Um das ganz kurz zu umreißen, das sind die Punkte 1, 2, 6 und 7 auf jeden Fall. Und ich möchte aber auch in aller Kürze zu den anderen Punkten noch einmal darauf hinweisen, warum es uns dieses Mal hier nicht möglich ist, was uns auch nicht leicht fällt, einigen Mitgliedern der Fraktion auf jeden Fall, aber hier nicht zustimmen zu können. Das müssen wir Ihnen aber heute hier in aller Deutlichkeit sagen. Der Punkt 3 ist insofern so nicht zu akzeptieren, weil er erstens davon ausgeht, dass die UN über repressive Möglichkeiten der Eindämmung verfügt. Es ist eine bittere Erfahrung der Geschichte, auch der jüngeren Geschichte, dass sie leider nicht ausreichend darüber verfügt. Sie wissen das auch. Und zweitens könnte dieser Absatz nur akzeptiert werden, wenn Sie der Wahrheit gerecht werden würden und sicher zu Ihrer Überraschung, zur Überraschung auch sicher des einen oder anderen, eben deshalb, weil die USA umgedacht haben und glaubwürdig mit ihren Partnern jetzt etwas unternehmen, hat die UN sicher zur Überraschung von Teilen der Weltöffentlichkeit diesen bitteren Maßnahmen zugestimmt. Das würde zumindest in diesen Absatz hineingehören.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Zu Ihrem Punkt 4, das muss ich Ihnen sagen, da möchte ich eigentlich nur hoffen, dass es der heißen Nadel geschuldet ist und nicht einem anderen Ansatz. Also, meine Damen und Herren, dem ersten Satz kann man zustimmen, wenn ein Wort zugefügt würde, das findet sich aber in dem CDU/SPD-Antrag, dass eben nicht allein durch militärische Maßnahmen sich Terrorismus bezwingen lässt. Wenn Sie das "allein" zugefügt hätten, würden Sie sich auch im anderen Antrag wieder finden. Aber dann kommt es und das geht so nicht, verehrte Kollegen dieses hohen Hauses, das geht so nicht. Sie können hier nicht schreiben: "Der Thüringer Landtag lehnt Kriegshandlungen" und dann "..., militärische Racheakte und Vergeltungsaktionen ab." Das ist hoffentlich ein Fehler, der Ihnen unterlaufen ist, hoffentlich. Aber jegliche Kriegshandlung, die ja letzten Endes auf Ihrem Parteitag am Wochenende von Herrn Gysi sogar - nur eben ausgedrückt als polizeiliche Maßnahme - als militärische Handlung ja auch akzeptiert wurde, dann im Nachhinein aber in eine Kette von Rache- und Vergeltungsaktionen einzubeziehen, wo eindeutig auf der Hand liegt, meine Damen und Herren, dass es sich hier nicht um Rache- und Vergeltungsakte handelt. Das halte ich hoffentlich für einen Fehler, aber für den wesentlichen Hauptgrund, weshalb wir einem solchen Entschließungsantrag nicht zustimmen können.

Und dann möchte ich noch zum Punkt 5 kommen, nur noch mal anreißen, meine Damen und Herren. Sie sprechen von zivilen Antworten, Sie bleiben die Frage schul-

dig, welche zivilen Antworten. Man darf aber diese Fragen nicht offen lassen. Das ist hier ausgeführt worden. Ich möchte das im Namen meiner Fraktion noch mal insgesamt zum Ausdruck bringen. Sie machen es sich nicht leicht - darauf gehe ich noch mal ein -, aber als politische Gruppierung in diesem Haus machen Sie es sich zu leicht, indem Sie diese Fragen eben nicht beantworten. Was sind zivile Antworten? Und Sie machen es sich auch zu leicht, indem Sie weiterhin hier im Punkt 5 schreiben: "Dazu gehört neben der Verfolgung und Ergreifung der Verantwortlichen ...", ja, aber meine Damen und Herren, wie denn? Wie denn soll man solche Leute ergreifen, wie denn?

Auf den letzten Redebeitrag von Ihnen und auch von anderen Kollegen, Herr Buse, Sie sind auch darauf eingegangen, es ist ein Irrtum zu glauben, dass diejenigen, die sich das ausgedacht haben, was am 11. September passiert ist, die minderbemittelten und die bemitleidenswerten Notleidenden der Dritten Welt sind. Es sind Multimillionäre, die ganz einfach im Kopf nicht mehr ganz richtig sind.

(Beifall Abg. Carius, CDU)

Und als Mann möchte ich das hier auch mal untersetzen - das hat die Öffentlichkeit überhaupt noch nicht ausreichend mitbekommen -, eine der Hauptmotivationen dieser Leute, und es ist nicht nur ein Mann, es ist die Führungsgruppe dieser Leute, eine Hauptmotivation, weshalb sie so emotional gegen die Amerikaner sind, ist schlicht und einfach die Tatsache, dass sie es nicht ertragen wollen als Machos, als Männer, dass amerikanische Frauen in Uniform zurzeit in Teilen der Dritten Welt und in arabischen Ländern Dienst tun, einen Dienst, den wir aber auch als Demokraten in Europa als einen notwendigen Dienst ansehen.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Hier gibt es auch noch ganz andere Momente, die Sie wahrscheinlich noch nicht voll politisch in Ihrer Gesamtheit überblicken.

Und dann, meine Damen und Herren, möchte ich hier abschließend abfordern, als einzelne Abgeordnete, als solche ergreifen Sie hier auch immer wieder das Wort, das beginnt mit Ihrem Fraktionsvorsitzenden und mit den letzten Redebeiträgen. Ich fordere Sie hier als Mitglied dieses Hauses in aller Freundschaft und Kollegialität auf, überlegen Sie gut, ob Sie nicht doch dem vorliegenden Antrag der anderen beiden Fraktionen zustimmen, weil Sie eigentlich in der Sache mehrheitlich auch zustimmen können. Dazu möchte ich Sie hier auffordern.

Eine letzte Bemerkung und das ist auch eine persönliche Bemerkung: Ich versuche, das so ruhig wie möglich zu machen, es fällt mir schwer. Ich habe nämlich auch einige erlebt in dieser Funktion als Europaabgeordneter, als die Kriege in Bosnien und im Kosovo vor allen Dingen

losgingen. Sie wissen, was ich meine, wenn ich Ihnen sage, dass ich schwere Augenblicke und Stunden durchgemacht habe - die waren die schwersten dieser kurzen politischen Laufbahn -, als Männer und Frauen wie ich, nur weil sie dem Einsatz von Blauhelmsoldaten und auch dem Einsatz deutscher Soldaten in Bosnien, im Kosovo zugestimmt haben, als Kriegsverbrecher bezeichnet wurden. Wenn das Wort "diffamieren" heute hier in den Mund genommen wird, meine Damen und Herren, auch auf Ihrer Seite, die Diffamierung hat an dieser Stelle begonnen. Wir haben vielleicht nicht ganz so viel Zeit an diesen Rednerpulten bisher genutzt, um die inneren menschlichen und geistigen Qualen, die wir auch durchgemacht haben als Demokraten, ich sage ausdrücklich als Demokraten für alle, die hier in diesen Stuhlreihen sitzen, bevor wir solchen Entscheidungen zugestimmt haben, schwersten Herzens. Frau Klaubert, ich möchte es in einem Satz gipfeln lassen und ich sage es höflich, es ist nicht aggressiv gemeint: Sie haben weder ein Monopol noch einen Alleinvertretungsanspruch auf Gewissen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, PDS: Da stimme ich Ihnen zu.)

Das haben Sie nicht. Sie versuchen, das hier immer wieder indirekt zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Was wir tun als Demokraten in dieser Stunde für Thüringen, für Deutschland, für Europa und für diese Welt zu verantworten glauben zu müssen, tun wir als Ergebnis einer Gewissensentscheidung.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter von der Krone, bitte, Sie haben das Wort.

Abgeordneter von der Krone, CDU:

Werte Frau Präsidentin, werte Damen und Herren, der zeitlich größte Block des PDS-Parteitags beschäftigte sich mit dem Thema "Frieden", das erst nach den Terroranschlägen auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Unabhängig von der Debatte und dem Beschluss des Friedensappells muss hier noch mal an den Münsteraner Parteitag im April 2000 erinnert werden, auf dem bereits eine intensive friedenspolitische Debatte geführt wurde. Auf dem Münsteraner Parteitag fand der Antrag des Parteivorstands, dass die PDS im Ausnahmefall den Stopp eines Völkermords oder einer Aggression mit militärischen Mitteln durch den UN-Sicherheitsrat hinnehmen oder akzeptieren könne, keine Zustimmung. Politisch hat sich die PDS schon 2000 vom außenpolitischen Konsens der demokratischen Parteien entfernt. Dies wiederholte sie jetzt auch auf dem Parteitag in Dresden. Während der Münsteraner

Parteitag als Niederlage der Reformer gewertet wurde, die sich das Recht auf individuelle Prüfung der Notwendigkeit militärischer Interventionen vorbehalten wollten und schließlich im Rücktritt von Bisky und Gysi mündete, gab es keine Gegenposition der Reformer gegen den Friedensappell, der den Münsteraner Beschluss im Kern wiederholte. Dies spricht dafür, dass der innerparteiliche Konsens jetzt im Hinblick auf die Berliner und die Bundestagswahl für wichtiger erachtet wird als eine realitäts- und politiktaugliche Positionierung der PDS. Zudem braucht Frau Zimmer Erfolge, die ihr ramponiertes Image aufpolieren.

Mit einem utopistischen friedenspolitischen Appell verabschiedet sich die PDS vom Konsens der deutschen demokratischen politischen Parteien und der westlichen Welt zu den Fragen der inneren und äußeren Sicherheit. Die PDS wendet sich gegen militärische Mittel zur Bekämpfung des Terrorismus. Zwar gesteht sie zu, dass die Verantwortlichen ermittelt und verurteilt werden, aber Politik hat nicht Rache zu nehmen. Zudem schweben der PDS juristische Verurteilungen vor einem internationalen Gerichtshof vor. In dem friedenspolitischen Appell der PDS folgt die PDS ihren traditionellen Paradigmen. Antiamerikanische Ressentiments, die der antikapitalistischen Grundlogik der PDS geschuldet sind, führen dazu, dass die PDS zwar den Terrorismus klar ablehnt, indirekt jedoch der westlichen Welt die Schuld für die Existenz des Terrorismus zuschreibt.

Die PDS lässt sich höchstens zu einer kritischen Solidarität mit den USA hinreißen und Sarah Wagenknecht verweigert jede Solidarität.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Da muss man nachlesen.)

Die alten Antagonismen - Sozialismus als weltweiter Garant für den Frieden, Gerechtigkeit im Kapitalismus, der die Krisen der Welt, inklusive von Krieg, erst hervorbringt - prägen die Debatten um die Friedenspolitik. Die PDS griff zwar den Landesverband Hamburg massiv an in einer Erklärung "So was kommt von so was", ein gewisses Grundverständnis für die Terroranschläge nicht verhehlen kann - und hier, Herr Ramelow, sollten Sie Ihre Konsequenz wirklich ziehen -, doch gleichzeitig wies Gabriele Zimmer in ihrer Rede darauf hin, dass es schreiende Ungerechtigkeiten gäbe, die von den Hauptländern des Kapitalismus allzu lange gefördert wurden. Als Alternative zu militärischen Mitteln bietet die PDS an, dass die Ablehnung imperialistischer Ansprüche mit konstruktiven Programmen für die Überwindung des Elends in der Welt, für ein menschenwürdiges Leben überall auf der Erde, für Solidarität mit den Armen verbunden werden. Dementsprechend spricht sich Zimmer für einen zivilen Krieg aus. Zudem beinhaltet der Appell eine völlig unrealistische Forderung und Utopien. Wenn die PDS ein internationales Regelwerk fordert, das Terrorismus eindeutig definiert sowie weltweit ächtet und auf die Verabschiedung einer umfassenden Terrorkonvention besteht,

stellt sich schon die Frage, ob mit Papier Terrorismus bekämpft werden kann. Interessant sind auch die Annäherungen der PDS an das Thema "innere Sicherheit". Die PDS spricht sich gegen Maßnahmen, wie weniger Datenschutz, erschwerte Zuwanderung, mehr Überwachung aus, da diese die Probleme der Kriminalität, Gewalt und Terror nicht lösen würden. Allerdings nimmt sie hier nicht die konsequente Haltung einer Bürgerrechtspartei ein, die das Individuum möglichst stark vor Maßnahmen des Staates stützt. Das Bankgeheimnis kann nach Ansicht der PDS bei begründetem Verdacht nämlich durchaus aufgehoben werden. Hier schlägt nicht nur das antikapitalistische Grundmuster eindeutig ein.

(Beifall und Heiterkeit bei der PDS)

Antikapitalismus verhindert sogar, dass die PDS dessen Widerspruch erkennt. Die Bekämpfung des Terrorismus soll, wie es Gysi auf den Punkt brachte, mit den Mitteln der Entwicklungshilfe und den Etablierungen internationaler Wohlfahrt erreicht werden. Im Friedensappell lautet die entsprechende Passage: "Deutschland und Europa sollten sich für einen Interessenausgleich von Nord und Süd, Ost und West, Arm und Reich, für Umverteilung internationaler Zusammenarbeit arrangieren." Dazu gehört die Regulierung der Finanzmärkte, Armutsbekämpfung, Förderung sozialer zivilgerechter Entwicklung, ökologische Umsteuerung. Damit spricht die PDS für eine globale Ebene langfristige Ziele an. In einer unmittelbaren zeitlichen Perspektive bietet die PDS keine Lösungsvorschläge. Wenn dies auch nicht eindeutig formuliert ist, ist die Position der PDS zum Frieden klar. Nur der Sozialismus beseitigt die Zerstörungslogik des Kapitalismus. Man muss nur den Sozialismus weltweit errichten und schon ist der Frieden gesichert.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Althaus, Sie haben noch einmal das Wort. Bitte schön.

Abgeordneter Althaus, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren. Nur ein kurzes Wort, drei Stichworte, weil Frau Klaubert auch mich direkt angesprochen hat und meine Fraktion mit einem sehr mit Pathos ausgestatteten Wortgeklingel, ich fand es auch übertrieben moralisierend. Ich analysiere die PDS lieber an dem, was sie aufschreibt und wie sie handelt

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Zu DDR-Zeiten hatten Sie doch einen Orden für GST-Unterricht gekriegt oder irre ich?)

und nicht mit welchem Pathos Sie hier, Herr Ramelow, ihre persönliche Auffassung darstellen, ist für mich ent-

scheidend.

(Beifall bei der CDU)

(Unruhe bei der PDS)

Ihre Bemühungen, die Sie hier darstellen wollten, dass die PDS sich für eine Friedensordnung einsetzt, die kann ich nicht nachvollziehen. Wenn Sie die Rede Ihrer Bundesvorsitzenden noch einmal nachlesen, werden Sie genau zu dem Punkt, den ich angesprochen habe, nämlich zur Frage der Globalisierung und der Einstellung zur Globalisierung feststellen, dass hier tiefste Klassenkampfrhetorik angesagt und auch deutlich ausgedrückt worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Der zweite Problemkreis, der Ihnen auch immer wieder Beschwerneis macht, wenn wir sagen: Sie stehen nicht vollständig auf dem Boden des Grundgesetzes, dann tun Sie doch etwas dagegen. Dann verabschieden Sie sich doch von der Kommunistischen Plattform, vom Marxistischen Forum und von Leuten wie Dittes, die Linksextreme unterstützen.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Dass die PDS keine zweifelsfrei demokratische Partei ist, sagt nicht nur die CDU-Landtagsfraktion, sondern das sagen die Verfassungsschützer in Deutschland und demzufolge glaube ich auch, dass es gut ist, dass die Verfassungsschützer in Deutschland Sie weiter in diesem Sinne beobachten.

(Beifall bei der CDU)

Der dritte Punkt: Sie bemängeln, dass der Antrag nicht mit Ihnen besprochen, Ihnen nicht die Gelegenheit gegeben worden ist, möglicherweise einen Antrag im Konsens zu erarbeiten. Es gibt an dieser Stelle keinen Konsens. Zwischen uns liegt ein tiefer Graben. Sie wollen keine militärischen Antworten auf den terroristischen Anschlag akzeptieren. Wir akzeptieren, dass dieser terroristische Anschlag auch eine militärische Antwort braucht, natürlich auch eine humanistische, das heißt kulturelle und politische Antwort, aber zuallererst eine militärische Antwort. Der Terrorismus muss überzeugend bekämpft und an der Basis zerstört werden. Da liegen zwischen uns Welten und deshalb gibt es überhaupt keinen Grund, mit Ihnen gemeinsam einen Antrag auszuarbeiten. Sie könnten sich unserem Antrag anschließen, dann würden Sie beweisen, dass Ihre Worthetorik auch eine Tat zur Konsequenz hat. Da Sie dies nicht tun, bleiben wir bei unserem Antrag, die Mehrheit in diesem Haus hat eine ganz klare Aussage sowohl im Blick auf die militärischen Aktionen als auch im Blick auf die weiteren Schritte hier dargestellt. Wir hoffen, dass die klare Antwort auch am Ende zur wirkungsvollen Politik gegen den Terrorismus

beiträgt und die PDS, so hoffe ich, wird sich endlich aus ihrer Sackgasse heraus entwickeln und begreifen, dass ihre Vorstellungen von Gesellschaft, gekleidet in einen Pazifismus, der nun wirklich mit nichts begründet werden kann, dass diese Vorstellungen in der Welt nicht zum Frieden beitragen, sondern zur Trennung.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor, so dass ich die Aussprache schließen kann und wir kommen zunächst zur Feststellung darüber, ob das Berichtersuchen zum Antrag in Drucksache 3/1849 erfüllt ist. Gibt es Widerspruch? Es gibt keinen Widerspruch, dann ist das so festgestellt und wir kommen zur Abstimmung, zunächst über den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD in Drucksache 3/1886. Ausschussüberweisung ist nicht beantragt worden, so stimmen wir direkt über den Antrag ab. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Bei einigen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen ist der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 3/1887, aber nur so weit, wie sich die Punkte noch nicht erledigt haben durch die Annahme des Antrags von SPD und CDU. Wer also für den Antrag votieren will, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Dieser Antrag ist mit einer sehr großen Mehrheit abgelehnt.

Wir schließen jetzt den Tagesordnungspunkt 13 bzw. den Tagesordnungspunkt Regierungserklärung und ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17**

Fragestunde

Als erster Fragesteller hat Herr Abgeordneter Carius eine Frage zu stellen. Bitte schön, Herr Abgeordneter. Ich glaube, jetzt können Sie beginnen, sonst warten Sie hier ewig, bis Ruhe eintritt.

Abgeordneter Carius, CDU:

Konzept für den Schulnetzplan der Berufsschulen

An den Berufsschulen im Freistaat kursiert seit einigen Wochen ein Konzept für den Schulnetzplan der Berufsschulen. Ziel dieses Plans ist es, angesichts der sinkenden Schülerzahlen eine berufsbezogene Neuordnung der Berufsschulen zumindest vorzubereiten. Dieses Konzept ist von einem Schulamt entwickelt worden und sorgt für einige Unruhe unter den Kollegien an den Berufsschulen.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Ist der Landesregierung dieses Konzept bekannt?
2. Wer hat den Auftrag für die Erstellung eines solchen Schulnetzplans gegeben?
3. Welche Meinung bezieht die Landesregierung zu diesem Schulnetzplan?
4. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass mit einem solchen Konzept regionalwirtschaftliche Interessen der Berufsausbildung hinreichend berücksichtigt werden?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Bevor Herr Minister Krapp die Antwort gibt, möchte ich Sie noch einmal herzlich bitten, Ruhe einkehren zu lassen, damit man die Redner hier auch verstehen kann. Bitte schön, Herr Minister.

Dr. Krapp, Kultusminister:

Vielen Dank. Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Carius beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Die Fragen 1, 2 und 3 fasse ich zusammen. Im Ergebnis dreier regionaler Beratungen der Schulträger der Staatlichen Schulämter und der zuständigen Kammern zum Schulnetz 2001/2002 im Februar dieses Jahres werden regional abgestimmte Entwürfe für ein zukünftiges Schulnetz erarbeitet, das auch die zurückgehenden Schülerzahlen berücksichtigt. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen.

Zu Frage 4: Um die regionalwirtschaftlichen Entwicklungen im Kammerbezirk der Handwerkskammern sowie der Industrie- und Handelskammern angemessen zu berücksichtigen, nehmen an den Regionalkonferenzen zum Schulnetz die Schulträger, das Kultusministerium, die Staatlichen Schulämter sowie die zuständigen Kammern teil. Diese Konferenzen haben sich bewährt.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Gibt es Nachfragen? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur nächsten Frage in Drucksache 3/1852 des Abgeordneten Gerstenberger. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Projektbüro ESF Thüringen

Einem zur "Landesarbeitsmarktkonferenz" am 24. September verteilten Informationsmaterial war zu entnehmen, dass die Kommunalentwicklung LEG GmbH in Erfurt ein "Projektbüro ESF Thüringen" eröffnet hat. Nach Anga-

ben dieses Materials nimmt die Kommunalentwicklung LEG GmbH seit "Mitte 2001" die technische Hilfe zur Umsetzung des Europäischen Sozialfonds (ESF) im Rahmen des 3. Operationellen Programms in Thüringen wahr.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Anträge für wie viele Förderfälle sind bis zum 30. September im Projektbüro ESF Thüringen eingegangen?

2. Wie viele Anträge für wie viele Förderfälle sind bis zum 30. September vom Projektbüro ESF Thüringen bearbeitet worden?

3. Wie viele Beratungen zum ESF sind bis zum 30. September vom Projektbüro ESF Thüringen durchgeführt worden?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Minister Schuster, bitte schön.

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Frau Präsidentin, namens der Landesregierung beantworte ich die Fragen von Herrn Gerstenberger wie folgt:

Zu Frage 1: Bis zum 30. September sind insgesamt 281 Anträge bei der Kommunalentwicklung LEG eingegangen.

Zu Frage 2: Die Antragsprüfung ist seitens der Kommunalentwicklung LEG für 30 Maßnahmen abgeschlossen. In der Antragsprüfung befinden sich 143 Anträge. Davon stehen 27 unmittelbar vor der Bewilligung und die anderen haben sich aus verschiedenen Gründen verzögert.

Zu Frage 3: Die Kommunalentwicklung LEG hat insgesamt 220 Beratungsgespräche mit Bildungseinrichtungen wahrgenommen.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Vielen Dank, Herr Minister. Ich sehe keine Nachfragen. Damit kommen wir zur nächsten Frage in Drucksache 3/1858, eine Anfrage des Abgeordneten Lippmann. Bitte schön.

Abgeordneter Lippmann, SPD:

Eingreiftruppe im Thüringer Wirtschaftsministerium

Einem Zeitungsbericht der Thüringer Allgemeinen vom 21. August 2001 folgend, plant der Wirtschaftsminister anlässlich der Entscheidung des Automobilherstellers BMW, eine Produktionsstätte in Sachsen zu errichten, eine Eingreiftruppe in seinem Hause zu installieren.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Ziele verfolgt das Wirtschaftsministerium mit der Bildung dieser derartigen Eingreiftruppe?

2. Wann soll die Arbeit der Eingreiftruppe beginnen?

3. Wie viele Personen umfasst diese Eingreiftruppe?

4. Wann wird mit den ersten Ergebnissen der Tätigkeit dieser Eingreiftruppe zu rechnen sein?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Minister Schuster, bitte schön.

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Frau Präsidentin, namens der Landesregierung beantworte ich die Fragen von Herrn Lippmann wie folgt:

Zu Frage 1: Der von Herrn Lippmann zitierte Zeitungsbericht beruht nicht auf Aussagen des Wirtschaftsministeriums. Wie bereits in einer Stellungnahme gegenüber dpa dargestellt, plant die Landesregierung nicht die Bildung einer so genannten Eingreiftruppe. Vielmehr gibt es bei größeren Investitionsvorhaben seit langem Arbeitsgruppen, die bei der Vorbereitung einer Ansiedlung gebildet werden. Mitglieder in diesen Arbeitsgruppen sind das Wirtschaftsministerium, die LEG, die Aufbaubank, die Arbeitsverwaltung und je nach Thematik und Problemlage weitere Institutionen, z.B. das Landesverwaltungsamt. Bei so genannten Sanierungsaktionen gibt es wieder andere Regelungen. Auch hier werden Arbeitsgruppen gebildet, die allerdings anders zusammengesetzt werden müssen. Hier kommt es darauf an, die Hausbanken, Wirtschaftsprüfer, Unternehmensvertreter und Betriebsräte zu beteiligen. Es gibt also bereits ein Instrumentarium, das flexibel auf den jeweiligen Fall angewandt wird und sich bisher bewährt hat.

Die Fragen 2, 3 und 4 erübrigen sich damit.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Gibt es Nachfragen? Ja, es gibt ganz offensichtlich eine Nachfrage. Bitte, Herr Abgeordneter Lippmann.

Abgeordneter Lippmann, SPD:

Herr Minister, ich hatte schon einmal in einer Mündlichen Anfrage das gleiche Thema angesprochen, das war in der letzten oder vorletzten Plenarsitzung. Da hatten Sie, wenn ich mich recht entsinne, ich habe die Antwort nicht da, gesagt, es müsse dann auch in diesem Zusammenhang wohl definiert mit den örtlichen Organen gesprochen werden, also mit den kommunalen. Geschieht dieses oder ist dies bereits schon mit welchen Ergebnis-

sen geschehen?

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Dies geschieht bereits in vielen Fällen. Das Ergebnis war jeweils das, dass es gelungen ist, zu einem einheitlichen Vorgehen und zu gemeinsamen Lösungen durchzustoßen. Man könnte dies an verschiedenen Beispielen demonstrieren, z.B. an dem Thema "Kölleda".

Vizepräsidentin Ellenberger:

Danke, Herr Minister. Ich sehe keine weiteren Nachfragen. Wir kommen zur nächsten Frage in Drucksache 3/1859. Bitte, Frau Abgeordnete Vopel.

Abgeordnete Vopel, CDU:

Umsetzung der Gemeinschaftsinitiative EQUAL in Deutschland

Die Gemeinschaftsinitiative EQUAL zielt auf die Bekämpfung von Diskriminierungen und Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt. Für Deutschland stehen bis zum Jahr 2006 rund 500 Mio. Euro aus dem Europäischen Sozialfonds zur Verfügung, welche durch nationale Kofinanzierung nahezu verdoppelt werden sollen. Ursprünglich wurde für den Start der Projekte der Herbst 2001 angepeilt, was sich jedoch mehrfach verzögert hat.

Ich frage die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen kam es zu Verzögerungen beim geplanten Ablauf von EQUAL?
2. Wurden die für das Antragsverfahren ausgewählten Interessenbekundungen bereits abgestimmt?
3. Wenn ja, wie viele Thüringer Interessenbekundungen wurden hierbei berücksichtigt?
4. Wann ist mit dem Beginn der Aktion 1 der Gemeinschaftsinitiative zu rechnen?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Bitte, Herr Minister Schuster.

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, namens der Landesregierung beantworte ich die Fragen von Frau Vopel wie folgt:

Zu Frage 1: Bei EQUAL handelt es sich um eine Gemeinschaftsinitiative, die federführend vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung umgesetzt wird.

Dem TMWAI wurde mitgeteilt, dass während der Sitzung der ESF-Referenten am 6. Februar 2001 in Brüssel der November 2001 als gemeinschaftsweiter Beginn der Aktion 1 festgelegt wurde. Bei allen anderen Terminen bestand bis dahin nationaler Spielraum. Es hat sich dann allerdings gezeigt, dass das Interessenbekundungsverfahren zu vielen Interessenbekundungen geführt hat. 403 Interessen wurden bisher begründet. Diese Zahl hat dazu geführt, dass der ursprünglich angedachte Beginn wieder verschoben wurde.

Zu Frage 2: Die für das Antragsverfahren ausgewählten Interessenbekundungen wurden bereits zwischen Bund und Ländern im Rahmen der Begleitausschuss-Sitzungen am 2. Oktober 2001 abgestimmt.

Zu Frage 3: Fünf Thüringer Interessenbekundungen fanden hierbei Berücksichtigung.

Zu Frage 4: Der Beginn der Aktion 1 der Gemeinschaftsinitiative wurde vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung auf den 1. Januar 2002 festgelegt.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Es gibt eine Nachfrage. Bitte, Frau Abgeordnete Vopel.

Abgeordnete Vopel, CDU:

Herr Minister, ich weiß nicht, ob Sie es mir hier beantworten können. Fünf Interessenbekundungen sind bestätigt worden, wie viel sind von Thüringen eingereicht worden?

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Ich kann Ihnen nicht die genaue Zahl nennen, aber es waren natürlich wesentlich mehr.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Gibt es weitere Nachfragen? Ja, es gibt noch eine. Bitte, Herr Abgeordneter Gerstenberger.

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Herr Minister, lässt sich schon sagen, welche Kofinanzierungsanteile sich aus der Finanzierung, der Kofinanzierung dieser fünf Interessen für das Land bzw. für den Landeshaushalt ergeben und ob diese schon im Haushalt eingestellt sind?

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Das kann ich Ihnen jetzt nicht beantworten, aber ich kann es vielleicht schriftlich tun.

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Aber die Nachfrage lässt sich beantworten, sind nicht im Haushalt drin bisher?

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Sie sind bei uns nicht im Haushalt, da es eine Gemeinschaftsinitiative der EU ist und wir veranschlagen keine EU-Gemeinschaftsinitiativen.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Ich sehe keine weiteren Nachfragen. Danke, Herr Minister. Wir kommen zur nächsten Frage der Abgeordneten Frau Bechthum in Drucksache 3/1866, bitte, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Bechthum, SPD:

"Audit Beruf und Familie" in der Landesregierung

Das Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit erhielt in diesem Jahr das Grundzertifikat des "Audits Beruf und Familie".

Ich frage die Landesregierung:

1. Gibt es weitere Ministerien und oberste Landesbehörden, die sich einer solchen Untersuchung stellen bzw. stellen wollen?
2. Sind der Landesregierung andere in Thüringen ansässige Einrichtungen und Firmen bekannt, die sich dieser Untersuchung stellen?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Minister Pietzsch, bitte schön.

Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit:

Verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, sehr verehrte Frau Bechthum, als Erstes darf ich vielleicht sagen, dass ich stolz bin, dass das Sozialministerium dieses Audit hat. Es gibt übrigens nur zwei Ministerien in der Bundesrepublik, die das haben. Das ist das hessische Sozialministerium und das thüringische Sozialministerium.

Zu Ihrer Frage 1: Derzeit ist es nicht so, dass weitere Ministerien sich dieser Untersuchung gestellt haben. Mir ist aber bekannt, dass auch von weiteren Ministerien in Thüringen Nachfrage gehalten worden ist und dass Interesse besteht.

Zum 2.: Andere in Thüringen ansässige Einrichtungen - nein. Es sind insgesamt 14 ausgezeichnet worden oder zertifiziert worden, so muss man es genauer sagen. Es sind 2 Ministerien und 12 weitere Einrichtungen und Betriebe, in den gesamten neuen Bundesländern nur ein Reha-Zentrum in Lübben, weiter kein Betrieb.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Es gibt eine Nachfrage. Bitte, Frau Abgeordnete Bechthum.

Abgeordnete Bechthum, SPD:

Mich würde interessieren, waren denn irgendwelche finanzielle Aufwendungen durch Ihr Haus dafür erforderlich?

Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit:

Es kommt darauf an, wie man finanzielle Aufwendungen formuliert. Im Wesentlichen sind es organisatorische Aufwendungen, die dafür nötig sind, aber natürlich sind auch solche organisatorischen Aufwendungen unter Umständen mit finanziellen Aufwendungen verbunden.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Es gibt eine weitere Nachfrage.

Abgeordnete Bechthum, SPD:

Könnte denn Ihr Haus so als Vorreiter irgendwie einen gewissen Anreiz schaffen für die anderen Ministerien?

Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit:

Das hoffe ich doch. Und wenn sich andere Ministerien bei mir bereits erkundigt haben, spricht das dafür, dass das Ministerium eine gewisse Vorreiterschaft hat. In unserer letzten Zeitschrift "Thüringen sozial" haben wir dieses ja auch ausgewiesen. Das haben wir ja nicht nur ausgewiesen, um zu protzen und uns zu freuen, dass wir dieses Zertifikat haben, sondern eben auch, um damit ein Beispiel nicht nur für die Ministerien, sondern für die nachgeordneten Bereiche, aber auch für andere Unternehmen in Thüringen zu geben.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Ich sehe keine weiteren Nachfragen. Danke, Herr Minister. Wir kommen zur letzten Frage für heute, eine Frage der Frau Abgeordneten Thierbach in Drucksache 3/1839, bitte, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Thierbach, PDS:

Dritter Sozialbericht

Im Staatsanzeiger vom 30. Juli 2001 war die öffentliche Ausschreibung des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit für das Projekt "Erstellung des Dritten Sozialberichtes der Thüringer Landesregierung" veröffentlicht.

In der Ausschreibung wurde formuliert, dass alle Angebote bis zum 12. September 2001 an das oben genannte Ministerium zu richten seien. Des Weiteren ist zu lesen, dass eine Entscheidung über den Zuschlag für die Erstellung eines Dritten Sozialberichts innerhalb von vier Wochen erfolgt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Institutionen, Vereine oder Einzelpersonen haben sich um die Erstellung des Dritten Thüringer Sozialberichts beworben?
2. Welcher Bewerber hat seitens der Landesregierung den Zuschlag dieser Ausschreibung erhalten?
3. In Punkt 3.1. der Ausschreibung wurden Kriterien für den Inhalt des zu erarbeitenden Sozialberichts benannt. Welche inhaltlichen Schwerpunkte werden durch den Beauftragten zur Erstellung des Dritten Thüringer Sozialberichts entsprechend Ausschreibung gesetzt?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Bitte schön, Herr Minister Pietzsch.

Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist alles richtig, was geschrieben steht, wie Sie es vorgelesen haben. Auf die öffentliche Ausschreibung des Ministeriums vom 17. Juli 2001 zur Erstellung des Dritten Sozialberichts haben sich drei Bieter beworben. Die Zuschlagsfrist war auf vier Wochen anberaumt. Da die Zuschlagsfrist allerdings im Einvernehmen mit den Bewerbern verlängert worden ist, ist das Ausschreibungsverfahren noch nicht abgeschlossen. Eine öffentliche Bekanntgabe der Bieter ist daher derzeit nicht zulässig, um den Ablauf eines geordneten Vergabeverfahrens nicht zu gefährden. Ich bitte Sie, dieses zu respektieren.

Deswegen kann ich Ihnen zu Frage 2 auch im Augenblick noch nicht antworten.

Und zu Frage 3: Wegen der sehr unterschiedlichen Angebote, die wir bekommen haben, auch was die inhaltlichen Dinge angeht, was die Konzepte angeht, fällt es im Prinzip unter die gleiche Rubrik, wie die Frage nach den

Bewerbern. Das heißt, ich kann Ihnen im Augenblick dazu noch keine Auskunft geben, da es bei dieser Auftragserteilung eben nicht nur darum geht, wer das billigste Angebot gemacht hat, sondern wer das kostengünstigste Angebot gemacht hat. Das heißt auch, wer das beste Konzept hat, wer in seinem Angebotspaket uns das meiste bietet.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Es gibt eine Nachfrage. Bitte, Frau Abgeordnete Thierbach.

Abgeordnete Thierbach, PDS:

Wenn Sie eine Verlängerung im Einvernehmen mit den bisherigen Bietern der Ausschreibung vorgenommen haben, dann würde mich interessieren, bis wann diese Ausschreibung verlängert worden ist und als zweite Frage bitte gleich noch, wird sich die Verlängerung des Ausschreibens auf den Zeitraum, der zur Erstellung des Sozialberichts dann angegeben ist, auswirken?

Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit:

Frau Thierbach, das werden wir mit den Bietern zu besprechen haben. Da wir die Ausschreibungsfrist um etwa vierzehn Tage verlängert haben, wird das nicht der entscheidende Punkt sein, was die Abgabe nachher des Sozialberichts angeht.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Vielen Dank. Ich sehe keine weiteren Nachfragen. Damit ist die Fragestunde für heute erledigt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14**

**Die anstehenden europapolitischen Herausforderungen
Beratung der Großen Anfrage
der Fraktion der CDU und Antwort
der Landesregierung
- Drucksachen 3/1675/1825 -
auf Antrag der Fraktion
der CDU**

dazu: Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksache 3/1838 -

dazu: Thüringen - eine bürgernahe Region im Zentrum einer erweiterten Europäischen Union

Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 3/1878 -

Zunächst hat sich Herr Abgeordneter Koch zu Wort gemeldet. Entschuldigung, das habe ich jetzt übersehen. Gut, Herr Minister Gnauck, bitte schön, Sie haben das Wort als Erster.

Gnauck, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Vielen Dank. Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Europa ist gefordert! Die Diskussion am heutigen Tage hat es bereits deutlich gemacht. Die unfassbaren Terroranschläge in New York und Washington vom 11. September haben uns allen deutlich vor Augen geführt, wie fundamental die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sind. Angesichts der schrecklichen Ereignisse vor einem Monat wird uns um so stärker bewusst: Europa ist gefordert als Wertegemeinschaft und als Integrationsgemeinschaft, als politische und wirtschaftliche Einheit.

Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben in ihrer gemeinsamen Erklärung zu den Attentaten betont: "Dieser schreckliche Terroranschlag ist auch ein Anschlag auf uns alle und damit auf unsere weltoffenen, demokratischen, multikulturellen und toleranten Gesellschaften." Europa ist mehr als eine geografische Bezeichnung. Europa ist Synonym für eine demokratische, pluralistische und rechtsstaatliche Gesellschaftsordnung, für die Achtung und Einhaltung von Grund- und Menschenrechten, den Schutz von Minderheiten und für ein Modell einer sozialen, offenen und toleranten Gesellschaftsordnung. Die Anschläge haben uns deutlich vor Augen geführt, wir müssen täglich für diese Werte einstehen und sie verteidigen. Die Landesregierung stellt sich dieser Aufgabe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es war und es ist die Grundidee der europäischen Integrationspolitik, auf der Grundlage gemeinsamer Werte die Einigung des europäischen Kontinents zu erreichen, um Frieden und Wohlstand für alle Völker in Europa zu sichern. Das Projekt Europa bleibt eine stetige Herausforderung! Europa, das ist kein statisches Eliteprojekt. Europa ist ein dynamischer Prozess, Europa ist vor allem gelebter europäischer Alltag. Stillstand würde auch hier, wie in fast allen Lebensbereichen, Rückschritt bedeuten. Anstehenden Herausforderungen muss aktiv und auf allen Ebenen begegnet werden. Nur so kann die europäische Gesellschaft ihre am Grundsatz der Subsidiarität orientierte lenkende Rolle einnehmen. Die Weiterentwicklung der Europäischen Union ist deshalb von besonderer Bedeutung und bleibt Aufgabe aller Akteure auf allen Ebenen, angefangen bei der Bundesregierung, dem Bundestag, dem Bundesrat, den Landesregierungen und den Landtagen. Dabei sind verschiedene Aspekte zu beachten und miteinander zu vereinen. Die Erweiterung der Europäischen Union um ostmittel- und südosteuropäische Mitglieder; die Sicherung der Handlungsfähigkeit, der Entwicklungsfähigkeit und der Effizienz dieser erweiterten EU; die Finanzierbarkeit der EU mit einer gerechten Lastenverteilung unter den Mitgliedstaaten; die Transparenz und die demokratische Legitimation der Entscheidungen und der Institutionen; die Rücksichtnahme auf nationale und regionale Besonderheiten; die Subsidiarität und die klare Zuordnung der Verantwortlichkeit für politische Entscheidungen und schließlich die Ver-

mittlung europäischer Entscheidungen an den Bürger und die Zustimmung der Bürger für den Integrationsprozess.

Die Erweiterung der Europäischen Union um Staaten Ostmittel- und Südosteuropas ist wohl die größte Herausforderung, die sich die EU selbst gestellt hat. Die Aufnahme von 12 Kandidaten, die ein immenses Wohlstandsgefälle zu den heutigen EU-Mitgliedstaaten aufweisen, die an eine durch politische Instabilität gekennzeichnete Region angrenzen, deren politische Systeme nicht immer die gleiche Stabilität und Kontinuität aufweisen, wie dies innerhalb der EU bislang der Fall war, die Integration dieser Kandidaten ist eine enorme Aufgabe. Aber sie ist ohne Alternative und eine politische, wirtschaftliche, historische und kulturelle Notwendigkeit. Sie bietet die Chance zur langfristigen Garantie von Frieden, Freiheit, Demokratie und Wohlstand in ganz Europa und ist damit eine Investition in die Stabilität unseres Kontinents. Die Beitrittsverhandlungen machen gute Fortschritte. In diesem Jahr konnten in einigen schwierigen Verhandlungsfeldern wichtige Durchbrüche erreicht werden, z.B. im Bereich der Umweltpolitik, der Personenfreizügigkeit und des freien Kapitalverkehrs. Die insbesondere von der schwedischen Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2001 vorgelegte Dynamik ist die richtige Strategie, um den schwierigen Verhandlungsprozess abzuschließen. Die Landesregierung tritt für die zügige Erweiterung der Europäischen Union ein, sie ist fraglos eine politische Notwendigkeit. Aber die Landesregierung steht auch dafür ein, Sorgfalt und Qualität vor übereilem Handeln walten zu lassen. Die Beitrittsverhandlungen müssen der Prämisse folgen: Dynamik und Qualität. In den Verhandlungen steht der gemeinschaftliche Besitzstand, der so genannte *acquis*, nicht zur Disposition, das heißt, der beitretende Staat muss das gesamte Gemeinschaftsrecht, das zum Zeitpunkt des jeweiligen Beitritts gültig ist, übernehmen und beachten. Es darf keine Ausnahmen vom europäischen Recht innerhalb der Europäischen Union geben. Die EU ist eine Rechtsgemeinschaft; in ihr darf es keine dauerhaft unterschiedlichen Rechtsräume geben. Dass die Übernahme und die Ausführung des europäischen Gemeinschaftsrechts nicht von einem Tag auf den anderen zu bewerkstelligen ist und zum Teil mit hohen Kosten verbunden ist, dessen sind wir uns angesichts unserer eigenen Erfahrungen sehr wohl bewusst. Dennoch darf es in den Beitrittsverhandlungen nicht um dauerhafte Ausnahmeregelungen gehen. Es kann nur um Übergangsregelungen gehen. Solche Übergangsregelungen hat es im Übrigen bisher bei allen Erweiterungen der Europäischen Union gegeben. Sie stellen also kein *Novum* oder gar eine Ausnahme dar. Maßvolle Übergangsregelungen im Interesse der Beitrittsländer, aber auch im Interesse der gegenwärtigen Mitgliedstaaten werden notwendig sein. Sie liegen im berechtigten beiderseitigen Interesse. Sie müssen sowohl in zeitlicher als auch in inhaltlicher Hinsicht differenziert und auf das notwendige Maß beschränkt bleiben. Die Erweiterung darf eben nicht dazu führen, dass der erreichte Integrationsstand nicht innerhalb der EU überall und gleichermaßen angewandt wird; dies könnte zum Beispiel mit Blick auf

den europäischen Binnenmarkt zu dauerhaften Verwerfungen und nachhaltigen Wettbewerbsverzerrungen führen. Auch die Auswirkungen, insbesondere auf Gesundheit, Sicherheit, Umwelt, Verbraucher- und Arbeitsschutz sowie auf die Rechte der Bürgerinnen und Bürger müssen bei den Verhandlungen über Übergangsregelungen berücksichtigt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung erkennt ausdrücklich die großen Anstrengungen der Beitrittsländer an, so schnell und so umfassend wie möglich die geforderten Beitrittskriterien zu erfüllen. Sie bietet den Ländern im Rahmen ihrer Möglichkeit ihre Unterstützung an. Ministerpräsident Dr. Vogel hat in seiner Rede am 18. Mai 2001 vor diesem hohen Haus zu den Thüringer Regionalpartnerschaften die Prämisse der Politik der Thüringer Landesregierung formuliert. Ich zitiere: "Unseren östlichen Nachbarn auf dem Fundament eigener Erfahrungen praktische Hilfe auf dem Weg in die Europäische Union geben." Die Landesregierung engagiert sich im Rahmen der vorhandenen Programme der EU, z.B. des Phare-Twinning-Programms, bei dem nationale Experten in den Verwaltungen der Beitrittsländer ihre Erfahrungen bei der Umsetzung von europäischem Recht weitergeben. Diese Beratungs- und Trainingsmaßnahmen sollen den Beitrittsländern helfen, die Voraussetzungen für die Erfüllung der EU-Standards und damit die Beitrittsfähigkeit zu schaffen. Daneben haben wir auch unsere eigenständigen Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen der bilateralen Kontakte zu den Beitrittsländern weiter ausgebaut. Mit der Republik Ungarn verbindet uns seit 1995 eine sehr enge und intensive Partnerschaft, die den Rahmen bildet für vielfältige Kontakte und Projekte auf allen Ebenen. Besonders wichtig ist uns, die Woiwodschaft Kleinpolen bei ihrer Vorbereitung zum Beitritt der Republik Polen zur Europäischen Union zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Ich selbst habe bei meinem letzten Besuch in Krakau im April dieses Jahres unseren polnischen Freunden versichert, dass wir ihnen mit Rat und Tat zur Verfügung stehen. Dazu zählt neben der Förderung der politischen und wirtschaftlichen Kontakte auch die Förderung der gesellschaftlichen Kontakte: Die beiden Flutwasserkatastrophen in Polen 1997 und in diesem Jahr haben eine Welle der Hilfsbereitschaft in Thüringen für die Partnerregion Małopolska ausgelöst. Dafür möchte ich an dieser Stelle nochmals ausdrücklich meinen Dank an die Thüringer Bevölkerung richten.

(Beifall bei der CDU)

Die Partnerschaft ist tief bei allen Thüringerinnen und Thüringern verwurzelt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Erweiterung bietet konkrete ökonomische Chancen. Die Auswei-

terung und Intensivierung der europäischen Arbeitsteilung nach Osten bringt beiden Seiten, das heißt sowohl der jetzigen Europäischen Union als auch den Ländern Ostmittel- und Südosteuropas, nach aller Erfahrung per Saldo beträchtliche ökonomische Wohlstandsgewinne. Davon werden auch die Unternehmen in Thüringen profitieren. Thüringen verfügt traditionell über intensive Handelsbeziehungen zu verschiedenen Kandidatenländern, die sich im Zuge der Erweiterung noch weiter verbessern dürften. Die wichtigsten Handelspartner Thüringens in Ostmitteleuropa sind Polen, Tschechien und Ungarn. Die Handelsbeziehungen zu diesen Staaten bewegen sich bereits auf einem hohen Niveau und erreichen teilweise beträchtliche Zuwachsraten. Im I. Quartal 2001 stiegen die Warenlieferungen aus Thüringen jeweils um über 50 Prozent in die Tschechische Republik, nach Polen und nach Ungarn. Damit werden auch Arbeitsplätze in Thüringen gesichert. Wir erwarten, dass sich die Handelsbeziehungen Thüringens zu den Beitrittsstaaten nach deren EU-Beitritt mittelfristig noch weiter verbessern und erweitern werden. Dabei wird sich insbesondere die zentrale geographische Lage Thüringens im neu entstehenden Binnenmarkt positiv auswirken. Die Landesregierung fördert mit flankierenden Maßnahmen die intensiven Beziehungen der Thüringer Unternehmen, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen, mit Unternehmen in den Nachbarregionen Ostmittel- und Südosteuropas. Wir wollen die Chancen der Erweiterung des europäischen Binnenmarktes zum Vorteil für unsere Unternehmen nutzen. Als ein Beispiel für ein bewährtes Instrument zur Unterstützung der Unternehmenszusammenarbeit greife ich die erfolgreichen Thüringisch-Polnischen Wirtschaftstage heraus. Bei den regelmäßigen Treffen mit den Repräsentanten aus unseren Partnerregionen aus den Beitrittsländern - der Woiwodschaft Kleinpolen und der Republik Ungarn - sind Maßnahmen zur Anbahnung von Unternehmenskontakten stets ein vorrangiges Thema. Aufzuzählen sind die Unterstützung für Messeteilnahmen, Kooperationsprojekte und Kooperationsbörsen, branchenbezogene Firmenpools und Bietergemeinschaften. Der Freistaat Thüringen, die Thüringer Unternehmen und die Thüringer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden von diesen großen Chancen des Erweiterungsprozesses der Europäischen Union profitieren. Thüringen rückt von der Mitte Deutschlands ins Zentrum der erweiterten Union. Diese Lage ist ein natürlicher Standortvorteil, den es zu nutzen gilt. Gerade die zentrale Lage Thüringens bedeutet zugleich, dass wir uns auf die Herausforderungen, die zweifellos mit der Erweiterung verbunden sind, vorbereiten müssen. In Teilen der Bevölkerung besteht die Sorge vor einem Anstieg der Kriminalität infolge der EU-Osterweiterung. Im letzten Jahr hat die Landesregierung erstmals ein umfassendes Lagebild für den Bereich der organisierten Kriminalität in Thüringen erstellt. Die ausgewerteten Daten ließen keine überdurchschnittliche Zunahme von Straftaten im Bereich der organisierten Kriminalität von Angehörigen aus den Beitrittsländern erkennen. Dennoch wird die Landesregierung die Entwicklung in diesem sensiblen Bereich der inneren Sicherheit weiterhin intensiv beobachten. Nicht die Aufnahme der

mittel- und osteuropäischen Staaten in die Europäische Union ist Anlass zu gesteigerter Aufmerksamkeit. Vielmehr sind gerade die Verpflichtung der Beitrittsländer im Rahmen der Beitrittsverhandlungen auf hohe Standards für die Strafverfolgungsbehörden, die Sicherung ihrer Grenzen nach Osteuropa und die Ausstattung der Justiz Garanten für mehr Sicherheit in Europa. Die Erfüllung der Beitrittskriterien stellt hohe Ansprüche an die Strafverfolgungsbehörden in den künftigen Mitgliedstaaten, um allen herkömmlichen sowie den sich neu herausbildenden Formen der organisierten Kriminalität wirksam begegnen zu können. Die Landesregierung wird wie bisher der Bekämpfung der organisierten Kriminalität in all ihren Erscheinungsformen größtes Gewicht beimessen. Ich erinnere daran, bereits 1993 wurden in Thüringen bei allen Staatsanwaltschaften Sonderdezernate eingerichtet; seit 1998 werden alle so genannten OK-Verfahren durch eine bei der Staatsanwaltschaft Gera eingerichtete Schwerpunktabteilung bearbeitet. Die Landesregierung wird gemeinsam mit der Niedersächsischen Landesregierung und der Europäischen Kommission bereits im Frühjahr des kommenden Jahres in Teistungen eine europäische Sicherheitskonferenz zum Thema "Die Osterweiterung und die Sicherheit für Bürger und Wirtschaft durch die Europäische Union" durchführen. Hierbei steht im Mittelpunkt der Erörterung mit den Beitrittskandidaten Polen, Tschechien und Ungarn das Thema "Europa als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechtes".

Zu den Strukturfonds, meine sehr verehrten Damen und Herren: Bei aller Dynamik, die die Beitrittsverhandlungen in diesem Jahr unter schwedischer und belgischer Ratspräsidentschaft erfahren haben, bei allen Fortschritten, die wir in wichtigen sensiblen Bereichen erzielen konnten, schwierige Kapitel liegen noch vor uns. Im Jahre 2002 wird über die Landwirtschaft und die Regionalpolitik zu verhandeln sein. Von der Erweiterung geht ein starker Druck aus, die finanziellen Grundlagen der Europäischen Union zu überdenken und anzupassen, insbesondere im Bereich der europäischen Strukturpolitik. Gerade die Aufnahme von Staaten, die zum Teil nur über 30 Prozent des Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zum EU-Durchschnitt verfügen, wirft die Frage nach der Zukunft der Strukturfonds auf, denn ein Kennzeichen und ein Grundprinzip des europäischen Integrationsprozesses ist auch die Solidarität und die Kohäsion. Wir in Thüringen haben diese Solidarität erfahren. Für die laufende Förderperiode von 2000 bis 2006 wurden rund 5,6 Mrd. DM als so genannte Ziel-1-Hilfen in den EU-Haushalt für Thüringen eingestellt. Doch nun muss für den Zeitraum 2007 bis 2013 ein gerechter Ausgleich für die derzeitigen Ziel-1-Fördergebiete, also die "Regionen mit Entwicklungsrückstand" in den derzeitigen EU-Mitgliedstaaten, und den neu hinzukommenden Regionen gefunden werden. Die allseits anerkannte Notwendigkeit des großen wirtschaftlichen und strukturellen Nachholbedarfs der MOE-Staaten darf nicht zu einem abrupten Abbrechen der Förderung in den gegenwärtigen Ziel-1-Regionen führen. Hier müssen Kompensationen, Übergangs-

regelungen und Auslaufmodelle entwickelt werden. Die ostdeutschen Länder werden mit dem Beitritt der noch ärmeren Nachbarn aus Ostmittel- und Südosteuropa nicht automatisch reicher. Sie fallen nur statistisch gesehen aus der europäischen Förderkulisse. Also: wir werden nur statistisch reicher. Die Europäische Kommission hat die Diskussion um die künftige Ausgestaltung der europäischen Kohäsionspolitik, deren wichtigster Bestandteil die Strukturpolitik ist, eingeleitet. Mit der Vorlage ihres zweiten Berichts über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der Europäischen Union Ende Januar 2001 hat sie eine Reihe von Schlussfolgerungen und Empfehlungen vorgelegt. Auch nach 2006 und nach der Aufnahme der ostmittel- und südosteuropäischen Staaten in die EU wird es in den neuen Ländern noch erhebliche Strukturprobleme und einen großen Nachholbedarf geben. Die Thüringer Landesregierung geht davon aus, dass Thüringen auch noch im Jahr 2007 zu den Regionen in der Europäischen Union mit Entwicklungsproblemen gehören wird. Deshalb muss auch über das Jahr 2006 hinaus die spezifische Situation, müssen die noch bestehenden Entwicklungsdefizite Thüringens angemessen berücksichtigt werden. Dabei hat die Landesregierung selbstverständlich auch die notwendigen Querverbindungen zum Solidarpakt II hergestellt. Neben der EU wird dabei auch der Bund gefordert sein. Hierüber gibt es einen großen Konsens im Kreise aller ostdeutschen Länder. Die Ministerpräsidenten der ostdeutschen Länder haben bereits bei ihrer Konferenz am 28. März dieses Jahres in Berlin die Bundesregierung aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass in der zukünftigen EU-Strukturpolitik über das Jahr 2006 hinaus die Situation Ostdeutschlands berücksichtigt wird.

Zur Vertiefung, meine Damen und Herren: Die größte Erweiterung, die sich die EU je vorgenommen hat, muss im Einklang mit dem erreichten Integrationsstand stehen. Gerade der einzigartige Erfolg macht die EU so attraktiv für die europäischen Nationen, die noch nicht Mitglied im "Stabilitäts- und Wohlstandsclub" sind. Dieser Erfolg besteht in der Integration und Kooperation auf nunmehr fast allen Politikfeldern. Immer mehr Bereiche haben heute eine europäische Dimension erhalten. Nur so können die EU-Mitgliedstaaten den Anforderungen der Globalisierung begegnen.

Andererseits hat die Globalisierung ebenso wie die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes und die europäische Währungsunion die Bedeutung regionaler Wirtschafts- und Strukturpolitik erhöht. Gerade die Länder und Regionen stehen heute in einem scharfen europäischen Wettbewerb um Wachstum und Beschäftigung. Beides gehört zusammen - europäische Regelungen und regionaler Gestaltungsspielraum! Auch von der bevorstehenden Erweiterung wird ein starker Druck in Richtung auf eine weitere Vertiefung der Europäischen Union ausgehen. Der Status quo und das institutionelle Gefüge, das zunächst für eine Gemeinschaft mit sechs Mitgliedern konzipiert war, wird sich verändern und für eine Union mit

mehr als 25 Mitgliedern angepasst werden. Der Status quo wird sich verändern müssen, um die Handlungsfähigkeit der EU und damit das "Projekt Europa" zu sichern. Überragendes Ziel der letzten Regierungskonferenz war es deshalb, die Europäische Union bis Ende 2002 erweiterungsfähig zu machen. Der Vertrag von Nizza sollte die hierfür notwendigen Reformen vornehmen. Allerdings kann ich für die Landesregierung feststellen: Eine umfassende Reform für eine erweiterte Europäische Union ist mit dem Vertrag von Nizza noch nicht gelungen. Deshalb ist die im Vertrag von Nizza verankerte Fortsetzung des EU-Reformprozesses von überragender Bedeutung. Für die deutschen Länder war diese Mandatierung einer Folgekonferenz, der so genannte Post-Nizza-Prozess, zur Kompetenzabgrenzung von herausragender Bedeutung. Kompetenzabgrenzung wurde bisher mit dem Begriff der Renationalisierung gleichgesetzt und damit tabuisiert. Erst als auch der Bundesaußenminister mit seiner Rede an der Humboldt-Universität die Forderung der Länder aufgenommen hat, konnte dieses Tabu aufgebrochen werden. Eine verbindliche Kompetenzabgrenzung steht seitdem auf der Agenda der deutschen Europapolitik. Aufgabe der Weiterentwicklung des europäischen Integrationsprozesses muss die Formulierung eines europäischen Verfassungsvertrages sein. Dies kann nur durch eine Konzentration der Europäischen Union auf die Aufgaben gelingen, die wirkliche europäische Aufgaben sind. Dazu gehören die europäischen Erfolgsprojekte wie der europäische Binnenmarkt und die Garantie der Marktfreiheiten, die Wirtschafts- und Währungsunion und die Stabilität des Euro. Dazu gehört auch eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Mitgliedstaaten, eine abgestimmte Asyl- und Flüchtlingspolitik und die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität. Nach der Einführung des Euro muss die EU die Aufgabe übernehmen, zu Fragen der Weltwirtschaft für alle Europäer zu sprechen. Der Weg der Europäisierung und Vergemeinschaftung ganzer Politikbereiche ist an seine Grenzen gestoßen. Nun muss verbindlich geklärt werden, welche Ebene für welche Frage und für die Lösung welcher Probleme zuständig ist. Nur diese Klarstellung bewirkt, dass für den Bürger transparent wird, welches Anliegen er auf welcher Ebene vorbringen und von welcher Ebene er eine Lösung erwarten kann und darf. Die Prinzipien, die nach unseren Vorstellungen die Reformüberlegungen für eine bessere Kompetenzordnung bestimmen sollten, sind: Transparenz und Subsidiarität. Das europäische Vertragswerk ist zu kompliziert und selbst von Fachleuten nur schwer zu überblicken und zu verstehen. Das Vertragswerk muss deshalb klar, möglichst kurz und verständlich werden. Vorrangiges Ordnungsprinzip muss das der Subsidiarität sein. Im europäischen Vertragswerk muss das Verhältnis zwischen Europäischer Union und den Mitgliedstaaten klar und verbindlich geregelt werden. Dabei werden wir darauf zu achten haben, dass die Abgrenzung der Kompetenzen so flexibel zu gestalten ist, dass die EU zukunftsfähig bleibt. Die Kompetenzordnung der EU muss systematischer und transparenter werden. Die Europäische Union darf nur auf der Grund-

lage eindeutig definierter Kompetenzen tätig werden und nicht aufgrund allgemeiner Aufgabenzuweisungen, wie es derzeit noch der Fall ist. Nach unseren Vorstellungen könnte eine bessere Systematisierung der Kompetenzen durch eine Einteilung in verschiedene Kategorien, wie z.B. ausschließliche EU-Kompetenzen, Grundsatzkompetenzen und Ergänzungskompetenzen der EU erreicht werden. So soll einer schleichenden Kompetenzausweitung zugunsten der Europäischen Union vorgebeugt werden. Die Landesregierung tritt dafür ein, auch die Formen, in denen die EU ihre Ziele verfolgt, auf einige wenige zu begrenzen, denn wie die EU tätig wird, z.B. ob sie, wie es im Vertrag an verschiedenen Stellen heißt, harmonisiert, koordiniert, fördert oder nur unterstützt, beeinflusst im hohen Maße die Folgen für unsere Handlungsspielräume. Bisher gibt es einen Wildwuchs von Handlungsformen, das jüngste Negativbeispiel ist die Methode der "offenen Koordinierung". Diese Methode ist ein anschauliches Beispiel dafür, wie der EU Zuständigkeiten zuwachsen sollen, die nicht im Vertrag vorgesehen sind. Da treffen sich die Staats- und Regierungschefs der EU und diskutieren zunächst darüber, wie in den einzelnen Mitgliedstaaten auf die Herausforderungen der Arbeitslosigkeit, des Fortbestandes der sozialen Sicherungssysteme oder im Bildungsbereich reagiert werden kann. Eigentlich ein guter Ansatz, der von der Landesregierung unterstützt werden könnte. Allerdings werden in der Folge verstärkt Leitlinien zu verschiedenen Themen verabschiedet, die quantitative Zielvorgaben beinhalten und die die EU-Mitgliedstaaten dann erfüllen müssen. Der Weg der offenen Koordinierung führt also von einem an sich guten Ansatz hin zur Festlegung von qualitativen und quantitativen Standards. Aus politischen Zielvorgaben werden so zunehmend Instrumente der Kommission zur Koordinierung. Dies führt zu einer zunehmenden Einschränkung nationaler und regionaler Handlungsspielräume. Der luxemburgische Premierminister Juncker hat dieses "System" einmal sehr anschaulich wie folgt beschrieben: "Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht alles, was richtig und sinnvoll ist, muss auf europäischer Ebene geregelt werden. Fragen der Schulorganisation oder der Höhe und Art von Schulabschlüssen, wie sie der Europäische Rat von Lissabon behandelt hat, sind doch wahrlich keine europäischen Fragen. Die Diskussion über eine klare Kompetenzordnung ist zugleich eine Diskussion über die innere Ordnung der EU, das heißt, die Diskussion über die Kompetenzordnung ist zugleich eine Diskussion über eine neue europäische Verfasstheit. Mittelfristiges Ziel der institutionellen Reformen sollte sein, die Leitungs- und Verwaltungsaufgaben, die gegenwärtig noch zwischen Rat und Kommission aufgeteilt werden, in einer einzigen europäischen Exekutive, z.B. einer reformierten Kommission,

zu bündeln. Dem Europäischen Parlament und dem Ministerrat kämen dann als demokratisch legitimierten Gremien die Kontrolle der Exekutive zu. Dabei wird die Rolle des Kommissionspräsidenten weiter zu stärken sein. Zu diskutieren wären in diesem Zusammenhang auch die verschiedentlich geäußerten Überlegungen, den Kommissionspräsidenten in einer europäischen Direktwahl zu wählen. Das Subsidiaritätsprinzip ist in dieser Diskussion mehr als ein Organisationsprinzip, es ist eine unverzichtbare Bedingung der demokratischen Legitimation und Transparenz. Die Europäische Union kann die europäischen Nationalstaaten nicht ersetzen. Es darf deshalb kein Zweifel aufkommen: Europa wird auch künftig ein Europa der Nationen und der Nationalstaaten sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Erfolg eines Projekts wird stets von der Qualität seiner Vorbereitung bestimmt. Basierend auf meinen Erfahrungen als Vertreter des Bundesrats im EU-Konvent zur Erarbeitung einer Charta der Grundrechte habe ich mich für ein modifiziertes Konventverfahren zur Vorbereitung der Regierungskonferenz 2004 eingesetzt und ein eigenes Modell vorgeschlagen. In einem Thüringer Diskussionspapier haben wir konkrete Verbesserungsvorschläge gemacht, wie die Arbeiten in einem Konvent effizienter gestaltet werden könnten. Die Konventmethode vereint grundsätzlich die Prämissen der Transparenz, der Öffentlichkeit und der demokratischen Legitimation mit der Notwendigkeit, die Effizienz der Arbeiten und Sachkompetenz der Beteiligten zu garantieren. Nach der prinzipiellen Einigung der EU-Außenminister über die Einberufung eines Konvents am 4. September im belgischen Geneval haben sie sich Anfang dieser Woche über Details der Arbeit des Konvents verständigt. Wenn auch diese Einigung noch eines formellen Beschlusses des Europäischen Rates bedarf, so wird doch klar, dass der Konvent aus 15 Mitgliedern der Regierungen, 16 Vertretern des Europäischen Parlaments, 30 Abgeordneten der nationalen Parlamente und einem Mitglied der Kommission bestehen wird. Vertreter des Ausschusses der Regionen und des Wirtschafts- und Sozialausschusses werden als Beobachter teilnehmen, beteiligt werden zudem die Kandidatenländer. Der Konvent soll seine Arbeit im ersten Halbjahr des kommenden Jahres aufnehmen und Optionen für die Regierungskonferenz erarbeiten, die dann entsprechend den europäischen Verträgen über den Abschluss des Reformvorhabens beschließen muss.

Zur Akzeptanz und Öffentlichkeitsarbeit: Die wachsende Dynamik, Komplexität und Qualität des europäischen Integrationsprozesses stellen auch künftig kontinuierlich steigende Anforderungen an die europapolitische Kompetenz und Erfahrung der Landesverwaltung. Europapolitik gewinnt mehr und mehr den Charakter europäischer Innenpolitik. Der direkte Einfluss von Entscheidungen, die in Brüssel getroffen werden, auf die Landesregierung wird immer stärker spürbar. Für die Landesregierung kommt es deshalb darauf an, durch permanente Präsenz und Kompetenz in den europapolitischen Diskussions-

und Entscheidungsprozessen die eigenen Ziele und Interessen deutlich zu machen und durchzusetzen. Die Thüringer Bürgerinnen und Bürger sowie die Thüringer Unternehmen erwarten, dass ihre Anliegen und Interessen auf europäischer Ebene kompetent vertreten werden. Zugleich erwarten sie aber auch, dass europäische Politik, dass "Europa" verständlich ist. Europa wird auf Dauer nur stabil sein, wenn es akzeptiert wird. Die diffusen Ängste der Dänen, die im letzten Jahr zum zweiten Mal in einem Referendum den Beitritt zur Eurozone abgelehnt haben, und der Iren, die im Frühjahr den Vertrag von Nizza abgelehnt haben, sind ein deutliches Warnsignal. Das europäische Integrationsprojekt darf nicht am Bürger vorbei entwickelt werden. Es muss dem Bürger vermittelbar und verständlich sein. Es muss uns zu denken geben, wenn die Zustimmung zur Mitgliedschaft in der EU europaweit unter die 50-Prozent-Marke gesunken ist, wenn in Deutschland nur 41 Prozent der deutschen Bevölkerung meinen, dass die Mitgliedschaft des vereinten Deutschland in der EU eine gute Sache sei und nur 37 Prozent Vorteile in einer EU-Mitgliedschaft erkennen. Europa, der Integrationsprozess und die Europäische Union müssen als Chance - auch als individuelle Chance - dem Bürger vermittelt und begreifbar gemacht werden. Die EU ist an einem Punkt angelangt, an dem das vermeintliche Eliteneu-Projekt wieder als Bürgerprojekt erkannt werden muss. Jean Monnet hat zu Beginn des europäischen Integrationsprozesses einmal gesagt: "Wir vereinigen Menschen, nicht Staaten." Dies muss die Grundlage allen Handelns der EU sein. Die Thüringer Landesregierung stellt sich dieser Aufgabe. Die Akzeptanz beginnt bei der Vermittlung und ihre Vermittlung beginnt bereits in der Schule. Über die Lehrerfortbildung, die Schulung der Multiplikatoren in der Jugendarbeit und in der Erwachsenenbildung sollen möglichst viele Zielgruppen informiert und angesprochen werden. So werden aktuelle europapolitische Themen auch im Rahmen der Veranstaltungsreihe der Landesregierung "Jugend trifft Politik" verstärkt diskutiert und im Internetangebot der Thüringer Staatskanzlei aufgegriffen. Über die Europaförderrichtlinie unterstützt die Landesregierung die Aktivitäten von Verbänden, Vereinen und Schulen, die zur Förderung des Europagedankens und zur Völkerverständigung, zum Jugendaustausch und zum Kennenlernen der Partnerregionen beitragen. Im Jahr 2000 konnten 73 und im Jahr 2001 70 Anträge gefördert werden. Die Thüringer Landesregierung erachtet die europapolitische Öffentlichkeitsarbeit als ein unverzichtbares Instrument zur Vermittlung europäischer Politik in der Bevölkerung sowie als gemeinsame Aufgabe von EU-Institutionen, Bund und Ländern. Auch ich habe daher gefordert, dass die Europäische Kommission im Rahmen ihrer neuen Informations- und Kommunikationspolitik zukünftig enger mit den Ländern zusammenarbeitet. Wir erwarten hierbei die Berücksichtigung der grundlegenden Anliegen der Länder in der Praxis der Zusammenarbeit bei der Organisation und Durchführung der Informationskampagne zur Erweiterung der Europäischen Union. Einen besonderen Schwerpunkt unserer europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit bildet die alljährlich im

Mai durchgeführte Europawoche, an der sich alle Ministerien und eine Vielzahl von Verbänden und Interessengruppen und auch der Thüringer Landtag beteiligen. In der Europawoche 2000 bzw. 2001 wurden in jeweils 70 Veranstaltungen landesweit gezielte Informationen über die Integration der Europäischen Union, zum politischen Entscheidungsprozess, über die Organe der Europäischen Union und über die Osterweiterung gegeben. Die Landesregierung eröffnet alljährlich die Europawoche mit einer zentralen Auftaktveranstaltung jeweils in einer Stadt des Freistaats. In diesem Jahr stand natürlich die Euro-Bargeldeinführung in Kommunen und Unternehmen im Mittelpunkt der Diskussion. Zusätzlich nutzt die Landesregierung die europäischen Programme wie Interreg und EQUAL, um eigene beispielgebende Maßnahmen z.B. im Bereich der Förderung der Informationsgesellschaft und der Exportorientierung dazu, kleine und mittlere Unternehmen in Thüringen und in den Partnerregionen zu vernetzen und sie in neue Märkte zu bringen. Im Rahmen der Osterweiterungskampagne werden vor allem in den Jahren 2002 und 2003 Informationsmaßnahmen für Unternehmen, Führungskräfte der Wirtschaft sowie Multiplikatoren in der Jugendarbeit und der Erwachsenenbildung zum Thema "Sicherheit für Bürger und Unternehmen" durchgeführt werden. Diese vielen kleinen Veranstaltungen helfen, den Europagedanken über den Kreis der Experten hinaus zu verbreiten. Ich möchte an dieser Stelle den vielen ehrenamtlich Tätigen für ihr Engagement danken.

(Beifall bei der CDU)

Zu Beginn meiner Rede habe ich festgestellt: "Europa ist gefordert." Nun, am Ende meiner Rede, möchte ich ergänzen: "Wir brauchen Europa." Es gibt zur europäischen Einigung keine Alternative. Der europäische Integrationsprozess ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs; das inzwischen erreichte Maß an Frieden, Stabilität und Wohlstand für alle Bürger in Europa wäre ohne die europäische Integration nicht denkbar. Umso mehr müssen wir daran arbeiten und alles daran setzen, Europa zu einem Erfolg werden zu lassen. Damit sich die Bürger auch weiterhin in diesem ständigen Prozess von Erweiterung und Vertiefung in Europa zu Hause fühlen, muss die EU demokratischer, bürgernäher und transparenter werden. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Koch, Sie haben jetzt als Nächster das Wort. Bitte schön.

Abgeordneter Dr. Koch, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, damit ich jetzt nicht Gefahr laufe, am Thema vorbei

zu reden, will ich mich zunächst vergewissern, worüber wir reden. Der Herr Minister Gnauck hat zu Beginn seiner Rede hervorgehoben, Europa ist gefordert. Ich war der Meinung, die Landesregierung ist gefordert, nämlich zu der Großen Anfrage und dazu möchte ich mich äußern.

(Beifall bei der PDS)

Ich kann das nicht in dieser Breite und Ausführlichkeit, wie das Herr Minister Gnauck versucht hat, ich denke, es geht auch nicht in dieser Breite und Ausführlichkeit.

(Beifall Abg. Gentzel, SPD)

Insofern war, glaube ich, schon der Versuch als solcher zwar vielleicht lobenswert, aber untauglich. Ich möchte mich zu dem zentralen Thema der Großen Anfrage, nämlich den institutionellen Reformen in der EU äußern und mich darauf konzentrieren. Von den in diesem Bereich getroffenen politischen Entscheidungen hängt nicht nur ab, ob die Europäische Union nach einer Ost- und Südosterweiterung noch im Stande sein wird, ihre Aufgaben effektiv zu bewältigen. Es geht bei diesem Thema vor allem um die mittel- und langfristigen Ziele der europäischen Integration. Lassen Sie mich das, meine Damen und Herren, an zwei Fragen zuspitzen, die als Fragen gewissermaßen die Problemlage deutlich machen sollen.

Frage 1: Ist die Integration im Wesentlichen mit Maastricht und Amsterdam und der Verwirklichung der Währungsunion vollendet, so dass der Nizza-Vertrag und die für 2004 anberaumte Folgekonferenz lediglich notwendige Korrekturen und die Konsolidierung des bereits vollendenden europäischen Verfassungsgebäudes vollziehen?

Frage 2: Sind Maastricht, Amsterdam und Nizza sowie die für 2004 vorgesehene Regierungskonferenz lediglich Zwischentappen auf dem Weg zu einer europäischen Föderation oder zu irgendeinem Tertium zwischen Staatenbund und Bundesstaat?

Eng verbunden damit ist das Problem, unter welchen Bedingungen und Grenzen die Bürger bereit sind, europäische Gesetze als für sich verbindlich zu akzeptieren und sich nicht nur als Bürger eines Mitgliedstaates zu begreifen, sondern darüber hinaus auch als Teil eines europäischen Bürgerverbundes, den man als europäisches Volk bezeichnen könnte und auf den letztlich jede politische Entscheidung in der Union rückführbar ist. Damit wird in das Zentrum unseres Interesses die Frage gerückt, wie die Verträge das Demokratieprinzip und die Gewaltenteilung verwirklichen sollen.

Meine Damen und Herren, wir hatten erwartet, dass die Antwort auf die Große Anfrage hierzu etwas aus der Sicht der Landesregierung, nämlich die Position der Landesregierung auf dieses Problem ausführt. Unterzieht man die Antworten der Landesregierung einer Durchsicht mit Blick auf

die Finalität der europäischen Integration, so ist hier Fehl- anzeige zu konstatieren. Allenfalls der Antwort auf Frage 22, wo nachgefragt wird, wie die Landesregierung das Instrument der offenen Koordinierung einschätzt, lässt sich indirekt entnehmen, dass die Landesregierung supranationale Regelungen auf dem Gebiet des Sozialrechts, wenn nicht ausdrücklich ablehnend, so doch zumindest äußerst skeptisch betrachtet. Die Landesregierung lehnt hier offenbar nicht nur gemeinschaftliche Regulierungen ab, sie spricht sich im Bereich der Sozialpolitik sogar gegen eine weiche Koordinierung in Form von institutionalisierten Dialogen, Berichten, Erklärungen, Empfehlungen und Rahmenrichtlinien aus, und dies, obwohl aufgrund des zunehmenden Wettbewerbsdrucks durch die Wirtschafts- und Währungsunion sowie voraussichtlich auch durch die anstehende Osterweiterung die Regelung sozialer Mindeststandards durch die Union zum Schutz anspruchsvoller Sozialsysteme, wie wir sie z.B. in Deutschland vorfinden, im Kreis der Mitgliedstaaten immer mehr notwendig wird.

(Beifall bei der PDS)

Europaweit kohärente Sozialsysteme sind daher als Pendant des freien Binnenmarkts unverzichtbar, um der Gefahr eines Sozialdumpings zu begegnen. Artikel 37 des EG-Vertrags, der für wichtige Bereiche der Sozialpolitik die Einstimmigkeit des Rates vorschreibt, bedarf aus unserer Sicht dringend einer Änderung. Vermutlich wird man mir jetzt vorhalten, dass in der Großen Anfrage nicht nach den Vorstellungen der Landesregierung zum Ziel der Integration gefragt worden sei, die Fragen bezögen sich ausschließlich auf den kurz- bzw. mittelfristigen Post-Nizza-Prozess. Ich meine allerdings - und Sie sehen, wie ausrechenbar Sie damit einfach sind -, dass sich die Landesregierung klaren Aussagen zu der Frage "Quo vadis, Europa?" nicht enthalten darf. Die Landesregierung hat sich, wie ich der Großen Anfrage entnehme, die Förderung des europäischen Willensbildungsprozesses im Wege der Öffentlichkeitsarbeit auf die Fahnen geschrieben. Nun wird man das Interesse der Bürger an Europa kaum gewinnen, geschweige denn die Bürger für Europa begeistern können, wenn man ihnen den Eindruck vermittelt, es sei das unvermeidbare Schicksal der europäischen Integration, in dem pragmatisch-bürokratischen Stil weiter zu wursteln, den man gemeinhin als die Methode Monnet bezeichnet. Um dem Umsichgreifen dieses Eindrucks entgegenzuwirken, bedarf es einer europapolitischen Vision, die ich in der Antwort der Landesregierung zu dieser Großen Anfrage vermisste.

(Beifall bei der PDS)

Und, meine Damen und Herren, lassen Sie mich das an zwei Beispielen exemplifizieren. In der Antwort auf die Frage 23 ist mehrmals die Rede von einem europäischen Verfassungsvertrag, der Ziel des weiteren europäischen Integrationsprozesses sein müsse. Der europäische Verfassungsvertrag als Integrationsziel ist nichts anderes als

eine leere Begriffsschablone. Mag das, was mit der nächsten Regierungskonferenz erreicht werden soll, als Verfassungsvertrag bezeichnet werden, inhaltlich ist damit überhaupt nichts ausgesagt. Es ist die Rede davon, dass der europäische Verfassungsvertrag im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip stehen müsse. Bei dem Subsidiaritätsprinzip handelt es sich um einen kaum justiziablen Grundsatz. Ihm lässt sich nicht mehr als die Leitlinie entnehmen, dass in einem zwei- oder dreistufig gegliederten System im Grundsatz der untersten Ebene die Gemeinwohlkonkretisierung vorzubehalten ist. Dieses Prinzip dürfte allgemein anerkannt sein, ich kann mir jedenfalls keine Regierung in Europa vorstellen und es ist mir auch keine in Europa bekannt, die die Beachtung des Subsidiaritätsprinzips infrage stellen würde, meine Damen und Herren. Dass die Kompetenzabgrenzung in den Verträgen klar und überschaubar geregelt werden muss, ist auch keine Forderung, mit der sich die Landesregierung konzeptionell hervortun könnte. Bereits auf der Nizza-Konferenz sollte das Thema der Kompetenzabgrenzung stehen. Bekanntlich wurde durch die Beschränkung auf die drei Left-overs des Amsterdamer Vertrags, die auf Seite 24 der Antwort der Landesregierung wiedergegeben sind, das Thema auf die nächste Regierungskonferenz vertagt. Auch die uns und die Bürger besonders interessierende Frage, welchen Grundsätzen die Neuregelung der Kompetenzabgrenzung nach Ansicht der Landesregierung folgen sollte, wird von der Landesregierung nicht beantwortet. Sollen die bisherigen Kompetenznormen lediglich systematisiert und klarer formuliert werden? Sollen prozedurale Bestimmungen etwa durch die Etablierung eines Subsidiaritätsausschusses ersetzt werden, um das Subsidiaritätsinteresse effektiver zur Gestaltung bringen zu können? Oder soll die Kompetenzabgrenzung etwa ganz anders als bisher in den Verträgen geregelt werden, etwa nach dem Modell der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz oder den Vereinigten Staaten von Amerika? Die Antwort auf die Große Anfrage schweigt sich hierüber aus. Der durchschnittlich europapolitisch interessierte Bürger vermag der Antwort auf die Große Anfrage nur Selbstverständlichkeiten und Gemeinplätze zu entnehmen. Im Ergebnis vermitteln die Antworten der Landesregierung im institutionellen Abschnitt der Großen Anfrage den Eindruck europapolitischer Ideenlosigkeit und ängstlichen Beharrens auf dem bereits Erreichten.

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, Ihr Antrag in Drucksache 3/1878 ist harmlos und weitgehend unschädlich, deshalb muss man aus meiner Sicht nicht unbedingt dagegen sein, aber er ist auch nicht geeignet, die Landesregierung zu veranlassen, ein stärkeres europapolitisches Profil zu zeigen. Deshalb werde ich Ihrem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Bergemann, Sie haben als Nächster das Wort.

Abgeordneter Bergemann, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Koch, um es gleich mal an Sie vorwegzunehmen, offensichtlich haben Sie die Große Anfrage nicht richtig gelesen. Bezüglich der Zukunft der Visionen der Europapolitik, die der Minister hier in eindrucksvoller Weise dargelegt hat, sich im Tagesordnungspunkt 23 auch über die Aufgaben der Zukunft deutlich artikuliert hat. Ganz im Gegenteil, Sie verstricken sich ja selbst in einen Widerspruch. Sie sagen, Europa ist gefordert, da hat der Minister gesagt - richtig, Sie sagen, hier wäre die Landesregierung gefordert. Sie fragen auf der anderen Seite "Quo vadis, Europa?" - "Wohin gehst du, Europa?" Ich denke, genau der Punkt, lesen Sie bitte noch mal nach, in Punkt 23 sind genau an der Stelle intensiv alle Themen erläutert, die wir in der Zukunft genau miteinander hier diskutieren müssen.

(Beifall bei der CDU)

Aber ich nehme Ihnen das nicht übel. Ich weiß nicht, warum Sie zu

(Zwischenruf Abg. Thierbach, PDS: Auf Seite 23 steht ...)

europapolitischen Fragen heute reden - Punkt 23 der Großen Anfrage, verehrte Kollegin Thierbach, bitte zuhören -, statt - Sie sind ja nicht im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten - Herrn Hahnemann, der ja Ihre Partei pausenlos vertritt, er ist ja offensichtlich nicht zu Wort gekommen, er würde vielleicht manche Sache etwas anders beleuchten.

Die Landesregierung Thüringens, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat mit ihrer dem Parlament hier vorgelegten Antwort umfassend, ausführlich und, ich denke, wirklich auch ein ausgezeichnetes Ergebnis ihrer Arbeit vorgelegt, denn alle Häuser, die in diese Anfrage einbezogen worden sind, von Wirtschaft über Justiz über Soziales, Sie können es im Detail nachlesen, haben hier mehrheitlich über ihre Aktivitäten berichtet. Wir können es in dem Ausschuss, wir können es in der Öffentlichkeit, wir können es vor den Bürgern verwenden. Das ist doch genau der Punkt, den wir brauchen. Wenn man in den Saal schaut, er ist ja jetzt relativ gefüllt, gestern haben wir vehement über die Bedeutung des Ausschusses der Regionen gestritten, da hat der Kollege Otto Kretschmer hier eine heiße Rede gehalten. Ich habe ihn heute zu Europa hier nicht gesehen. Ich weiß nicht, vielleicht hat er sich schon verabschiedet ins Wochenende. Vielleicht ist das auch ein Zeichen dafür, wie ernst wir die ganze Debatte nehmen. Und wenn ich sehe, der Minister, der eindrucksvoll hier noch mal im Detail nachgewiesen hat, was

hier die Landesregierung tut, der dann auch vor leeren Rängen spricht, das zeigt mir schon, wie weit auch Ihr Verständnis zu Europa geht.

(Unruhe bei der PDS, SPD)

Ich bin ja froh, dass wir jetzt ein bisschen Leben in der Debatte haben,

(Beifall bei der CDU)

denn der Tagesordnungspunkt "Europa" hat das eigentlich mehr als verdient.

(Beifall bei der CDU)

Wissen Sie, Herr Gerstenberger, Sie sind ja einer der Europaexperten in Bezug auf Arbeitsmarktpolitik, das haben wir ja heute wieder am Informationssystem der Arbeitsmarktpolitik deutlich vorgeführt bekommen, wie Sie Ihre Fragen zum ESF, einer der drei Strukturfonds deutlich gestellt haben. Ich beglückwünsche Sie außerordentlich, dass Sie auch sehr aufmerksam der Europapolitik zuhören können. Natürlich ist doch klar, dass der Dreh- und Angelpunkt dieser politischen Debatte die anstehende Erweiterung bleibt, Herr Kollege Koch. Das ist der Punkt, der für uns und auch in Erwartung der Länder der Beitrittskandidaten von enormer Bedeutung ist. Viele von uns waren in Litauen dabei, in einem Freundeskreis, viele Kollegen sind in anderen Beitrittsländern aktiv vor Ort. Man hört und spürt doch die Forderungen an uns, die gerade diese Länder bezüglich ihrer Fragen zur Erweiterung an uns stellen, die Unterstützung brauchen, die Hilfe von uns erwarten. Da wird man sich sicher auch an die bisher nicht so gängige Form oder Formulierung von "Ostmittel- und Südosteuropa", statt der bisher geläufigen Form "MOE-Staaten" in der Großen Anfrage gewöhnen. Ich gebe zu, das war eine kleine Umstellung, meine Damen und Herren, und vergessen Sie es nicht, durch politischen Willen ist Europa Jahrzehnte getrennt gewesen und politischer Wille trägt jetzt auch Verantwortung dafür, dass Europa wieder in Frieden, Freiheit und Demokratie zusammengeführt wird.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen ein erweitertes Europa, auch angesichts einer Wertegemeinschaft. Wir haben heute Morgen aufgrund dieser Ereignisse vom 11. September, denke ich, mehr denn je gespürt, wie wichtig eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik in einem geeinten Europa ist.

Die Große Anfrage der CDU-Fraktion zu den anstehenden europapolitischen Aufgaben bezweckt eben gerade, den Landtag umfassend, detailliert zu informieren und auch unsere gestalterischen Möglichkeiten als Parlamentarier, wie wir daran beteiligt werden, aufzuzeigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, sie gibt schon einen klaren Ausblick auf die Auswirkungen der Osterweiterung, auf die Handlungsschwerpunkte für die künftige, auch im Post-Nizza-Prozess zu erwartende Diskussion der Transparenz, der Subsidiarität, natürlich auch der Kompetenzabgrenzung.

Es geht auch für unseren Freistaat Thüringen um sehr viel. Wir werden von den großen Chancen dieses Erweiterungsprozesses profitieren, denn wir rücken aus der Mitte Deutschlands in das Zentrum einer erweiterten Europäischen Union. Selbstverständlich ist auch, dass der Freistaat keine direkten Grenzen zu den Beitrittsländern hat, aber wir befinden uns doch durch die Landkreise Greiz und Saale-Orla-Kreis ungefähr 30 Kilometer von der deutsch-tschechischen Grenze entfernt. Im Rahmen dieser Gemeinschaftsinitiative "INTERREG III A" laufen ja während dieses Zeitraums 2000 bis 2006 grenzübergreifende Programme, die sich aber auch in dem unmittelbaren Grenzgebiet, also in dem grenznahen Raum nach NUTS-III-Ebene für uns Thüringer dahin ausdehnen werden. Deshalb gehören auch diese beiden Landkreise im Rahmen dieser INTERREG-III-Förderkulisse zu dem aktuellen Programm der tschechisch-sächsischen Grenze. Und es heißt eindeutig, Thüringen ist in diesem Programm mit finanziellen Mitteln enthalten. Die Kommission hat im Juli dieses Jahres ja im Rahmen ihres Aktionsplans zur Gemeinschaftsaktion der Grenzregionen Maßnahmen vorgestellt, die gerade diese Grenzregion in Bezug auf Wettbewerbsfähigkeit zur Osterweiterung unterstützen sollen. Sie hat natürlich betont, dass die bessere Koordinierung der vorhandenen Förderinstrumente in den Grenzregionen eine besondere Rolle spielen soll. Was heißt das im Klartext? Es gibt nicht mehr Geld, denn genau das ist der Punkt, wo die Länder zum Beispiel über den Bundesrat und auch Teile von Landesparlamenten eine klare Forderung aufgemacht haben, hier nicht aufgrund der Verschiebung von bestehenden Förderprogrammen den Prozess der Grenzweiterung genau auf dem finanziellen Level halten zu müssen, nicht ausreichend ist, sondern es muss eine Mittelaufstockung in diesem Prozess geben. Deshalb finde ich es an dieser Stelle umso wichtiger, darauf hinzuweisen, dass hier natürlich auch die Bundesregierung ein Stück in Verantwortung steht, dass sie sich bei der Behandlung im Rat über die Auswirkungen der Erweiterung für die Beitrittsländer in den grenznahen und angrenzenden Regionen natürlich substantiell entschieden für Nachbesserungen einsetzt.

(Beifall bei der CDU)

Wir können die Osterweiterung natürlich auch als Job-Motor nutzen. So, wie die Situation der deutschen Wiedervereinigung mit dem Wiederaufbau und den notwendigen erforderlichen Investitionen eine Chance damals für die Wirtschaft in den alten Bundesländern war, so können wir die Erweiterung der EU mit dem Wiederaufbau und dem investiven Nachholbedarf in den Beitrittsländern auch als Chance für die Thüringer Wirtschaft betrachten. Wir

können durchaus flexibel auf die vorhandenen Möglichkeiten reagieren. Wir haben einen Vorlauf, den wir nutzen können und uns auf den Erweiterungsprozess auch entsprechend einstellen.

Die Osterweiterung ist kein Nullsummenspiel, meine sehr geehrten Damen und Herren, in dem nur der eine gewinnt, wenn der andere etwas verliert. Seit Bestehen des gemeinsamen Binnenmarkts gibt es den gemeinschaftlichen Besitzstand, auch *Acquis communautaire* genannt. Der umfasst heute ca. 20.000 Rechtsakte. Der macht es den Beitrittskandidaten schwer genug, sie so anzunehmen und, was für die Rechtssicherheit noch viel wichtiger ist, sie natürlich auch anzuwenden. Hier fehlt es den Kandidatenländern noch an entsprechend ausgebildetem Personal. Ich denke, wer die Große Anfrage aufmerksam gelesen hat, wird erkennen, wir haben im Bereich der Justiz, wir haben in anderen Bereichen über Verwaltungshilfe wichtige entscheidende Schritte von Thüringen aus gesetzt.

Der Europäische Rat von Nizza - weil das vorhin auch noch mal angesprochen worden ist - hat im Dezember letzten Jahres Instrumente zur Dynamisierung gerade dieses Verhandlungsprozesses beschlossen. Er hat sich für die Nutzung des Instruments des Teilabschlusses und auch die Billigung von unproblematischen Anträgen auf Übergangsfristen seitens der Beitrittsländer ausgesprochen. Es ist doch völlig klar, ein harmonisches Zusammenwachsen eines Gebiets, das durch solche enorm großen Unterschiede hinsichtlich des wirtschaftlichen Wohlstands und auch der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung geprägt ist, setzt im beiderseitigen Einvernehmen, im beiderseitigen Interesse in bestimmten Bereichen flexible Übergangslösungen voraus. Ich will nur Freizügigkeit der Arbeitnehmer, Dienstleistungsbereich, Landwirtschaft, Verkehr, Transport an dieser Stelle nennen. Wer sich über den aktuellen Stand gerade dieser einzelnen Verhandlungen zu den Kapiteln und zu den Übergangsfristen informieren will, so verweise ich hier noch mal auf die Anlagen 2 und 3 unserer Großen Anfrage, wo man das sehr genau nachvollziehen kann. Über die konsequente Abarbeitung, gerade in Bezug der einzelnen Kapitel, haben wir letztendlich auch in Litauen gemerkt, wie intensiv dort in dem Parlament gerungen wird, um genau hier auch zu dem entscheidenden Zeitpunkt die Chance zu haben, bei der Erweiterung dabei zu sein.

Der Gipfel von Nizza von Dezember 2000 wurde von mir damals schon als enttäuschend eingeschätzt. Ich habe das auch öffentlich artikuliert, weil viele anstehenden Probleme nicht zufrieden stellend gelöst werden konnten. Wir haben das heute schon gehört: Osterweiterung, institutionelle Reformen und Kompetenzabgrenzung. Die Folge genau dieses Prozesses war ja dann, dass man ganz schnell - was man jetzt natürlich als Erfolg auch werten kann - den Auftrag an die Regierungskonferenz 2004 erteilt hat, nämlich die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten eindeutig

vorzunehmen. Europäisierung und Regionalisierung bedingen sich gegenseitig und die Region ist schon für den einzelnen Bürger identitätsstiftend. Entscheidungen sollen natürlich wo immer möglich vor Ort und damit bürgernah getroffen werden. Regionen dürfen nicht zu bloßen Vollzugsorganen von Brüssel werden und eine zunehmende Kompetenzzanmaßung der europäischen Ebene hinnehmen. Ich darf vielleicht an der Stelle auch noch einmal daran erinnern, die Kompetenzzanmaßung, die damals ihren unrühmlichen Höhepunkt in den Sanktionen gegenüber Österreich gefunden hatte, kann nicht der Weg in die Zukunft Europas sein.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben von Herrn Minister die Zahlen gehört, gut 40 Prozent der Menschen, die einer Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union eine positive Gegenüberstellung abbringen können, das heißt im Umkehrschluss: 60 Prozent auf dem Weg haben wir noch nicht mitgenommen. Diese Menschen haben wir noch nicht erreicht und an der Stelle, glaube ich, sind wir in Verantwortung. Hier muss der Hebel angesetzt werden, hier muss natürlich genau durch Öffentlichkeitsarbeit, durch genau diese Maßnahmen, die auch in unserem Antrag stehen, versucht werden, diesen doch sehr hohen Prozentsatz der Menschen und Bürger für die Europäische Union zu gewinnen. Wie schwierig das wird, das ist auch klar. Die Tatsache, dass der Vertrag von Nizza schon die erste Hürde überhaupt, den Volksentscheid in Irland nicht genommen hat, die dokumentiert ja deutlich, wie die Bürger auf solch ein Referendum antworten und, ich glaube schon, dass man hier auch gerade substanzielle Zuständigkeiten der Länder und Regionen gewährleisten muss, wenn man sie in dieses Boot bekommen will.

Die Landesregierung sagt Ja zu einem europäischen Verfassungsvertrag zur Begrenzung der Kompetenzen. Nur mit einer klaren Zuständigkeitsregelung wird auch eine schleichende Kompetenzerweiterung verhindert.

(Beifall bei der CDU)

Ich will jetzt nicht noch einmal auf die Kopenhagener Kriterien eingehen, die kennt jeder hier im Raum, aber die Kommission wird ihre kontinuierlichen Fortschrittsberichte zu den Beitrittsländern abgeben. Im nächsten Monat wird wieder einer vorliegen und, ich denke schon, man darf sehr gespannt darauf sein, wo gerade die Entwicklung in diesen Ländern hingegangen ist. Dieser Diskussionsprozess ist im vollen Gange und, ich denke, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Strukturpolitik, die Bestandteil der Koalitionspolitik ist, die Herr Minister Gnauck vorhin ausführlich angesprochen hat, sie ist ein wesentlicher Bestandteil in der Zukunft, vor allen Dingen auch für uns in Thüringen. Das bedeutet natürlich schon vor dem Hintergrund dieser Entwicklung, dieser Erweiterung, dass eine Neuordnung von Struktur- und Regionalpolitik vonstatten gehen muss. Hier ist natürlich auch

verfassungsmäßig die Bundesregierung aufgefordert, in einen konstruktiven Dialog mit den Ländern einzutreten, um möglichst kurzfristig eine gemeinsame Position der Mitgliedstaaten Deutschlands zu entwickeln. Klar ist auch, dass in den Beitrittsländern der Nachholbedarf in wirtschaftlichen und strukturellen Bereichen sehr groß ist. Wir haben es, wie bereits vorhin erwähnt, uns vor Ort selbst anschauen können. Aber das darf nicht bedeuten, dass die Ziel-1-Regionen nach 2006 schlechter gestellt werden als vergleichbare Regionen. Dafür sind Übergangsregelungen und langfristige Auslaufmodelle anzunehmen. Wer sich mal das Bruttoinlandsprodukt der Beitrittsländer anschaut, der weiß schon und kann schon erahnen, wohin der europäische Durchschnittswert sich bewegen wird. Wie in Punkt 36 der Großen Anfrage festgestellt wird, wird natürlich Thüringen nach diesem Prozess weiterhin zu Entwicklungsproblemregionen gehören. Das Ergebnis der Halbzeitbewertung, der Strukturfondszeitraum von 2000 bis 2006 wird im Jahr 2003 ganz konkret benannt werden und danach, denke ich, muss man sich schon darüber unterhalten, welche konkrete inhaltliche Ausgestaltung die Förderung Thüringens für den Zeitraum ab 2007 dann annehmen muss. Denn eins ist sicher, angesichts des unumkehrbaren europäischen Integrationsprozesses müssen alle Anstrengungen unternommen werden, ich habe es bereits erwähnt, um auch vor allen Dingen die Bürger mitzunehmen, die Öffentlichkeit mitzunehmen. Wir müssen dringender denn je an diesem Prozess alle miteinander, meine Damen und Herren, wie wir hier sitzen und vor allen Dingen auch draußen in der Öffentlichkeit, sehen, wie kann diesem Thema Europa, wie kann diesem Beitrittsvereinigungsprozess Europas auch ein Stück Angst genommen werden. Herr Koch, ich sehe das also gar nicht so wie Sie mit unserem Antrag, denn der Hintergrund unseres Antrages ist ja genau der, dass wir über diesen Prozess auch die Möglichkeit erhalten, in Form der Ergebnisse der Großen Anfrage auch in unserem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten genau diesen Prozess weiterzuführen und ihn thematisch behandeln zu können.

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, stelle ich hier den Antrag, die Drucksache 3/1878 der CDU-Fraktion, "Thüringen - eine bürgernahe Region im Zentrum einer erweiterten Europäischen Union" an den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten zu überweisen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Dann kommen wir zum nächsten Redner, Herr Abgeordneter Dr. Botz für die SPD-Fraktion.

Abgeordneter Dr. Botz, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir teilen insgesamt, um das vorzuschicken, die

generelle grundsätzliche Bewertung der - ich betone das mal an dieser Stelle - so genannten Osterweiterung, so wie sie uns auch in der Beantwortung dieser Großen Anfrage durch die Landesregierung eingeschätzt wurde. Das wird auch niemanden verwundern, es hat seit Jahrzehnten zwischen den Verantwortung tragenden Parteien in Deutschland immer einen großen grundsätzlichen Konsens hinsichtlich des europäischen Einigungsprozesses gegeben, insofern ist von unserer Seite heute hier auch nichts Unberechenbares oder grundsätzlich anderes zu erwarten.

Dieses ist aber kein Nachteil, sondern dieses ist ein Vorteil auch angesichts dessen, so verstehe ich auch meinen Vorredner, dass wir im Unterschied zur Zeit von vor drei, vier oder zehn Jahren in der bundespolitischen Verantwortung gewechselt haben, wie es eben in Demokratien immer wieder vorkommt. So ein Schicksal erleidet uns ja in Deutschland nicht alleine, das ist ja, Gott sei Dank, auch woanders immer wieder aufgetreten.

Ich möchte nur, weil ich diese so genannte Osterweiterung genannt habe, und das ist ja das Hauptthema der Anfrage und auch des Hauptumfangs der Antworten, die die Landesregierung gegeben hat oder versucht hat zu geben, eine Vorbemerkung machen, meine Damen und Herren. Wir werden jetzt, auch ich werde jetzt immer wieder den Begriff "Osterweiterung" verwenden. Ich möchte nur eingangs ganz einfach noch einmal in Erinnerung rufen, gerade deshalb, weil in Europa Begriffe immer ganz stark - das hat was mit Verdolmetschung zu tun - mit Befindlichkeiten zu tun haben. Wir hatten gestern das Glück, hier den Außenminister einer der beitrittswilligen Republiken zu Gast zu haben und in Erinnerung an diesen Umstand - ich meine, es wäre noch schöner gewesen, er wäre zu diesem Tagesordnungspunkt da, aber das lässt sich so nicht machen - gerade mit Blick auf diesen Besuch, den ich wirklich bemerkenswert finde für ein regionales Parlament hier in unserem föderalen Deutschland, für den ich auch sehr dankbar bin, möchte ich darauf hinweisen, es handelt sich eigentlich nur im Arbeitstitel immer um Osterweiterung, sondern in der Sache handelt es sich um die Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in dieses Erfolgskonzept eines sich integrierenden, demokratischen, rechtsstaatlichen, verfassten Kontinents. Auf diesem Wege sind wir miteinander und - das möchte ich einmal voraus schicken - dann gehe ich auch wieder zum Arbeitsbegriff Osterweiterung über. Auch wenn er immer wieder im Osten manchmal, und Sie wissen warum, ich brauche das nicht ausführen, mit gewisser Befindlichkeit gehört wird.

Meine Damen und Herren, eins darf man sagen, ich meine, das knüpft vielleicht an eine Gesamteinschätzung von Herrn Koch an. Also, das möchte ich hier auch zum Ausdruck bringen. Die eine oder andere Antwort, die von der Landesregierung kommt, ist an sich, manchmal wirklich wortwörtlich, wenn man die anderen Dokumente kennt, die Einschätzung der Kommission, manchmal auch de-

ckungsgleich mit der Einschätzung der Bundesregierung, relativ selten. Aber das würde ich der Landesregierung nicht absprechen, denn einige uns interessierende Bereiche sind in der Tat wirklich eine Antwort der Landesregierung. Ich möchte nicht zu einer so fundamental vernichtenden Kritik hier ansetzen und ich gebe meinem Vorredner auch insofern Recht, dass das, was wir hier vorgelegt bekommen haben, in seiner Substanz, auch in seinem Umfang und der Akribie, in der Dinge aufgezählt und genannt werden, für uns als Parlamentarier, für die thüringische Öffentlichkeit, für die Bürger, die es interessiert, ein nützliches Dokument unseres europapolitischen Beitrags hier in diesem Freistaat Thüringen ist. Als solches möchte ich es erst einmal grundsätzlich bewerten.

(Beifall bei der CDU; Abg. Bechthum, SPD)

Zu Kritikpunkten komme ich noch ausreichend. Die sind aber überwiegend anregender Natur, so verstehe ich uns jetzt in dem Prozess.

Meine Damen und Herren, einer der wichtigsten Punkte, er spielt international, auch national eine immer größere Rolle, je dichter mögliche Beitrittstermine kommen, es ist der Komplex der Freizügigkeit, freier Personenverkehr, freier Dienstleistungsverkehr - ist hier schon kurz angerissen worden. Viele Ängste und Risiken, die sich damit verbinden, werden immer einmal wieder auch von den Medien betont, manchmal sehr stark, manchmal, Gott sei Dank, sehr realistisch beleuchtet. Sie wissen, dass wir von Seiten der Kommission sozusagen ein Angebot haben, das sich zwischen fünf plus zwei Jahren bewegt. Ich halte es für richtig, wenn ich auch nicht glaube, dass es so kommen wird, dass die Bundesregierung mit dem Bundeskanzler vorweg, und das ist nicht einfach, auch wenn sie in den Osten fährt, für sieben Jahre Übergangsregelung streitet. Wenn man dorthin fährt, ist man zu Gast. Man steht in der Tradition, auch das sage ich Ihnen, verstehen Sie das nicht nur als Kritik, meine Damen und Herren von der CDU. Wenn man in der Tradition der Aussagen von 1989/90 bis 1998 usw. auch steht - Sie wissen, was ich meine - und sehr frühzeitigen Aussagen von vielen, nicht nur deutschen Spitzenpolitikern, unter anderem auch dem ehemaligen Bundeskanzler Dr. Kohl, der ja einmal zu polnischen Freunden gesagt hat - und viele von uns haben damals auch gedacht, na ja, warum eigentlich nicht - vorsichtig genug war er, aber ich darf Sie daran erinnern, 1994, eine ganz wichtige Aussage, wurde mit großer Hoffnung im Osten aufgenommen, um das Jahr 2000 herum sind die ersten Beitritte denkbar. Nun, wenn es denn so kommt, sind die ersten 2004. Sie wissen, wenn wir alles ratifiziert haben, wird das vielleicht noch später 2005/2006 möglich. Nun kann man sich darüber streiten, war das eine zu optimistische Aussage. Ich will das gar nicht als vernichtende Argumentation hier einwerfen, ich möchte uns nur darauf hinweisen, dass wir uns in einem Prozess befinden, und da knüpfe ich auch an meinen Vorredner an, der einmalig, erstmalig ist und

wir haben nur einen Versuch. Davon bin ich persönlich überzeugt. Wir haben einen Versuch, diesen Kontinent endlich nach Jahrhunderten der Trennung zu einigen und vernünftig in fairer Partnerschaft miteinander vertraglich einzubinden. Diese Frage der Freizügigkeit ist eine äußerst sensible Frage. Ich würde mir wünschen, Herr Minister, vielleicht können wir da als Thüringer das anregen. Ich weiß nicht, ob die Kräfte bei uns ausreichen, vielleicht muss es bundesweit oder auch international stärker gemacht werden. Wir sollten vielleicht doch versuchen, diese doch etwas unklaren Aussagen, die auch der Kommission immer wieder über die Lippen gehen, wie stark wird denn Zuwanderung, Einwanderung, freier Personenverkehr sich nach dem Beitritt auswirken? Mit wie vielen Menschen, um es einmal ganz klar zu sagen, wird denn in welchen Zeiträumen zu rechnen sein? Da fehlen mir eindeutig etwas klarere Analysen. Ich kann mir bei all den modernen und statistischen Möglichkeiten, die wir heute haben, nicht vorstellen, dass in den nächsten zwei, drei Jahren nicht möglich sein sollte, den Freunden im Osten einmal bei Umfragen seriösester Art zu helfen, um stärker zu eruieren, was wirklich zu erwarten ist. Wenn wir nämlich nur die Bruttoeinkommen des Bruttosozialprodukts vergleichen und da 1 : 10 und solche Dinge in den Raum stellen, vernachlässigen wir eindeutig den Umstand, der, Gott sei Dank, in Thüringen auch noch etwas wirkt, dass die Leute nicht nur auf das Portemonnaie schauen, sondern auch ihre Heimat, ihre lebenswerten Umstände und andere Faktoren prüfen und abschätzen, bevor sie sich in Bewegung setzen. All das sollte stärker abgewogen werden.

Ich möchte dann auf einige Einzelpunkte eingehen. Bei der Beantwortung der Frage 13 geht es ganz konkret um Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Hier gibt es einen unserer Auffassung nach sehr wichtigen aber doch sehr allgemein klingenden Hinweis, dass effektivere Bekämpfung der Schwarzarbeit angestrebt werden muss und konsequenter betrieben werden muss.

Meine Damen und Herren, ich sage einmal ganz selbstkritisch für uns alle, so lange, wie ich jetzt Gelegenheit habe, Politik auch innerhalb Deutschlands usw. aufmerksam zu verfolgen, das haben wir eigentlich immer gesagt: Schwarzarbeit muss stärker bekämpft werden, da sollten wir uns stärker anstrengen. Mit Blick auf das, was 2004 und danach kommen könnte, müssen wir hier wirklich, aber wahrnehmbar schneller und stärker etwas tun, und das, so bitter all das ist, was in den letzten vier Wochen geschehen ist, also vor allen Dingen am 11. September.

Meine Damen und Herren, ich habe so die Hoffnung, wenn ich sehe, was in Amerika selbst für Bewegung entstanden ist, wie schnell wir in Europa auf einmal Dinge beschleunigter in die Hand nehmen, auch in Deutschland, vielleicht hilft uns dieser Ruck, auch diese Dinge - die haben ja manchmal etwas mit organisierter Kriminalität zu tun - beschleunigter in die Hand zu nehmen und

hier stärker anzugreifen.

Zu Frage 14: Hier geht es um Verkehrswegeinfrastruktur und die Frage Einsatz der Strukturfondsmittel. Hier gibt es eine unserer Auffassung nach durchaus realistische Einschätzung des Handlungsbedarfs, der in den nächsten Jahren für Thüringen, aber auch für die beitragswilligen Staaten gegeben ist. Ich möchte hier nicht noch einmal alles aufzählen. Ich möchte eine Anregung aussprechen, auch natürlich in Richtung der Landesregierungsmitglieder, denn wir reden ja jetzt nicht nur mit dem zuständigen Fachminister, sondern mit der gesamten Landesregierung, vielleicht doch einmal in Ruhe und Gelassenheit, ohne Hektik darüber nachzudenken, ob wir die Zwischenauswertung 2003 dann auch mit als Anlass nehmen, um die verbleibenden Strukturfondsmittel bis 2006 und die, die es später ja auch noch geben wird, darauf komme ich noch einmal zurück, dann vielleicht doch stärker in das umzusteuern, was uns Unternehmer ja auch immer stärker nahe legen. Wir brauchen gar nicht mehr so viel einzelbetriebliche Förderung, sondern eigentlich wissen wir, wohin wir gern unsere Unternehmen setzen würden, wo wir investieren würden. Helft uns mal schneller die infrastrukturellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, sprich Autobahnanschlüsse, Bundesstraßen, Ortsumgehungen usw., damit es sich lohnt, diese Firma an diese Stelle zu setzen. Lassen Sie uns also darüber nachdenken, die EFRE-Mittel stärker in der verbleibenden Zeit, wo wir sie erhalten, dort einzusetzen.

Eine Bemerkung - ich mache einen großen Sprung, aber es darf ja auch nicht zu lange dauern in unser aller Interesse - zu Frage 22 auf der Seite 27 des Gesamtpakets. Es ist kurz angesprochen. Ich muss es noch einmal aufgreifen, weil das für uns als SPD-Fraktion mit sehr wichtig ist, diese Kritik. Sie ist nicht versteckt, sie ist schon ziemlich offen an diesem offenen Koordinierungsverfahren. Man muss sie ernst nehmen. Es ist so. Wenn man das einfach so laufen lässt, das ist so. Die Kommission würde solche Verfahrensweisen durchaus nutzen, um immer mehr schleichend in weitere Kompetenzen zu kommen. Ich bestätige das ein weiteres Mal. Ich habe das schon öfters getan. Aber sie zu verbinden oder so ausschließlich auf dieses Koordinierungsverfahren und dann vor allen Dingen mit Kritik auf den Bereich, in dem es erstmals durchaus erfolgreich von allen Mitgliedstaaten begrüßt, auch von Deutschland damals, insgesamt jedenfalls vom Prinzip her, diese Kritik so fundamental im Raum stehen zu lassen, davor warne ich. Wenn es ein Gebiet gibt, meine Damen und Herren, und das interessiert unsere Bürger da draußen, das verstehen sie besser als all die komplizierten Begriffe, mit denen wir als Politiker hantieren, wo bleibt nach dem Euro, nach dem Binnenmarkt, nach all den wettbewerbsrechtlichen Regelungen, wo bleibt der Abbau des Defizits, auch sozialpolitisch nicht die totale Harmonisierung, aber sobald wie möglich einen gewissen Ausgleich, eine stärkere Annäherung der Verhältnisse zu erreichen. Das ist eine berechtigte Frage. Auf diesem Wege ist dieses offene Koordinierungsverfahren durch-

aus hilfreich gewesen und sollte auch für andere Bereiche ins Auge gefasst werden. Inwiefern man dann die Weiterentwicklung der zukünftigen Verträge nutzt, um das eindeutig für die Zukunft festzuschreiben, das ist sicher eine wichtige Aufgabe, die weiter bestehen bleibt.

Was mir gefallen hat, das möchte ich hier ausdrücklich auch sagen, und das spricht für eine gute Zuarbeit, auch aus dem Hause des Ministers, der jetzt gerade zufällig das Haus verlassen hat, das ist meiner und unserer Auffassung nach eine sehr realistische Einschätzung des gegenwärtigen Agrarhandels, der Bedeutung für die Ernährungswirtschaft Thüringens und, da sind wir ganz fest davon überzeugt, einer zukünftigen Entwicklung. Sie wissen oder manche wissen es auch nicht, dass wir hinsichtlich des Exportanteils, des Anteils am thüringischen Export immer noch die Ernährungswirtschaft vor der Automobilindustrie haben. Angesichts dessen, dass wir durchaus interessante Größenordnungen an Automobilindustrie haben, ist es ein Fakt, der in der Öffentlichkeit etwas zu gering bekannt ist in Thüringen. Das meine ich nicht in Richtung der Landesregierung, sondern der Öffentlichkeit zu wenig bekannt und ich sage Ihnen eines, um das mal plakativ zum Ausdruck zu bringen: wer etwas verkaufen will, und das wollen wir, in diesem Bereich haben wir eindeutige Zukunftschancen, der muss auch dafür sorgen, dass potenzielle Käufer genügend Mittel haben. Deswegen muss man immer die Wechselwirkung sehen, meine Damen und Herren. Wir müssen den anderen helfen, schneller in Tritt zu kommen, ihre Infrastruktur auszubauen, ihre Unternehmen aufzubauen, ihre Kaufkraft zu stärken, um bei uns, in unserem Teil des kommenden Binnenmarktes, auch die Aufträge auf den Tisch zu bekommen.

Meine Damen und Herren, keine Antwort gab es, leider, bei der Frage 26. Da gibt es praktisch nur eine Feststellung, dass es einer Neuordnung des europäischen Kompetenzgefüges bedarf. Welcher Art eine solche Neuordnung des Kompetenzgefüges ist, diese Antwort bleibt die Landesregierung an dieser Stelle tatsächlich schuldig. Also da hoffe ich, dass wir im Ausschuss dann an der Stelle vielleicht noch etwas weiter kommen. Es gibt meiner Auffassung nach auch widersprüchliche Passagen in der gesamten Beantwortung der Großen Anfrage hinsichtlich der Rolle der Parlamente in Zukunft innerhalb der europäischen Union. Einerseits gibt es eine ganz klare Aussage, dass in erster Linie das europäische Parlament für die Kontrolle der EU-Organen zuständig ist und auch bleiben soll. Es taucht aber immer wieder die Hoffnung auf, dass nationale Parlamente stärker einbezogen werden können. Da würde dann aber interessieren, da das eine unheimlich heikle Frage ist, die aber ganz wichtig für die Zukunft ist, würde es schon mal interessieren, wie die konkreten Vorstellungen aussehen könnten, um wie viel stärker und in welcher Form nationale Parlamente einbezogen werden könnten.

Meine Damen und Herren, mit Blick auf die Regierungskonferenz 2004 möchte ich Folgendes sagen: Prinzipiell

und in großen Teilen, stimmen wir jeglichen Bestrebungen auf dem Weg zu, um endlich eine europäische Verfassung zu erreichen. Der Minister hat hier vieles ausgeführt, was ich nicht wiederholen will, was wir unterstützen. Wir begrüßen auch ausdrücklich insgesamt die Vorschläge, die der Herr Minister auch in seiner besonderen Rolle, die er ja insgesamt für alle Bundesländer in den letzten Monaten und Jahren gespielt hat, hier auch in diesem Papier vorgelegt hat. Ich möchte aber die Gelegenheit nutzen und hier noch zwei, drei Nachfragen stellen, die sich für uns hier aufgetan haben.

Herr Minister, bei diesen Vorschlägen zum Verfahren Ihrerseits hinsichtlich des kommenden Konvents, den wir grundsätzlich begrüßen, machen Sie den Vorschlag, dass die Möglichkeit der Abstimmung praktisch ins Auge gefasst wird. Wir haben bis jetzt den Vorsitz des Konvents, also unseren ehemaligen Bundespräsidenten, Herrn Herzog, auch in der Öffentlichkeit so verstanden, dass es wahrscheinlich nicht so ohne weiteres gelaufen wäre, wenn es Abstimmungen gegeben hätte. Vielleicht können Sie dazu noch einmal etwas sagen. Laufen wir dann nicht Gefahr, in ähnliche Rituale zu verfallen, wie im Rat oder wie wir sie auch im Europaparlament immer wieder erleben? Das als Frage.

Sie schlagen einen halbjährlichen Zwischenbericht an den Rat und die nationalen Mitgliedstaaten vor, den wir ohne weiteres begrüßen. Eine Frage sei mir gestattet, Sie werden verstehen, wenn ich sie stelle, warum eigentlich nicht auch diesen Zwischenbericht ans Europaparlament? Meiner Auffassung nach sollte er auch an diese Institution weitergegeben werden.

Was die Zusammensetzung des Konvents betrifft, Herr Minister, sprechen Sie von einer Korrektur, um die Gruppe der Regierungsvertreter stärker ins Spiel zu bringen gegenüber den Vertretern der Parlamente. Da bitte ich Sie vielleicht noch mal, wenn das heute geht, wenn nicht, dann machen wir das im Ausschuss, das zu untersetzen, vielleicht mit Zahlenverhältnissen. Als Parlamentarier gehen uns die Ohren hier natürlich ein bisschen hoch, wenn ein Regierungsvertreter sagt, die Regierungsvertreter müssen in einem solchen Konvent auf jeden Fall stärker werden als die Parlamentarier. Also, da möchte ich mal ganz leise Bedenken anmelden.

(Zwischenruf Abg. Wackernagel, CDU: Die wollen doch nur Kommunalpolitiker haben.)

Aber, ich gehe mal davon aus, dass derjenige, der die Vorschläge gemacht hat, da ganz klare Antworten dazu hat. Das dazu.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch etwas zur Frage der Struktur- und Förderpolitik insgesamt sagen. Unsere Sorgen, wie es mit der Strukturförderung nach 2006 weitergeht, die sind wichtig, die sind berechtigt, das wissen wir alle. Wenn ein Bundesland im Wesentlichen um die

5 Prozent seines Haushalts in den letzten zehn Jahren basierend auf europäischen, fest zugesagten Mitteln zur Verfügung hat, dann ist das eine Größenordnung, über die man sich ganz einfach mit Blick auf die Zukunft Gedanken machen muss. Abrupte Brüche, wie sie immer wieder hier auch in der Fragestellung auftauchen, ich glaube, das wissen auch die Fragesteller, das weiß auch die Landesregierung, die werden so nicht kommen. Was kommen wird, ist mit hoher Wahrscheinlichkeit, die Vorredner haben das dargelegt, ein Auslaufen der Förderungen, wie sie auch schon in anderen Zielgebieten, die diese 75 Prozent-Marke vor wenigen Jahren überschritten haben, abgelaufen sind. So schwer es ist, meine Damen und Herren, als einer der Mitgliedstaaten, auch wenn wir nicht mehr an der Spitze der Nettozahler stehen, der die Masse des Geldes für die Union aufbringen muss, müssen wir die andere Seite sehen. Wir müssen aufpassen, wenn wir da zu schnell und zu viel fordern, auch die Bundesregierung jetzt auffordern würden, was ich wirklich für falsch halten würde, jetzt schnell fünf Euro in die Hand zu nehmen und das schon zu sagen, dass wir die in Zukunft in die Hand nehmen, um in den eigenen, noch wirklich stark zu fördernden Zielgebieten, dann vielleicht einen Euro ankommen zu lassen, weil die anderen vier natürlich innerhalb der jetzigen EU und der sich erweiternden EU gebraucht werden. Dann muss man da als potenzieller Zahler ein bisschen vorsichtig sein und muss diese Sache in ihrer gesamten Komplexität beachten.

Auf Kleinigkeiten will ich nicht eingehen, eine erwähne ich, vielleicht ein bisschen scherzhaft, Herr Minister. Etwas gestutzt habe ich ganz am Anfang, als ich zur Kenntnis genommen habe, neben einer der vielen Aktivitäten, die hier aufgezählt werden in dieser Beantwortung der Großen Anfrage, konnte ich zur Kenntnis nehmen, ich habe das nicht gewusst, aber vielleicht kann das mal aufgeklärt werden, dass wir noch 1999, gemeinsam mit den Tschechen, also mit thüringischen und tschechischen Gastronomen, zu E-Commerce und Kooperationen im Internet eine Veranstaltung durchgeführt haben, was das Allerbeste ist, was wir tun können. Aber warum wir es in Hof gemacht haben, 1999, das verstehe ich nicht ganz. Es ist eine Kleinigkeit, kann aber vielleicht am Rande mal aufgeklärt werden.

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU: Euregio Egrensis existiert.)

Ich habe Ihnen ja gesagt, gestatten Sie mir doch mal auf eine Kleinigkeit hinzuweisen, Sie können sich doch dann zu Wort melden.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Abschluss kommen und noch mal ganz kurz den Bogen schlagen zu dem, was uns heute Vormittag beschäftigt hat. Diese Solidarität, wie wir sie heute überwiegend hier im Parlament bekundet haben, steht nicht im Widerspruch zu Wettbewerb. Ich hoffe, Sie verstehen mich da richtig. Wir sind als EU neben den Vereinigten Staaten von Amerika auf

dem Weg, einer der größten Binnenmärkte auf dieser Welt zu werden, z.T. sind wir es schon. Je nachdem, wie man es betrachtet. Darum geht es unter anderem, aber es geht nicht nur darum, das ist heute Morgen klar geworden, dazu will ich nicht sprechen.

Meine Damen und Herren, es geht insgesamt, und das dürfen wir bei allen Kleinigkeiten und Diskussionen nie aus dem Auge verlieren, darum, unser europäisches Modell von Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und sozialer Gerechtigkeit auszubauen, weiter zu entwickeln, zu festigen und nicht zuletzt auch in ein ökologisch nachhaltiges, zukünftiges Modell für weitere Regionen in dieser unserer Welt zu gestalten. Die aktuellen Ereignisse sollten uns darin bestärken, dass dieser Weg beschleunigter, noch entschlossener und hoffentlich auch noch erfolgreicher beschritten wird.

(Zwischenruf Abg. Wackernagel, CDU:
Wann, morgen?)

Eins müssen wir insgesamt alle - und da stehen wir in Verantwortung, alle wie wir hier sind in diesem hohen Hause - es muss uns besser gelingen, den Bürgern draußen, diesen Männern und Frauen auf der Straße, denen müssen wir noch besser und klarer, verbindlicher und auch verständlicher erklären, weshalb es kein Zurück auf diesem Weg geben kann und weshalb wir diesen Weg für richtig halten. Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Gerstenberger, PDS-Fraktion.

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Herr Bergemann, wenn Sie nicht immer Redezeitverlängerung provozieren würden durch Ihre Nichtwahrnehmung von Positionen von PDS-Seite, hätten wir es wahrscheinlich auch einfacher mit der Rededauer hier im Parlament. Was Sie Herrn Dr. Koch unterstellt haben, ist schlicht und ergreifend falsch, das wissen Sie auch, aber für das Protokoll haben Sie es halt mal irrtümlicherweise so dargestellt.

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: Nein, nein, es ist eine Tatsache.)

Ansonsten hätten Sie vernommen, dass es ein klares Ja zu Europa gab, dass es auch von uns so ein klares Ja zu einem Mindeststandardsystem in der sozialen Sicherung gibt, allerdings von der Landesregierung in der Antwort nichts weiter als Bedenken und Zweifel an dem, was sich dort auf tun könnte, und Aussagen einer Bundesregierung, die ja mal Ihrer Partei zugeschrieben wurde, die eben genau diese Sicherung von Mindeststandards im Sozialsystem

nicht befördert hat. Vor dem Hintergrund - lesen Sie noch einmal genau Ihren ersten Absatz im Antrag durch -, wer dann nicht merkt, dass er für die weitere politische Arbeit entbehrlich ist, Ihr Antrag, der tut mir wirklich nur noch leid.

(Beifall bei der PDS)

Denn genau mit dieser Entbehrlichkeit von Anträgen für die politische Arbeit haben Sie gearbeitet, wenn Sie den Oppositionsfraktionen vorgeworfen haben, Sie würden puren Populismus betreiben, leider.

(Zwischenruf Abg. von der Krone, CDU:
Machen Sie doch auch.)

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU:
Das machen Sie doch immer.)

Leider, bei diesem Thema, Herr Bergemann, ist dieser Antrag ein klassisches Beispiel für populistisches Handeln Ihrerseits.

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. von der Krone, CDU:
Da sind Sie doch Meister Matz.)

Ich will deshalb ganz kurz und knapp auf zwei Problemfelder eingehen, die ich in der sehr umfangreichen Antwort der Landesregierung vermisst habe, weil sie durchaus Konsequenzen haben, aber eben diesmal nicht Konsequenzen, die man einfordern kann von Bundespolitik, sondern das sind Konsequenzen, die sich ergeben im Handeln von Landespolitik und - diese Konsequenzen sind allerdings in der Antwort sehr kurz gekommen - zur Arbeitsmarktpolitik. Es ist eine Erweiterung genannt worden, Erweiterung des Staatsgebietes, und damit ist eine wesentliche Veränderung der Forderung verbunden. Das ist unstrittig, denn dann wird keine ostdeutsche Region mehr ein geschlossenes Ziel-1-Gebiet sein. Das wissen wir. Die Landesregierung, meine Damen und Herren, hat aber in den letzten Jahren die EU-Anteile aus dem europäischen Sozialfonds an den Arbeitsmarktfördermitteln ständig und permanent erhöht und die Landesmittel im Gegenzug reduziert. Wenn aber nun, Herr Bergemann, ab 2007 in Thüringen dieses Volumen an Förderung von EU-Seite nicht mehr gewährt wird, stehen wir im Haushalt vor einer Finanzierungslücke in diesem ganz entscheidenden und wichtigen Bereich der Politik, nämlich der Arbeits- und Berufsbildungsförderung, und dieses Problem jetzt anzugehen, halten wir für einen dringend notwendigen Prozess, bloß der kommt in der Antwort leider nicht vor.

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: Da lesen Sie mal meinen Bericht, was ich gesagt habe zur Perspektive.)

An dieser Stelle hätte ich mir schon gewünscht, dass etwas mehr und etwas deutlicher auf diese Frage hingewiesen wird, denn wir sind uns sicher, neben dem, was wir gestern diskutiert haben, Mittelreduzierung durch stillschweigende Nichtinanspruchnahme, ist dieses Problem von einer ganz anderen und viel weitreichenderen Dimension für die weitere Arbeit. Und ein Weiteres, mit der Problemstellung der Zukunft der EU-Strukturpolitik 2006, Herr Bergemann, da waren Sie dabei, damit hat sich die Enquetekommission Wirtschaftsförderung in Thüringen beschäftigt und in ihrem Abschlussbericht kommt die Kommission zu folgender Feststellung:

Erstens kommt es darauf an, die Potenziale der Erweiterung für einen wirtschaftlichen Aufschwung in Thüringen zu nutzen und dabei vor allem die bestehenden Vorteile wie räumliche Nähe, qualifiziertes Fachpersonal und Sprachkenntnisse für den Austausch mit den Beitrittsländern auszuspielen.

Zweitens, es wird eine Zuwanderung aus den Beitrittsländern geben, die in ihrer Höhe nicht quantifizierbar ist, die einen Druck auf die Arbeitsmarktsegmente der gering qualifizierten Beschäftigung erhöhen wird, die aber vor allem aufgrund der demografischen Entwicklung in Deutschland Chancen für Wachstumspotenzial und neue Grundlagen für soziale Sicherung in sich bergen.

Drittens: Für die europäische Strukturpolitik wird die Erweiterung des Kandidatenkreises Folgen haben, ohne dass abzusehen ist, dass das Herausfallen Thüringens in allen Landesteilen aus jeglicher EU-Förderung unwahrscheinlich ist. Daraus hat die Enquetekommission abgeleitet, dass sich Thüringen frühzeitig auf Änderungen einstellen muss und sich aktiv für eine Stärkung der Mitgestaltung an der europäischen Regionalförderung einsetzen muss.

In diesem Sinne wird die Feststellung in der Antwort der Landesregierung zu notwendigen Forderungen nach geeigneten Ausgleichssegmenten seitens der Bundesregierung ebenso richtig von uns geteilt wie die Einschätzung zur Entwicklung des Förderkriteriums 75 Prozent Bruttoinlandsprodukt. Nach Hochrechnungen, Herr Bergemann, des Instituts der Deutschen Wirtschaftsförderung Köln zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts nach Kaufkraftparitäten wird sich dieses Rechenkriterium, von dem Sie vermutet haben, dass man es berechnen könnte, exakt für Thüringen von 70 Prozent auf 81 Prozent erhöhen. Das ist in den Enqueteunterlagen nachzulesen, die wir besitzen. In dem Moment wird es sich erhöhen, wenn sich die EU 15 auf die EU 25 erweitern. Wer die Antwort in Ziffer 35 der Landesregierung nachliest, wird dort auch feststellen, dass es eben genau für diesen Bereich Optionen gibt, wobei wir als PDS-Fraktion davon ausgehen, dass die Option 2, auch wie sie von Dr. Botz hier vorgetragen wurde - Schaffung von Übergangsregelungen - für uns greifen wird.

Meine Damen und Herren, wichtig erscheint es in der Auswertung der Installation einer Arbeitsgruppe der Europaministerkonferenz, der einschlägigen Arbeitsgruppen der Wirtschaftsministerkonferenz, der Positionspapiere der Europaminister vom 5. September 2000 sowie der Grenzlandkammern vom August 2000 und Februar 2001, dass gegenüber der Kommission die partiell noch vorhandenen Rückstände benannt und weitere Beachtung im Rahmen der Fondsbereitstellung nach dem Jahr 2006 gefordert werden. Damit haben wir nämlich sachliche Argumente, um damit umzugehen. Dabei sollten anhand der vom Bundeswirtschaftsminister an den Kommissar der Europäischen Kommission im Juni 2001 gegebenen identifizierten Engpässe auf den Gebieten der Verkehrsinfrastruktur sowie der weiteren notwendigen Förderung von Wirtschaft, Kooperation und Arbeitsmarkt die spezifischen Thüringer Forderungen erarbeitet werden. Grundlage hierfür könnten auch die in den Feststellungen im Enqueteabschlussbericht zu den noch vorhanden teilungsbedingten Defiziten getroffenen Aussagen sein. Dabei gehen wir davon aus, dass durch Konzentration der bis zum Jahr 2006 vorhandenen Finanzmittel der EU, des Bundes und des Freistaats - derart eingesetzt - im bedeutendem Maße Rückstände aufgeholt werden und damit Voraussetzungen für eine weitere Entwicklung ab dem Jahr 2007 auch bei rückläufigen Strukturfondsmitteln möglich sind.

Meine Damen und Herren, wie Sie sehen, betrachte ich die Antwort der Landesregierung, so, wie auch mein Kollege Dr. Koch, in der Großen Anfrage nicht isoliert, sondern stelle sie in den Kontext eigener Unterlagen, die wir in diesem Haus zur Verfügung haben, also auch in den Kontext des Berichts der Enquetekommission. Von der Landesregierung erwarten wir Anstrengungen zur Sicherung von Rahmenbedingungen für eine stabile Entwicklung bis 2006 und nach 2006 im Sinne ihrer Antwort, aber auch im Sinne des Enqueteberichts. Schwarzmalerei, Herr Bergemann, war noch nie ein guter Leitfaden.

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU:
Die betreiben Sie.)

Eine realistische Bewertung und aktives Handeln wird auch für Thüringen die Entwicklung sichern helfen und, meine Damen und Herren, in den von mir eben skizzierten Teilen vermittelt die Antwort der Landesregierung eher den Eindruck eines ängstlichen Beharrens gegenüber dem bisher Erreichten und im großen Maße einen Forderungskatalog gegenüber der Bundesregierung.

Ich glaube, mit diesem Beispiel habe ich deutlich gemacht, dass es auch Handlungszwänge und Handlungsoptionen gibt, die die Landesregierung in diesem Zusammenhang zu erfüllen hat, die in der Anfrage zu kurz gekommen sind. Deshalb halten wir die Diskussion Ihres Antrags durchaus für geboten im Ausschuss für Europaangelegenheiten. Allerdings den Antragsinhalt, Herr Bergemann, den hätten Sie sich schenken können. Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Kallenbach, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Kallenbach, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte kurz daran erinnern, was gestern und heute hier in Erfurt für Begegnungen mit Vertretern aus dem europäischen Ausland stattgefunden haben. Gestern Vormittag hat der thüringische Ministerpräsident den Ministerpräsidenten der tschechischen Republik, Herrn Zeeman, empfangen. Gestern Nachmittag konnten wir hier im Thüringer Landtag den litauischen Außenminister empfangen und er war dann am Abend in der Staatskanzlei zum Erfurter Dialog. Wir hatten als Freundeskreis Gelegenheit, ihn kurz zu sprechen. Gestern Morgen habe ich eine Gruppe von Seniorenvertretern aus Litauen empfangen, die sich hier zu Fachgesprächen in Thüringen aufhalten. Gestern Mittag hat die Vizepräsidentin die Ausstellung über die Geschichte Litauens "Litauen auf dem Weg nach Europa" eröffnet, eine Ausstellung, die im Auftrag des litauischen Außenministeriums erstellt wurde und zum ersten Mal hier bei uns im Thüringer Landtag gezeigt wird und danach auf den Weg nach Europa gehen wird. Die zweite Station wird Wien sein. Ich darf auch daran erinnern, dass gestern und heute der Koordinierungsausschuss für die ungarisch-deutschen Wirtschaftskontakte in Erfurt tagt. An der Stelle möchte ich auch sagen, wir freuen uns, dass zwei Damen aus dem Centurio-Programm für etliche Tage bei uns im Hause sind, nämlich aus Kroatien und aus Rumänien. Ich möchte Sie an dieser Stelle herzlich begrüßen.

(Beifall im Hause)

Das macht deutlich, meine Damen und Herren, dass Thüringen zunehmend Anerkennung in Europa findet, Kollege Gerstenberger, da sollten wir die Rhetorik an dieser Stelle einfach weglassen. Denn auf dem Weg der Anerkennung und der guten Zusammenarbeit gerade mit den Beitrittsländern sollten wir voranschreiten. Und gerade der Außenhandel ist ein wirklich stabilisierender Faktor der Thüringer Wirtschaft. Das wird mehr und mehr deutlich. Immerhin ist der Außenhandel mit dem europäischen Ausland allein von 1999 zu 2000 um ein Drittel, um 33 Prozent, gestiegen und bezüglich der Beitrittsländer um 39,1 Prozent von einem auf das nächste Jahr. Das macht deutlich, welchen stabilisierenden Einfluss der Außenhandel mit den europäischen Nachbarländern, insbesondere mit den Beitrittsländern, hat. Wir hoffen, dass er in diesem Maße auch in den nächsten Jahren zunehmen wird. Und wie können wir das von Seiten des Landes unterstützen? Natürlich vor allen Dingen mit der TAF, der Thüringer Außenhandelsfördergesellschaft. An der Stelle ist es gut, dass dort wieder ein kompetenter Geschäftsführer die Leitung

übernommen hat. Von Seiten der TAF werden vor allen Dingen Messen organisiert, Sie wissen das. Es werden Kontaktbörsen veranstaltet, die besonders effizient sind, die auch entsprechend gewürdigt werden von den Thüringer Unternehmen. Und es werden zunehmend Cluster organisiert, insbesondere bei Unternehmen des Maschinenbaus. Wo wir zunehmend an Kompetenz gewinnen, das sind Unternehmen der Umwelttechnik und der nachwachsenden Rohstoffe. Das wird vor allen Dingen bei unseren östlichen Nachbarn nachgefragt, weil sich herum-spricht, dass auf diesem Gebiet besonders Thüringer Unternehmen Kompetenz haben.

Ich will das noch mit drei Zahlen untermauern. Der Außenhandel mit Ungarn betrug im letzten Jahr immerhin 180 Mio. DM, ein Plus von 28 Prozent, die Ausfuhr nach Polen 295 Mio. DM, ein Plus von 40,1 Prozent, und die Ausfuhr nach Tschechien 302 Mio. DM, ein Plus von 34,8 Prozent.

Meine Damen und Herren, wie wird es in der Perspektive aussehen, insbesondere beim Außenhandel? Die Visumpflicht ist bei allen Staaten in den letzten Jahren gefallen, die Zollgrenzen sind bis auf ganz geringe Reste verschwunden. Ab Anfang 2003 werden auch diese Reste weg sein und nach Auslaufen der Übergangsfristen, wenn dann die einzelnen Staaten beigetreten sind, wird es vollkommene Freizügigkeit für alle Waren, Dienstleistungen und vor allen Dingen für die Menschen geben. Das wird unseren Markt nachhaltig beleben und der Austausch wird sich erheblich verbessern. Wir müssen natürlich auch sehen, dass Gefahren drohen. Das ist nicht zu verniedlichen. Insbesondere durch das niedrige Lohn- und Gehaltsniveau wird sich für unsere Unternehmen auch eine deutliche Konkurrenz herausstellen. Das müssen wir deutlich erkennen und auch unsere Betriebe müssen sich darauf vorbereiten. Aber ich denke, man sollte es trotzdem nach Abwägung der Vor- und Nachteile mit Optimismus betrachten. Und wir müssen darauf orientieren, dass wir vor allen Dingen auf Qualität zu achten haben. Das ist unser Vorteil. Auf diesem Weg sind unsere Unternehmen inzwischen gut unterwegs.

Meine Damen und Herren, ich denke, ein Problem ist aber an der Stelle noch anzusprechen, und zwar ist das die Harmonisierung, die an weiten Stellen noch nicht gelungen ist. Wenn es unterschiedliche Bedingungen bei den vorhandenen 15 Mitgliedstaaten gibt, dann ist das ein Problem. Und es stellt sich oft als Nachteil für unsere Unternehmen heraus. Es wurde aber in dieser Woche veröffentlicht, dass, um mal ein Beispiel zu nennen, die Europäische Kommission versucht, die Mineralölsteuer zu harmonisieren. Ein großes Vorhaben, das wirklich wichtig ist. Und wir hoffen, dass dieses Vorhaben möglichst bald gelingt, um gerade für deutsche Fuhrunternehmen diese Nachteile auszugleichen.

Ein Punkt muss natürlich an der Stelle noch angesprochen werden, das ist der Ausbau der Verkehrswege. Ich glaube, wir Thüringer sind da auf gutem Weg. Aber nun geht es darum: Wie wird es in unseren östlichen Nachbarländern vorangehen? Da kann vor allem die EU mit ihren Mitteln helfen. Um das eine Beispiel zu nennen, die Hochgeschwindigkeitsstrecke von Nürnberg über Erfurt, Halle, Leipzig und Berlin, die im Moment leider durch die Bundesregierung fast vollständig gestoppt ist, die soll natürlich nicht nur nach Skandinavien weitergehen, sondern auch nach Polen und weiter nach Osten.

(Beifall Abg. Wackernagel, CDU)

Das muss man an der Stelle nachdrücklich sagen. Hier ist die EU-Kommission gewillt, auch an dieser Stelle finanzielle Hilfen für diese Strecke aufzubringen. Es muss aber ein Gemeinschaftswerk von allen betreffenden Nationen sein. Aber natürlich auch die Straßenverbindungen müssen weiter ausgebaut werden. Ich erinnere nur mal an die B 4, die viele unserer Kollegen fast täglich nutzen. Es ist auch die Europastraße 40. Die beginnt am Atlantischen Ozean und endet am Kaspischen Meer.

(Beifall bei der CDU)

Nun geht es darum, die Straße auch an der Stelle mit europäischen Mitteln auszubauen. Denn wenn sie nicht ausgebaut ist, nützt es auch nichts, dass sie so ausgeschildert ist, sechsspurig, vielleicht nicht ganz bis zum Kaspischen Meer, aber wir brauchen sie mehr denn je. Denn das ist ihre alte Funktion, um diese in Zukunft wahrnehmen zu können, braucht sie schon einen Ausbau. Dabei kann die Europäische Union nachdrücklich helfen. Das erkennen die Menschen auch an. Das ist dann gelebte europäische Vereinigung.

(Beifall bei der CDU)

Ein Punkt, den wir von hier aus schon beeinflussen können, natürlich können auch Fluglinien sehr schnell für die Kontakte hilfreich zur Seite stehen. Hier gibt es einen Nachholbedarf, wobei es im Moment schwer ist, über solche Perspektiven zu reden. Keiner weiß, wie sich das in den nächsten Monaten entwickeln wird.

Und ein Punkt, meine Damen und Herren, der sich nach meiner festen Überzeugung in den nächsten Jahren positiv mit den ost- und westeuropäischen Staaten entwickeln wird, ist der Tourismus. Es wird sich natürlich auch mit dem Beitritt der Wohlstand in den Beitrittsstaaten verbessern, der wird steigen und damit wird auch der Tourismus steigen. Das sind Märkte, die für uns erschlossen werden können, und viele unserer Bürger werden die Beitrittsstaaten als ihre Urlaubsziele entdecken. Lassen Sie mich abschließend sagen, der Außenhandel wird mehr und mehr ein stabilisierender Faktor unserer wirtschaftlichen Entwicklung sein und er wird unserer Zukunftssicherung dienen. Und lassen Sie mich zum Abschluss sagen, was wir

sehr ernsthaft heute Vormittag diskutiert haben, den Außenhandel, die wirtschaftlichen Kontakte, sie werden auch verstärkt der Völkerverständigung dienen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat das Wort Frau Abgeordnete Bechthum, SPD-Fraktion.

Abgeordnete Bechthum, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich halte mich kurz.

(Beifall im Hause)

Ich werde in meiner Rede auf drei Fragen eingehen, die inhaltlich im Zusammenhang stehen und deren Antworten der SPD-Fraktion nicht ausreichend erscheinen. Es sind die Fragen 3, 5 und 44.

Zunächst die Frage 3: Wie unterstützt die Landesregierung Beitrittskandidaten?

Und die Frage 5: Wie bewertet die Landesregierung die Vorbereitung der Beitrittskandidaten?

Ich möchte die Antworten der Landesregierung aus Sicht des Leitprinzips der EU, der Chancengleichheit von Frauen und Männern, betrachten und bewerten und das geschieht auch gleichzeitig im Interesse der Frauenpolitikerinnen Thüringens. Die Aussagen der Landesregierung hierzu sind unbefriedigend. Wenn das alles zu diesem Schwerpunkt sein soll, was dazu auf Frage 44 - Welches sind die Hauptthemen in der europapolitischen Öffentlichkeit in Thüringen? - in einem kurzen Abschnitt formuliert ist, dann ist das sehr mager. In keinem einzigen Satz Ihrer Antworten ist das Wort "Chancengleichheit" geschweige denn "Gender Mainstreaming" erwähnt. Lediglich ist unter anderem zu lesen: Die Beauftragte der Thüringer Landesregierung für die Gleichstellung von Frau und Mann organisiert gemeinsam mit der Europäischen Staatsbürgerakademie Thüringen Veranstaltungen zu den aktuellen europapolitischen Themen und die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten sollen über Institutionen und EU-Förderrichtlinien und -programme informiert werden. Also, das tun die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten selbst schon Jahre. Es wäre schlimm, wenn das nicht geschehen wäre.

Meine Damen und Herren der Landesregierung, es hätte hier ein Zeichen gesetzt werden können, wenn sich die Landesregierung wenigstens einmal zu dem Begriff "Gender Mainstreaming" hätte durchringen können, ihn einmal genannt hätte.

(Beifall bei der PDS; Abg. Dr. Botz, SPD)

Herr Gnauck, Sie haben hier einen so langen Beitrag gehalten. Die Chance - ich habe gedacht, na vielleicht bringt er es noch mal - hier darauf kurz einzugehen, haben Sie auch vertan. Wir wissen, viele Deutsche tun sich immer noch schwer mit dem Begriff, obwohl sie mit anderen englischen Begriffen überhaupt keine Probleme haben. Aber wenigstens das Wort "Chancengleichheit von Frau und Mann" wäre schon ein Schritt in die richtige Richtung. Ob wir wollen oder nicht, der Begriff "Gender Mainstreaming" ist seit der 4. Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking als fester Begriff geprägt worden und er wird in allen Teilnehmerländern der Konferenz auch in der Bundesrepublik und selbstverständlich in der EU verwendet. Ich muss Ihnen sagen, es ist nicht unbedingt zum Nachteil, wenn man ihn in der jeweiligen Sprache erklären muss. Ich möchte es noch mal ganz schlicht und einfach und auch plausibel sagen: Mit "Gender Mainstreaming" soll erreicht werden, dass die Rechte und Bedürfnisse von Männern und Frauen in allen Geschäfts-, Politik- und Lebensbereichen integriert sind und nachhaltig berücksichtigt werden. Alle, auch die Männer, müssten dies als einen Leitgedanken ihres Handelns ansehen. Ich zitiere aus einer Studie von diesem Jahr, Sie haben sie vielleicht auch gelesen - Herr Kretschmer, es betrifft Sie auch -: "Viele Männer fühlen sich überfordert".

(Beifall bei der PDS, SPD)

Nicht nur Frauen leiden unter Mehrbelastung, auch den Männern machen Beruf und Familie zu schaffen. Das ergab eine öffentliche Umfrage des Forsa-Instituts unter 1.000 Männern, das ist dann schon ziemlich objektiv. So schätzen sich 70 Prozent der Männer zwar stark und leistungsfähig ein, aber jeder Vierte fühlt sich häufig total ausgebrannt. Vor allem junge Familienväter haben Stress.

(Unruhe bei der CDU)

Und jeder Dritte fühlt sich zeitweise überfordert. Fast die Hälfte der jungen Väter sagt: Nach dem Wochenende freue ich mich auf den Job. Dass Sie nicht wieder vermuten, die wollen schon wieder Frauenförderung. Dieses Beispiel ist auch eine dringende Aufgabe für "Gender Mainstreaming". Es ist ja gut, dass Männer auch offen darüber sprechen, sie sollen ja immer stark sein. Und mit dem Frauengesundheitsbericht wird - Herr Pietzsch ist nicht da - auch noch eine Menge auf uns zukommen, dass Männer und Frauen unterschiedlich sind. Nicht nur im Geschlecht, sondern auch in ihrer ganzen Lebensweise.

Meine Damen und Herren, die Frauen in Thüringen tun selbst etwas, um sich Klarheit über "Gender Mainstreaming" zu verschaffen und darüber, wie auch die Umsetzung realisiert werden könnte. Zum Beispiel hatte der Paritätische Wohlfahrtsverband im September eine Fachtagung zu diesem Thema und auch die Landesregierung dazu eingeladen. Auch der Gleichstellungsausschuss im Thüringer Landtag hatte am 28. September eine Anhörung zu "Gender Mainstreaming" und seiner Umsetzung

durchgeführt. Natürlich, die Herren Chefs vom Gemeinde- und Städtebund, vom Landkreistag und auch der Chef der Staatskanzlei waren leider nicht erschienen. Es ist das gleiche Spiel wie zum Gleichstellungsgesetz. Erst einmal abblocken, sich hinter dem Begriff verstecken, das war ja das Peinlichste vom Gemeinde- und Städtebund, man begreift den Begriff nicht, er kann ihnen nicht erklärt werden und deshalb versteht man ihn nicht und kann ihn auch nicht umsetzen. Es wird erwartet, dass die Landesregierung die Thüringer Aktivitäten im Hinblick auf das Zusammenwachsen von Osteuropa bündelt und darlegt. Es ist ja schon eine ganze Menge, was da getan wird. Der Landesfrauenrat hatte zum Beispiel schon im März dieses Jahres mit Frauen aus Osteuropa einen Erfahrungsaustausch zu den Voraussetzungen eines EU-Beitritts durchgeführt. Auch mit den Mitgliedern des Gleichstellungsausschusses fand eine Begegnung statt. Das Projekt wurde von der Landesfrauenbeauftragten unterstützt. Im November/Dezember dieses Jahres organisiert die Fachhochschule eine große internationale Fachkonferenz zu "Gender Mainstreaming" in Lehre und Forschung mit Frauen aus Osteuropa. Das organisieren sie alles selbst. Aber es ist schön, Frau Ministerin Schipanski, sie hört es nun leider nicht, fördert diese Konferenz. Die Frauen der Länderbeitrittskandidaten sind inzwischen für Gleichstellungspolitik sensibilisiert und wir, meine Freunde vom Freundeskreis, Sie wissen es, Herr Kallenbach, wir haben dazu auch gesprochen, sie haben schon sehr gut zugehört und sie sind an den Erfahrungen der Frauen der Bundesrepublik Deutschland sehr interessiert, aber insbesondere interessieren sie Themen wie Gleichstellungspolitik und Chancengleichheit für Frauen und Männer in den neuen Bundesländern. Und ich muss wirklich hier ein Kompliment an unsere Abgeordneten sagen, die Mitglieder des Landtags erfüllen ja ihre Hausaufgaben und sie unterstützen die Abgeordneten auch in den Beitrittsländern. Im Rahmen der Zusammenarbeit der Thüringer Landtagsabgeordneten, Freundeskreis Litauen, wurde auch beschlossen, da sind wir auch stolz darauf, 2002 während der litauischen Kulturtag in Thüringen eine Konferenz mit dem Thema "Gender Mainstreaming" durchzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich frage die Landesregierung und ich wurde auch von den Frauenpolitikerinnen dazu beauftragt, das ist nicht nur meine Meinung: Was tun Sie, um den Beitrittskandidaten, den Beitrittsländern die Bedeutung von "Gender Mainstreaming" nahe zu bringen, das europäische Leitprinzip ist und verbindliche Rechtskraft für die Mitgliedsländer der EU besitzt? Voraussetzung ist, dass sich die Minister, und an erster Stelle der Ministerpräsident, zu "Gender Mainstreaming" bekennen. Ein Beispiel aus Schweden: Da der Premierminister selbst am ersten Seminar zu "Gender Mainstreaming" teilgenommen hatte, war es niemandem möglich zu behaupten, er oder sie hätte keine Zeit. Ich fordere oder wünsche, dass unser Ministerpräsident vielleicht auch diesem Beispiel folgen könnte. Und die Regierungen, die Politiker der

Beitrittsländer, und die sind männerdominiert, auch die Parlamente, das wissen Sie selbst, das sind echte Machotypen, die müssen informiert sein, dass der Grundsatz durch das Europäische Parlament durchgesetzt worden ist, wonach die Mittel des Europäischen Strukturfonds auch unter dem Gesichtspunkt des Anteils der Frauen an den Arbeitslosen vergeben werden. Sie wissen selbst, die Arbeitslosigkeit in diesen Ländern ist gravierend. Und "Gender Mainstreaming" bündelt einen riesengroßen Korb von Maßnahmen zur Verwirklichung der Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern in allen Bereichen - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft.

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt)

Herr Sklenar, Sie werden es auch noch lernen. Die geltenden beschäftigungspolitischen Leitlinien ...

(Unruhe im Hause)

Sie verstehen das nicht, deshalb reden Sie auch so.

Präsidentin Lieberknecht:

Frau Abgeordnete Bechthum ...

Abgeordnete Bechthum, SPD:

Nein, also ich weiß es nun ganz genau. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt)

bemühen sich in den Ländern dazu aufzuklären. Sie schaffen es auch schon mit den Abgeordneten. Aber wenn wir die Spitze nicht erreichen, dann ist das gar nichts und Sie müssen sich dazu auch bekennen, dass das was Gutes ist.

Präsidentin Lieberknecht:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie einer Dame eine Frage.

Abgeordnete Bechthum, SPD:

Nein. Ich mache das erst einmal hier fertig.

(Heiterkeit im Hause)

Es gibt diesen Beschluss zu den beschäftigungspolitischen Leitlinien vom 19. Januar dieses Jahres. So, und das müssten Sie auch wissend beherzigen. Folgende Maßnahmen sind hier auch zu berücksichtigen: Abbau des überdurchschnittlich hohen Frauenanteils an den Arbeitslosen, Erreichen eines ausgewogenen Beschäftigungsverhältnisses von Männern und Frauen in allen Wirtschaftsbereichen und Berufen, insbesondere in den zukunftsträchtigen Berufen der IT-Branche und drittens die Verbesse-

zung der Rahmenbedingungen, um Beruf und Familie innerhalb und außerhalb des Unternehmens miteinander zu vereinbaren.

Meine Damen und Herren, wir erwarten im Rahmen der europäischen Beschäftigungsstrategie von der Landesregierung, dass sie durchgängig die Verwirklichung der Chancengleichheit von Männern und Frauen im Auge hat. Und, Herr Gnauck, Sie haben es richtig gesagt, wir vereinen Menschen und dazu gehört das auch. Wir in den neuen Bundesländern, zum Schluss, wir sind in der Pflicht, die Beitrittskandidatenländer zu unterstützen, Gleichstellungspolitik, Chancengleichheit in ihre Parlamente und Regierungsarbeit zu integrieren und sie zur Selbstverständlichkeit zu machen. Davon sind diese Länder noch weit entfernt und ohne die Erfahrung - das muss ich ganz eindeutig sagen - und Unterstützung von Frauenpolitikerinnen in den alten Bundesländern zur Gleichstellung wären wir in Thüringen nach der Wende nicht so weit, wie wir heute sind. Es ist noch ein großes Stück zu gehen, aber wir sind schon ziemlich weit. Aber in den EU-Beitrittsländer ist, um mit Theodor Fontane zu sprechen, Gleichstellung noch ein weites Feld. Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Frau Abgeordnete Nitzpon, jetzt dürfen Sie eine Frage stellen.

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Frau Bechthum, ich wollte Sie ja nur fragen, ob Sie auch der Auffassung sind, dass es gut gewesen wäre, wenn der Thüringer Landtag heute früh in den Ausschuss der Regionen eine Frau gewählt hätte?

(Beifall bei der PDS)

Abgeordnete Bechthum, SPD:

Ja, das ist noch das Stück wo ich sagte: "Noch ein großes Stück des Weges ...". Aber da kommen wir auch noch hin, ich habe eigentlich Vertrauen in den Landtag, das muss ich auch sagen.

(Unruhe im Hause)

Präsidentin Lieberknecht:

So, Frau Abgeordnete Bechthum, jetzt hat ein Mann noch eine Frage, der Abgeordnete Schwäblein.

(Unruhe bei der CDU)

Der darf nicht. Dann wird keine Frage gestattet. Wir kommen zum nächsten Redner, und zwar der Herr Abgeordnete Scheringer, PDS-Fraktion.

(Beifall bei der PDS)

Abgeordneter Scheringer, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete, Herr Bergemann, ich bin auch kein Europapolitiker, was Sie da vorhin gesagt haben, aber Sie haben ja auch beklagt, dass nur 40 Prozent der Bevölkerung im Prinzip Europa befürworten. Wenn Sie sowas machen, auf der einen Seite so, und dann noch meinem Genossen Koch da was vorhalten, ist das schon eine große Schwierigkeit. Ja das wirst Du schon noch hören. Ich möchte nur mal sagen zu dieser ganzen Problematik Gleichstellung: Ich war in Litauen und in Polen, in Rumänien, in Tschechien und in der Slowakei und jetzt war ich auch noch in Moldawien und da habe ich ganz eindeutig, Frau Bechthum,

(Heiterkeit im Hause)

Ihre Darstellung genauso empfunden. Es gibt dort überall - so mein Freund aus Greußen ...

(Zwischenruf Abg. Dr. Zeh, CDU: Otterstedt!)

Was? Alles Greußen dahinten.

(Heiterkeit im Hause)

So, mein Freund aus Greußen - wo Sie wohnen? Hör auf, sonst kommen wir doch gar nicht vorwärts!

(Heiterkeit im Hause)

Meine junge Genossin Wolf hat mir vorgehalten, mache ja schnell, Konrad usw. Schon im Vorgehen war Kritik angesagt. Frau Bechthum, ich will sagen, da habe ich das mit dem Gender Mainstreaming oder der Gleichstellung genauso festgestellt wie Sie. Alleine aus diesem Grund, weil es so große gravierende Unterschiede gibt, da gibt es, wie wir festgestellt haben, überall hervorragende, hübsche mittelalte, alte und junge Frauen,

(Heiterkeit im Hause)

die ganz fleißig jeden Tag ihre Arbeit machen und wenn man das alleine von der Seite betrachtet, sollte man anpassen und nicht uns das mit dem Beitritt überstülpen. Das dauert eine lange Zeit und ist ein großer Lernprozess. Wir haben es ja bei uns auch noch gar nicht überall geschafft. Und wenn Sie - ich habe den Forsa-Bericht natürlich nicht gelesen, sondern meine Frau hat mir den gegeben und hat mir gesagt: "Konrad, geht es Dir auch so schlecht?" Ich habe natürlich auch gleich gesagt: "Noch viel schlechter."

(Heiterkeit im Hause)

Also, wobei ich nicht einen Montag herbeisehne, ich sehne immer mal den Sonntag herbei, das muss ich sagen von dem Forsa-Bericht, das ist bei mir ein bisschen anders, aber, da stimmt schon vieles, was da drinsteht. Muss man auf alles aufpassen. Mein Genosse Hahnemann hat gesagt, die sozialen Mindeststandards, Herr Gnauck, die sind ganz wichtig.

(Zwischenruf Abg. Wackernagel, CDU: Der ist doch parteilos!)

Sie müssen sich nicht entschuldigen, sondern nur zuhören. Die sozialen Mindeststandards sind ganz wichtig und die PDS hat immer gesagt, wo das mit dem Euro war: "Wir sind grundsätzlich alle für Europa." Das geht ja eigentlich viel weiter, das geht ja fast bis an Moral, wo wir, Herr Primas, da waren, das war immer in Europa. Das gehört alles dazu und wenn wir das in Europa hinbringen und weil wir alle dafür sind, für dieses Europa, muss man das betrachten unter dem Aspekt, langsam und vorsichtig zu machen. Mein Kollege Kummer war auf der Grünen Woche, ich habe Sie da sowieso vermisst, auf dem Ost-West-Forum. Dort hat z.B. der Fischler gesagt, unser Kommissar, also Sie bestimmen, wie das mit dem Beitritt geht. Also, schon etwas abgehoben, sie bestimmen, wie das mit dem Beitritt geht. Ernsthaft, ich wiederhole das und ich kann das auch belegen und da meine ich, da müssen wir schon aufpassen, dass sich das nicht so sehr verselbständigt.

(Beifall bei der PDS)

Ein ganz wichtiger Punkt, den will ich Ihnen mal kurz darstellen, die meisten sind ja noch zu jung dafür. Früher, wo ich ein junger Bengel war, da gab es den so genannten Mansold-Plan in Europa.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Ich kenne nur den Marschallplan.)

Nicht Marschallplan. Da sieht man schon, was Sie wissen, Herr Kretschmer, also Mansold-Plan. Dort wurde versucht, die Überproduktion wegzubringen und der Mansold hat formuliert: "Wir müssen die Produktion drosseln, wir müssen 300.000 Kühe schlachten, wir müssen Großbetriebe schaffen." Das war in den 60er-Jahren und heute haben wir ja die EU mit der Osterweiterung vor uns und alle PDS-Politiker sind für diese Geschichte, nur es muss viel langsamer gehen. Wir haben 10 Jahre gebraucht, Spanien herbeizuziehen und wenn wir das so schnell machen, machen wir erstmal in dem Land große Fehler und bei uns auch. Und da ich ja ein Bauer bin, da hänge ich immer so sehr an Europa und da habe ich so meine Schwierigkeiten mit Europa. Mit der EU habe ich große Schwierigkeiten.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Als Bauer!)

Als Bauer, natürlich. Es wird immer wieder versucht, und das kam auch bei Ihnen zum Ausdruck, dass die sich in ihrem Europaparlament, Herr Botz, die wollen sich immer verselbständigen und hier wurde ja immer behauptet, die nationalen Belange müssen eine große Rolle spielen. Wenn ich heute höre, es gibt vielleicht einen zweiten Fall von BSE in Thüringen, der sich noch nicht bestätigt hat, dann muss ich immer daran denken, das können ja bei großen Betrieben, die wir haben, eine Kohorte von 600 oder 700 oder 800 oder 400 Kühen sein und dann ist eines nur krank. Und Europa hat das Gesetz, also wir machen Kohorttötung. Dann schlachten wir, wie Sie ja gesehen oder gehört haben, in Gera - und das meine ich mit der EU, das ist nämlich nicht in Ordnung, was da passiert. Unser Sozialministerium sagt, das ist ein europäisches Gesetz, wir müssen die Tiere schlachten. Der Bauernverband und wir, eigentlich denke ich, unser Ministerium sowieso, wenn ich ihn so sehe hier, mit dem Gummi spielen,

(Heiterkeit im Hause)

dann meine ich, das darf es nicht geben, wir sind für Einzeltiertötung. Aber in Europa ist das so Gesetz und die Europäer, das Europäische Parlament mit seinen Kommissaren, die sind noch nicht so weit, obwohl sie für viele Länder andere Bedingungen schaffen. In England lassen sie die Einzeltiertötung zu. Eine Kohorte in der Schweiz, wie viel Tiere sind das? Höchstens mal - Minister?

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Zwei.)

Zwei ist ein bisschen wenig, aber 10. Und bei uns sind es meinetwegen 500, da sind ganze Dörfer leer. Deswegen meine ich, müssen wir hier im Ausschuss, das wird zwar erst Ende November sein, aber da muss man jetzt schon was tun. Das ist, wo ich sage, da bin ich in diesem Teil grundsätzlich gegen die europäische Politik, genauso bin ich gegen die Tiermehlverfütterung, habe ich immer gesagt. Wir haben das Tiermehl nach Polen exportiert, die wollen dann beitreten. Überhaupt nichts ist da gewesen. Das hat uns Geld gekostet ohne Ende, das Land und die Bauern und alle möglichen. Da sage ich, es gibt kein klares Konzept. Genauso diese Geschichte in England mit dem Umbringen wegen der Maul- und Klauenseuche, da ging es nur um Geld und um Export. Weiter war da nichts. Die sagen zwar alle, das war noch was anderes, aber die haben ja die Tiere alle getötet, nur weil die das so gesagt haben. Das ist keine europäische Politik und hier müssen die nationalen Besonderheiten neben den Besonderheiten, die jedes Land extra noch hat, besser berücksichtigt werden.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Wenn das nämlich nicht passiert, dann wird der Bauer in Europa in der Mehrzahl nicht für die Europäische Union und für die Osterweiterung stimmen, dann wird er im-

mer dagegen sein. Und wir wollen doch alle mitnehmen, Herr Gnauck, oder nicht? Alle wollen wir mitnehmen, damit da nie was ... ihn sowieso.

(Heiterkeit im Hause)

Ich will sagen, alle wollen wir mitnehmen. Und da die großen Unterschiede mit unseren Freunden in Polen sind und die Arbeitslosigkeit, es wurde ja hier alles angesprochen, ich muss das ja nicht alles wiederholen, bei der Arbeitslosigkeit ist jetzt die Regierung gestürzt in Polen, wollen wir das doch mal ehrlich sehen. Aber das wollen wir ja alles gar nicht hören, das weiß ich doch sowieso, nicht nur, sagt da wieder Herr Kretschmer. Der soll sich bei seiner Frau Unterricht geben lassen, die ist Richterin, da würden Sie es gleich sehen, was da ist. Ich will sagen, die Arbeitslosigkeit, ganz besonders bei den Frauen in Polen, ist so groß, dass die sogar hierher kommen und für 3 DM arbeiten. Und eines muss ich auch noch mal sagen, hier wurde Schwarzarbeit benannt. Wenn die Betriebe, die Schwarzarbeiter beschäftigen, nicht so bestraft werden, dass sie Bankrott gehen, bekommen wir das nicht in den Griff.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Dann haben wir nur von Europa geschwätzt und haben aber nichts Besonderes gekonnt. Bei aller Liebe muss ich sagen, die regionalen Kreisläufe müssen erhalten bleiben. Und es wurde heute hier gesagt, wer alles gestern und heute hier war, ich bestätige das ja bestimmt auch, aber das Potenzial in den osteuropäischen Ländern, was die Landwirtschaft betrifft, wenn die ihre Erträge richtig steigern, dann können wir da nichts Richtiges hinexportieren, sondern dann exportieren die zu uns. Also, stellt euch das nicht so einfach vor. Da ist ja ein unheimliches Potenzial, wenn du da hinfährst, große Weiten, große Weiten, Hektar über Hektar. Wenn die die Erträge erst einmal in der Form steigern, wie wir das gemacht haben, dann ist es so, dann müssen wir wieder Nahrungsgüter vernichten. Wir fliegen auf den Mond und sind nicht in der Lage, den sterbenden Bevölkerungsteilen Lebensmittel zu bringen. Das stimmt auch nicht, das gehört zu dem starken Europa meiner Meinung nach auch dazu. Und, Herr Gnauck, da ja alle meinen, ich soll jetzt aufhören, noch zu den Kosten: Wir haben ja alles errechnet und die Kosten der Erweiterung muss man unseren Menschen genauso sagen. Sie haben das angeführt, von Ihnen wurde das auch angeführt, von unseren Leuten auch, die Kostenerweiterungen liegen viel, viel höher, als wir uns das vorstellen können. Deswegen, meine ich, sollte man mit jedem Land einzeln sprechen, wie zu dem Ost-West-Forum, da waren verschiedene Minister da und verschiedene Leute aus Ungarn und aus Polen und was weiß ich. Die waren alle ein bisschen, wie soll ich sagen, sehr traurig über die Aussagen von der EU, von unserem Kommissar. Das ist eine Sache, wo man aufpassen muss, dass sich das in Europa dann nicht verselbständigt und die Regionen, so wie Thüringen, auch mitreden können.

Das sehe ich auch. Aber im Rahmen z.B. der Fördermittel müssen wir mit einer Sprache reden, da ist Thüringen mit den Ausgleichszahlungen genauso, glaube ich, in der Höhe beteiligt wie Mecklenburg oder wie Bayern, da gibt es nur eine Sprache, glaube ich. Deswegen meine ich, sollte man schon mit Tschechen und was alles Verbindung halten, aber es ist globaler, als wir uns das vorstellen können. Das wäre auch schon mein Abschluss, vorsichtig mit der Geschwindigkeit der Annäherung. Wir haben ja dann immer viel Geld bezahlt, ich hatte das an drei Beispielen gesagt, und damit befinde ich mich, glaube ich, Herr Bergemann, richtig mitten in Europa. Wenn Sie das so sagen, wo kommen wir da hin, was ist dann mit Thüringen, wo sind wir dann - links von oder mehr in der Mitte, nicht mehr in der Mitte von Deutschland, sondern in der Mitte von Europa oder wo? Mitte Europa, das wäre mir das Angenehmste, wenn das für uns alle so passiert.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Wunderlich, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Wunderlich, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Werter Kollege Scheringer, die Landwirte dürfen heute mal zuletzt sprechen, obwohl sie eigentlich mit der EU in den letzten Jahren - Herr Dr. Botz wird das bestätigen - schon die meisten Erfahrungen gemacht haben, denn es gibt ja keinen Bereich, der von EU-Regelungen so betroffen ist wie die Landwirtschaft. Und, Herr Minister Gnauck, Sie werden bestätigen, dass gerade das Kapitel Landwirtschaft zu den schwierigsten Abstimmungsprozessen innerhalb der EU-Osterweiterung zählt und 80 Prozent der Agrarentscheidungen heute schon nicht mehr von den Mitgliedstaaten, sondern von der EU herbeigeführt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben ja schon darüber in den letzten Jahren oft diskutiert, zuletzt anlässlich der Regierungserklärung von Minister Sklenar über die Zukunft der Landwirtschaft in Thüringen. Der Minister sagte damals, dass wir wohl vor der gewaltigsten Herausforderung in der Geschichte des europäischen Einigungsprozesses stehen. Er hat Recht. Vor allem die Landwirtschaft, meine sehr verehrten Damen und Herren, und der Kollege Scheringer hat es ja in seiner Art, wie er das so macht, auch eigentlich so dargelegt, ist hier in der Entwicklung ganz besonders gefordert. Aber, werter Kollege Scheringer, wir dürfen nicht nur die Risiken sehen, sondern wir haben auch gerade große Chancen im Agrar- und im Ernährungsbereich, denn wir müssen schon sehen, es kommen 100 Millionen neue Verbraucher hinzu, aber wir müssen natürlich auch sehen, dass 63 Mio. Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche hinzukommen, die derzeit unter den primitiven Produktionsbedingungen 69 Mio.

Tonnen Getreide ernten. Ich glaube, das muss berücksichtigt werden. Wir haben 1999 und im Jahr 2000 im Zusammenhang mit der Agenda 2000 ausführlich diskutiert über die Finanzen, über die Standards, über die Wettbewerbsbedingungen. Es ist angesprochen worden von Minister Gnauck, dass das landwirtschaftliche Kapitel Ende 2002 abgeschlossen sein soll. Wir müssen schon darauf achten, dass besonders zur Anwendung der Direktzahlung in den Beitrittsländern und zur Quotenbereitstellung Lösungen gefunden werden müssen. Das ist für die Landwirtschaft ein besonderes Problem. Die Direktzahlungen sind ein Kernpunkt in den Verhandlungen, eben die Übernahme der Preisausgleichszahlungen. Gerade die mittel- und osteuropäischen Länder haben das in seltener Einmütigkeit festgestellt. Die volle Integration in die europäische Agrarmarkordnung ohne Übergangszeitraum ist äußerst problematisch. Das muss genauso erkannt werden. Denn ich erinnere noch einmal daran, als wir um die Agenda 2000 hier diskutiert haben. Denn die EU-Finanzplanung sieht entsprechend den Beschlüssen der Agenda 2000 diese Zahlungen für die Beitrittsländer nicht vor. Manche sprechen von einer Finanzierungslücke von 12 Mrd. Euro. Das ist natürlich auch nicht finanzierbar. Keinesfalls darf dafür der jetzige Haushalt für die EU-Agrarpolitik herangezogen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, obwohl uns auch bewusst sein muss, dass wir die Beitrittsländer von den Direktzahlungen auf Dauer nicht ausschließen können, nicht vorenthalten können. Es gibt ja auch optimistische Berechnungen, dass das innerhalb des gestellten Finanzrahmens der EU möglich sein sollte. Aber ich bin da äußerst zurückhaltend, wie die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen.

Problematisch erscheint mir auch die Forderung der Beitrittsländer nach Übergangsregelungen. Gerade für den Bereich Landwirtschaft hat die EU-Kommission eine überdurchschnittlich große Anzahl an solchen Forderungen von den Beitrittsländern registriert. Gerade aber auch aus den aktuellen Diskussionen um den Verbraucherschutz, BSE, MKS kann es hier keine oder nur sehr begrenzte Abstriche bei hygienischen und tiergesundheitlichen Anforderungen, bei Pflanzenschutz sowie bei den Vorgaben für eine umwelt- und naturverträgliche Landbewirtschaftung geben. Es ist auch eine zeitintensive Diskussion und es muss schon ausgeschlossen werden, dass während der Übergangszeit der EU-Markt mit nicht standardgemäßen Agrarprodukten beliefert wird. Deshalb muss sichergestellt werden - und, ich glaube, hier kann man diesen Beitrittsländern helfen, gerade auch die neuen Länder können hier helfen, Thüringen kann hier helfen -, eine funktionierende Verwaltung zur Umsetzung der Gemeinschaftsvorschriften und der Kontrolle aufzubauen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Zahlungen sollten in erster Linie den Staaten zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Strukturen und Modernisierung der Verarbeitungsindustrie zur Verfügung gestellt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ganz so pessimistisch wie Herr Scheringer bin ich nicht, unter der Annahme, dass im zukünftigen erweiterten Binnenmarkt annähernd gleiche Wettbewerbsvoraussetzungen herrschen, das ist natürlich die Voraussetzung, hat die Landwirtschaft in Deutschland und auch in Thüringen und in den anderen derzeitigen EU-Staaten, ich glaube, unmittelbar keine negativen Auswirkungen. Sie haben auch Chancen, ich habe eingangs darauf hingewiesen. Aber, es sähe natürlich auch anders aus - und das gehört natürlich zur Wahrheit mit dazu, und das sollte auch deutlich angesprochen werden -, wenn aufgrund des politischen Drucks auf die EU die Aufnahme von Beraterländern auch dann schon erfolgt, wenn nicht alle Kriterien ausreichend erfüllt sind, zu viele Übergangsbestimmungen zugelassen werden. Dann wäre die Landwirtschaft einem zunehmenden Wettbewerbsdruck aufgrund der Wettbewerbsverzerrungen ausgesetzt. Und es sähe natürlich auch für die Landwirtschaft anders aus - und das ist der Appell an die Bundesregierung, bei der Neuausrichtung die Agrarpolitik die ökonomischen Belange stärker zu berücksichtigen. Wenn die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe weiter vernachlässigt und über Vorgaben des EU-Rechts massiv hinausgegangen wird, dann, muss ich sagen, ist natürlich auch die deutsche und die Thüringer Landwirtschaft stärkerem Wettbewerbsdruck ausgesetzt.

Wichtige Entscheidungen werden sicher bereits im kommenden Jahr fallen, wenn die Europäische Kommission ihre Vorschläge zur Weiterentwicklung der Agrarreform Agenda 2000 auf den Tisch legt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns bis dahin die nationalen Hausaufgaben machen. Gerade wir jungen Bundesländer und wir in Thüringen können diesen Staaten auf dem Weg in die EU helfen. Denn, vergessen wir nicht, vor 11 Jahren haben gerade diese Staaten mit entscheidend zur Wiedervereinigung beigetragen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Das Wort hat jetzt noch einmal die Landesregierung, Herr Minister Gnauck.

Gnauck, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Vielen Dank, Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich darüber, dass der Thüringer Landtag sich heute Nachmittag einmal die Zeit genommen hat, sich über die Große Anfrage auszutauschen. Ich will selbstverständlich nicht der Ausschussberatung vorweggreifen, dort gehört eine Reihe von Detailfragen hin.

(Beifall bei der PDS)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren von der PDS, der erste Redebeitrag, der aus Ihrer Fraktion geleistet wurde, da muss man sich Gedanken darüber machen, ob er es verdient hat, erwähnt zu werden oder nicht. Wenn es den Preis geben würde für die niveauloseste Rede

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Das kennen wir schon.)

für Bundes- und Europapolitik, Herr Koch, Sie hätten ihn heute für die 3. Legislaturperiode gewonnen.

(Beifall bei der CDU)

Man kann es auch auf die Kurzformel bringen: Nicht gelesen, nicht zugehört, auch gar nichts verstanden. Um es mit einem Sportmoderator zu halten: Wo war Hahnemann? Ich hätte mir gewünscht, dass der Abgeordnete Hahnemann - ich sehe ihn jetzt leider auch nicht - heute gesprochen hätte.

(Zwischenruf Abg. Dr. Koch, PDS: Es geht doch nicht immer nach Ihren Wünschen.)

Denn das wäre Garantie dafür gewesen, dass wir uns sachlich und fachlich qualifiziert hätten über die Problematik unterhalten können. Sie haben die Rede überhaupt nicht bewertet, aber eines ist sehr deutlich geworden: von welcher Geisteshaltung Sie beherrscht sind. Es klingelte das erste Mal beim Thema "Offene Koordinierung", und das zweite Mal, als Sie heute fertige Konzepte von oben verlangt haben. Der blanke Zentralismus tropfte aus jedem Ihrer Sätze, und Sie erwarten eine Lösung, die es im Moment noch gar nicht geben kann. Hätten Sie sich auch nur ansatzweise mit der Problematik auseinander gesetzt, hätten Sie festgestellt, dass die Diskussion nun erst beginnt. Im Übrigen zeigt gerade der Bereich der offenen Koordinierung nicht, dass Sie besonders viel vom Föderalismus halten. Ich hoffe, der Abgeordnete Hahnemann lässt Sie mal bei uns im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten hospitieren. Da können Sie viel lernen.

Präsidentin Lieberknecht:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Gnauck, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Am Ende, Frau Präsidentin.

Ich hätte mir viel mehr gewünscht, dass wir uns im Sinne, wie Herr Dr. Botz von der SPD-Fraktion es dann nachher getan hat, über einige grobe Linien und Grundsätze im Plenum auch mit denjenigen unterhalten, die nicht an der Ausschussberatung werden teilnehmen können. Ich freue mich, dass man die Fleißarbeit der Landesregierung heute gelobt hat, was Substanz und Umfang und Nutzbar-

keit der Arbeit hier im Plenum anbetrifft.

Einige Fragen will ich heute kurz noch mal ansprechen. Ich sehe jetzt den Dr. Botz nicht, will es aber trotzdem für das Protokoll machen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Pidde, SPD: Es wird übermittelt.)

Dass die Beitrittsfähigkeit im Jahre 2000 durch den Bundeskanzler Kohl nicht mehr verwirklicht werden konnte, liegt ein Stück weit auch an dem Ergebnis der Bundestagswahl. Dafür dürfen Sie uns nicht verantwortlich machen. Ich bin mir sicher, dass wir in Europa viel weiter wären, wenn Helmut Kohl auf den Regierungskonferenzen wäre.

(Beifall bei der CDU)

Was die Kritik an einer Aufteilung der Strukturfondsmittel anbetrifft, muss ich sagen, hätte ich mir einen anderen Schwerpunkt in der Diskussion gewünscht. Wir sind noch nicht so weit, etwaige EFRE-Mittel für die Förderperiode 2007 bis 2013 zu verteilen, sondern wir sind noch ein ganzes Stück weit vorher. Wir müssen erst einmal erreichen, dass wir überhaupt noch einen Euro zwischen 2007 und 2013 bekommen. Wenn wir den haben, dann können wir uns über die einzelnen Chancen unterhalten.

Was die Frage nach dem Konvent 2 betrifft - ach, da ist ja Dr. Botz wieder -, kann ich Ihnen heute schon sagen. Durch die Gespräche Anfang September hat sich herausgestellt, dass der kommende Konvent, anders als der jetzige, sich eine Geschäftsordnung geben wird, mit der Konsequenz, dass es nicht nur einen einzigen Vorschlag geben wird, sondern alle Beteiligten haben besonders Wert darauf gelegt, dass es mehrere Optionen nach den Beratungen im Konvent 2 geben kann. Man wird sicherlich auch nicht mehr einen für alle Seiten zustimmungsfähigen Entwurf schaffen, sondern man wird zum Teil mit mehr oder weniger qualifizierten Mehrheiten im Konvent 2 abstimmen. Das wird der große Unterschied sein.

Was die Rolle der Parlamentarier betrifft, würde ich es ein Stück weit am deutschen Föderalismus auch aufhängen. Wenn Sie sehen, dass im Konvent 2 30 Parlamentarier geführt werden, dann gehören auch dazu beispielsweise die beiden Vertreter aus Deutschland. Der Vertreter des Bundesrates wird in den Vorstellungen von Europa als Parlamentarier geführt, wiewohl er natürlich immer Minister ist. Denn nur Minister gehören, wie Sie wissen, dem Bundesrat an. Vielleicht erklärt sich daraus die Frage, die Sie hatten.

Eine Klarstellung kann ich auch schon machen, was die Veranstaltung in Hof im Jahre 1999 anbetrifft. Wer mitfinanziert, kann auch erwarten, dass bei ihm Veranstaltungen punktuell stattfinden. Das ist der Grund dafür, dass

die Veranstaltungen auch in Hof genauso wie auch in Thüringen stattgefunden haben.

Herr Gerstenberger, ich freue mich, dass Sie sich wenigstens bemüht haben, sich noch einmal mit der Arbeitsmarktpolitik auseinander zu setzen. Worauf wir besonderen Wert legen, ist, dass sich die EU über das System der offenen Koordinierung nicht Aufgaben beschafft, für die sie schlicht nicht zuständig ist. Wir sehen in erster Linie die Mitgliedstaaten aufgerufen. Ich weiß aber aus meiner Arbeit im Konvent 1, wie sehr immer von einzelnen Mitgliedstaaten versucht worden ist, soziale Standards auf europäischer Ebene zu schaffen. Da sind wir in der Tat politisch in der Einschätzung ein Stück weit auseinander.

Dann muss ich natürlich noch eines zu Frau Bechthum - ich sehe sie leider auch nicht - sagen, aber sie wird es ja dann im Protokoll nachlesen können. Ich bitte herzlich um Entschuldigung dafür, dass ich heute noch nicht "Gender Mainstreaming" gesagt habe. Ich verspreche, dass ich das zu Hause in Anwesenheit meiner Ehefrau nachholen werde. Ich darf Ihnen aber versichern, dass Herr Kaiser und ich uns bemüht haben, die politische Außenvertretung der GFMK zu organisieren und das hat zu netten Geschichten geführt. Zum einen, das war ja bei der Berichterstattung über die neue Gleichstellungsbeauftragte zum Ausdruck gekommen, war die Begeisterung über die Vertretung von Herrn Staatssekretär Kaiser so groß, dass der Ministerpräsident eine kurze Zeit geögert und überlegt hat, ob nicht Herr Kaiser zum neuen Gleichstellungsbeauftragten ernannt wird. Die politische Außenvertretung hat aber zum anderen dazu geführt, dass der Schriftverkehr von mir unterzeichnet worden ist. Da kann ich Ihnen berichten, dass ich wirklich als amtierender Vorsitzender der GFMK mir selber einen Brief als Europaminister geschickt habe. Da stand auch der Begriff "Gender Mainstreaming" drin und ich verspreche, Frau Bechthum, ich lasse Ihnen dieses Schreiben auch zukommen. Ich hoffe, das kann mich ein Stück weit rechtfertigen neben aller Schande.

Was die Arbeit der Landesregierung anbetrifft, werde ich Ihre interessanten Überlegungen selbstverständlich dem Ministerpräsidenten mitteilen. Sie haben ja mitbekommen, auch mit Blick auf Ihre Ausführungen über das männliche Geschlecht, dass wir ja nun eine Gleichstellungsbeauftragte und nicht mehr eine Frauenbeauftragte haben. Wir haben das schon antizipiert.

(Beifall bei der CDU)

Herr Scheringer, ihr Beitrag war eine Mischung aus Unterhaltsamem und Wahrem und er war aus meiner Sicht so gut, dass ich mir fast überlegt hatte, dass ich nichts Böses über den Abgeordneten Koch sage. Aber dann musste es doch noch raus, insofern bitte ich um Verständnis. An sich hätte es Herr Koch gar nicht verdient, dass man ihn erwähnt. Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Es war noch die Nachfrage.

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Herr Minister Gnauck, Sie haben uns anhand des Redebeitrags von Dr. Koch vorgeworfen, wir würden immer fertige Konzepte erwarten von der Landesregierung und das würde doch der Europapolitik entgegenstehen. Wir würden sie nicht begreifen. Ist Ihnen entgangen, dass die CDU-Fraktion in ihrem Antrag, der jetzt abgestimmt wird, eigentlich ein fertiges Konzept im ersten Halbjahr 2002 von der Landesregierung verlangt?

Gnauck, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Nein.

Präsidentin Lieberknecht:

Damit sind alle Redemeldungen, nein, Herr Minister, es hätte ja sein können, die Landwirtschaft war ja auch Thema. Gut, damit sind alle Redemeldungen abgearbeitet. Alle Nachfragen auch. Ich schließe damit die Aussprache und wir kommen zu den Abstimmungen. Es wurde Überweisung des Antrags der CDU-Fraktion in Drucksache 3/1878 an den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten beantragt. Ich frage, gilt das für die Antwort auch oder nur für den Antrag?

(Zuruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Nur für den Antrag.)

Nur für den Antrag, gut. Dann stimmen wir darüber ab. Wer diesen Antrag an den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten überwiesen haben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Das ist die übergroße Mehrheit. Gegenstimmen? Nicht der Fall, Enthaltungen auch nicht. Dann ist das so beschlossen und ich kann diesen Tagesordnungspunkt 14 schließen.

Der folgende Tagesordnungspunkt 13 d ist durch den Antragsteller zurückgezogen.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Er findet also heute nicht mehr statt. Damit darf ich Ihnen gute Zeit wünschen. Wir sehen uns wieder am 8. und 9. November zur Plenarsitzung. Gutes Wochenende und gute Wahlkreisferienwoche - wie auch immer.

Ende der Sitzung: 16.41 Uhr